

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auch ein Freispruch

Von Werner Kahl

Die UNO-Menschenrechtskommission hat das Thema der Menschenrechte in der „DDR“ einfach von der Tagesordnung abgesetzt. Ein unüberhörbarer Chor des Schweigens in der weltweiten Medienlandschaft begleitete die Entscheidung jener sonst so lauten Vorkämpfer der Humanität, die von Salvador bis Südafrika jeden Verstoß zu zählen wissen, jede Kritik am Ostblock aber – Helsinki hin, UNO-Charta her – als Einmischung verwerfen. Ost-Berlin hat zwar die UNO-Charta 1986 ratifiziert, aber das heißt anscheinend nicht, daß die UNO ihre eigene Charta ernst nehmen muß.

Zweifelloso hat das Auftreten der Bonner Delegierten in den letzten Jahren diese Entwicklung begünstigt. Die sozial-liberale Koalition, die der „DDR“ zu ihrer Aufwertung als Mitglied der Vereinten Nationen verholfen hatte, fühlte sich anscheinend gehalten, eine Abwertung zu verhindern. Der Frankfurter Gesellschaft für Menschenrechte (GfM) wurde sogar Adressenhilfe zum Versenden einer Broschüre über die 54 000 Tötungsautomaten versagt, und das noch nach dem Sturz der Regierung Schmidt!

Manche Delegierte am Genfer See mögen sich da gefragt haben, ob sie deutscher (oder menschlicher) sein sollten als die Deutschen selber. Dennoch gab es so mutige Verteidiger des Grundsatzes ungeteilter Menschenrechte wie die Niederlande. Aber sie wurden von Staaten wie den Fidschi-Inseln überstimmt. Den Insulanern haben Moskau und Ost-Berlin Hilfe bei einem Flugplatzbau zugesagt.

So kann das Menschenrecht mit Geld aufgewogen werden. Die Bonner Verhandlungsposition gegenüber Ost-Berlin wird, was den Preis menschlicher Erleichterungen betrifft, durch den „Freispruch“ von Genf erschwert (verteuert). Von der neuen Bundesregierung darf man erwarten, daß sie die Sache der Menschenrechte nicht in dem Abseits stehen läßt, in das sie von der bisherigen Regierung mitbugsiert wurde.

Franken, die schwanken

Von Claus Dertinger

Im Europäischen Währungssystem (EWS) gärt es. Die Abwertung des französischen Franc ist überall. Eine Abwertung des belgischen Franc erscheint sinnvoll. Und eine Aufwertung der Mark und des holländischen Guldens wären auch unabhängig von Abwertungen anderer Währungen angebracht.

Einzig und allein aus politischen Gründen ist eine Wechselkurskorrektur bis nach den Wahlen in der Bundesrepublik und in Frankreich verschoben worden. Bei uns aus reiner Vorsicht, weil das Thema mit einem anderen Wahlausgang vom Tisch gewesen wäre. In Frankreich aus Prestigeüberlegungen der Regierung, aber auch, weil eine Abwertung in ein noch zu beschließendes Pariser Sanierungsprogramm eingebunden werden muß.

Die an den Devisenmärkten aufgeflamte Auf- und Abwertungspekulation zeigt, daß die Zeit drängt. Und zwar weniger aus Frankreich und Belgien. Denn deren Währungen sind nur noch mit großen Opfern innerhalb des engen Schwankungsbandes zu halten, mit massiven Zinserhöhungen, mit Devisenkrediten, deren Rückzahlung zum Spielzeug wird, und mit einem fortgesetzten Druck auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten.

Die Politiker stehen also unter Handlungsdruck, besonders die französischen. Denn die Korrektur des Franc-Kurses ist am dringlichsten. Alles wartet daher auf ein Signal aus Paris. Aber gerade die französische Regierung scheint noch nicht genau zu wissen, was sie überhaupt will. Offen scheint nicht nur zu sein, ob und um wieviel der Franc abgewertet werden soll, sondern wohl auch, ob Frankreich überhaupt im EWS bleiben will.

Es gibt zwar viel Kritisches zum EWS zu sagen. Aber brähe Paris aus dieser Klammer der EG aus, könnte auch ein Ziehen an der protektionistischen Notbremse nicht mehr ausgeschlossen werden. Das wäre dann der Anfang vom Ende der EG, der gerade die Bundesrepublik viel verdankt – nicht nur wirtschaftlich.

Die Abschrecker

Von Peter Gillies

Daß die Wirtschaft ihr Lehrstellenangebot gewaltig ausgedehnt hat – teilweise über den Bedarf hinaus – wird nicht einmal von Gewerkschaftlern bestritten. Die ziemlich ruckhafte Reproduktionsrate der Deutschen erreicht, daß die Anstrengungen nochmals gesteigert werden.

Alle Beteiligten könnten daran mitwirken: die Unternehmen, indem sie an übermorgen denken; die Lehrlinge durch Mobilität und Verzicht auf Modeberufe; die Gewerkschaften, indem sie die Kostenbelastung der „Azubis“ in Grenzen halten.

Gegen den letzten Grundsatz verstößt die IG Metall in der aktuellen Tarifrunde. Ihre Forderungen für die Lehrlingsvergütungen summieren sich nach Berechnungen der Arbeitgeber von Gesamtmetall auf mehr als zwanzig Prozent. Aber beides zusammen ist nicht zu haben: überdurchschnittliche Kostensteigerung und gleichzeitig mehr Lehrstellen. Die wirtschaftliche Logik drängt in die andere Richtung: Wenn die Kosten einer Lehrstelle zu teuer werden, wird ihre Zahl verringert.

Ein Ausbildungszwang in der Metallindustrie kostet schätzungsweise zwanzigtausend Mark jährlich. Die Lehrlingsvergütungen sind in den letzten Jahren etwa doppelt so stark wie die Löhne gestiegen, die Zahlungen für das erste Lehrjahr sogar um das Dreifache. Dieser Prozeß bewirkt das Gegenteil von Ermutigung, weitere Lehrlinge einzustellen.

Mit den Forderungen erweist die IG Metall der Jugend einen Bärendienst. Sie kämpft für die Lehrstelleninhaber und gegen diejenigen, die eine Lehrstelle suchen. Wahrscheinlich würden sogar viele junge Leute gern für fünfzehnhundert statt sechshundert Mark monatlich ausgebildet werden. Aber ein starker Arm verhindert es. Da gibt es einige, die sollten sich ihr Lehrgeld wiedergeben lassen.



ZEICHNUNG HICKS/COPYRIGHT DIE WELT

Abschied eines Lotsen

Von Günther Bading

Herbert Wehner ist seit gestern nicht mehr Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Er hat nach bestem Wissen seine Schuldigkeit gegenüber der eigenen Partei getan; nun geht er, allerdings nicht als ein alter Mann, der zufrieden auf sein Lebenswerk blicken kann in der Erwartung, daß seine Nachfolger es sichern und ausbauen werden.

Wehners Lebenswerk ist es, die SPD zu einer regierungsfähigen Partei gemacht zu haben. Am 6. März aber haben die Sozialdemokraten nicht nur Stimmen verloren, nicht nur die Aussicht, wieder die Regierung zu bilden – sie haben das eingebüßt, was er einmal „Regierungswürdigkeit“ genannt hat. Die Wähler haben gezeigt, daß sie kein Vertrauen mehr in diese Partei haben.

Die SPD-Fraktion hat in den letzten Jahrzehnten Glück mit ihren Vorsitzenden gehabt. Es waren überragende Männer wie Fritz Erler, Helmut Schmidt während der Großen Koalition, zuletzt Herbert Wehner. Sie haben alle mehr getan, als die Parlamentstätigkeit zu verwalten; sie haben sozialdemokratische Politik und damit die Partei selber entscheidend geprägt.

Im Wirken von Herbert Wehner gibt es zwei Grundzüge. Da ist zum einen der beinahe fanatische Kampf um die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie. Und da ist sein Bemühen, den Menschen ganz konkret zu helfen, so wie es sich in seiner Zeit als gesamtdeutscher Minister manifestiert hat. Es war Wehner, der den entscheidenden Schritt auf dem Weg, der die SPD von einer ideologisch verhafteten Klassen- zu einer Staatspartei führen sollte, Ende der fünfziger Jahre unternahm. Damals überwand er seine Skepsis gegenüber den Vorarbeiten für das Godesberger Programm und stellte sich voll hinter die Öffnung zu einer Volkspartei. Dazu gehörte der zweite wichtige Schritt: seine Rede vom 30. Juni 1960 im Deutschen Bundestag, als er die gemeinsame Verantwortung aller Parteien gegenüber dem Volksganzen

herausstellte und die Europa- und NATO-Politik der Bundesregierung billigte.

Nur auf diesem Wege, der ihm in der eigenen Partei Kritik und sogar Feindschaften einbrachte, hielt es Wehner für möglich, den Monopolanspruch der Union als staatstragende Partei zu bestreiten. Mit der Bildung der Großen Koalition 1966 glaubte er dieses Ziel dann erreicht zu haben. Er hielt später nichts von der Kleinen Koalition mit der FDP, fügte sich aber, als Willy Brandt dieses Bündnis mit Walter Scheel ausgehandelt hatte. „Ich hätte sie damals lieber noch nicht gewollt“, bekannte er jetzt, wenige Tage vor der Bundestagswahl, in einem Interview.

Wehners gesamtdeutsches Engagement war geprägt von dem Bemühen, die Folgen der deutschen Teilung für die Menschen beiderseits der Trennungslinie erträglicher zu gestalten. Für ihn, der auch Jahrzehnte nach seiner Abkehr vom Kommunismus noch überall Mißtrauen an seiner sozialdemokratischen Gesinnung zu spüren glaubte, war es auch eine persönliche Genugtuung, als er im Dezember 1966 zum Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen wurde. Er hat damals die Bundestagspartei davor gewarnt, die Deutschlandpolitik zu einem „innenpolitischen Schlaginstrument“ zu machen. Kennzeichnend für seine Politik war der Satz: „Jede Partei wird von der Geschichte auch danach beurteilt



Für ihn kein Platz mehr: Herbert Wehner. FOTO: SVEN SIMON

werden, ob sie Menschenmögliches getan oder unterlassen hat, im gespaltenen Deutschland Formen des Miteinanders zu finden, die vorteilhaft für die Menschen sind.“

Im Oktober 1969 wurde Wehner Fraktionsvorsitzender. Spätestens seit dem Sturz von Willy Brandt 1974, an dem „Onkel Herbert“ maßgebend beteiligt war – er und Brandt sprachen seitdem nur noch das Nötigste miteinander – kristallisierte sich jene „Trolcha“ genannte Konstellation heraus: Helmut Schmidt als Bundeskanzler, Willy Brandt als Parteivorsitzender und er als Fraktionschef. Gegen die Fraktion und damit gegen Herbert Wehners Willen lief in diesen Jahren nichts in der SPD.

Wehners Nachfolger Hans-Jochen Vogel wird es schwer haben. Und nicht nur, weil er an einem Vorgänger gemessen wird, den Freunde wie politische Gegner als einen der größten politischen und strategischen Köpfe der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet haben. Vogel wird nicht so unabhängig sein, wie dies Herbert Wehner war. Das ist schon kurz nach Helmut Schmidts Sturz deutlich geworden, als Parteichef Willy Brandt die Marschlinie für den Bundestagswahlkampf ausgab. Links von der CDU sollte, mit Hilfe grüner Potentials, die Mehrheit gesucht werden – aus Wehners Sicht ein hoffnungsloses Unterfangen. Er hatte eine Neuaufgabe der Großen Koalition gewünscht, die man mit der wirtschaftlichen Krisensituation hätte begründen können. Aber Brandt dachte anders und Hans-Jochen Vogel erteilte öffentlich diesem Gedanken eine Absage.

Wie gewinnt die Partei das jahrelang mühsam aufgebaute, seither verspielte Vertrauen, die „Regierungswürdigkeit“ zurück? Wer ist der Wehner, Erler, Schmidt in einer Person, der einen neuen Pfad nach Godesberger Art, nach Art jener Rede vom 30. Juni 1960 einschlägt? „Ich passe nicht mehr in diese Reihen, die die mehrere Seiten geschlossen haben“, war Wehners bitteres Abschiedswort.

Das Gotteswort und freie Wahlen gegen die Gewaltbotschaft

Mittelamerika: Eine zweifache geistige Offensive/Von Thomas Kielinger

Auf dem schmalen Isthmus zwischen dem nördlichen und dem südlichen Amerika entfaltet sich das Szenarium eines ausgreifenden Konflikts. In dieser Welt der Armut und Gewalttätigkeit, wo veraltete Strukturen, aber auch weit vom protestantischen Arbeitsethos entfernte Gewohnheiten lange den Fortschritt verhindert haben, begehren neue Kräfte von zwei Seiten aus Einlaß, reklamieren für sich die Rolle des Befreiers. Große Verwirrung herrscht in der übrigen Welt – und große Bequemlichkeit in der Beurteilung der hochexplosiven Lage Zentralamerikas.

Da sind zunächst die Vorkämpfer des gewaltsamen Umsturzes, die von sich in quasi-religiöser Inbrunst behaupten, einer Revolution der Befreiung, ja einer Theologie der Befreiung zu dienen. Es sind, nimmt man Kuba und Nicaragua als Beispiel, die Usurpatoren eines neuen Machtmonopols, die sich des Begriffs der Befreiung nur bemächtigt haben, um eine Diktatur gegen

die andere auszutauschen. Sieht man weiter, schaut man sich den Sponsor dieser spezifischen Doktrin von Befreiung an, die Sowjetunion, so runden sich die Indizien in geradezu Orwell'scher Manier: Befreiung am Beispiel Afghanistan, Freiheit am Beispiel Polens.

In diese Welt auf den Kopf gestellter Begriffe dringt nun das Gegenbild, die demokratische und die christlich definierte Konzeption von Freiheit. Sie wird verkörpert von den beiden mächtigsten Vertretern dieser Lehren, dem amerikanischen Präsidenten und dem Papst. Was beide verbindet, ist die Idee des Friedens: der Willen, den Kräften des Fortschritts durch friedliche Prozesse Bahn zu brechen.

Papst Johannes Paul II. ergreift in den von ihm besuchten Ländern nicht politische Partei; er betont immer wieder seine Botschaft des Friedens, der Gesprächsbereitschaft, des Dienstes am Menschen durch die Brüchigkeit von Gewalttätigkeit der Boden ist, auf dem er zur

Zeit wandelt. Er weiß, daß in der Tiefe Zentralamerikas ein Wunsch schlummert: die Sehnsucht nach dem endgültigen Ende von Gewalttätigkeit. „Keine Gewalt mehr!“ rief der polnische Papst in der Masse der Zuhörer in El Salvador hinein. Das Echo seiner Worte muß überall zurückgehallt haben, wo Herrschaft sich mit Hilfe der Bajonnette zu etablieren hofft.

Drei Monate vor dem Besucher aus Rom reiste der amerikanische Präsident durch diese unruhige Region. Es ist bekannt, wie religiöse und parlamentarische Kreise gerade in den USA so beharrlich das durchaus moralisch fundierte Bemühen ihrer eigenen Regierung in Zweifel ziehen: mit welcher Unbedartheit sie ihre Vorstellungen dagegen setzen. Da wird das Wort vom „Dialog“ mit den Aufständischen in den Mund genommen, ohne daß die unabdingbare Forderung nach einem Schweigen der Waffen gleichzeitig erhoben würde.

Jetzt hat Reagan die Abhal-

IM GESPRÄCH Werner Vogel

Grüner mit Krawatte

Von Eberhard Nitschke

Als Ordnungssymbol hatte er zur ersten Fraktionssitzung seiner Partei in Bonn eine blankgeputzte Tisch-Messingglocke mitgebracht, denn hier war er zum Versammlungsleiter bestimmt. Werner Vogel, 75 Jahre alt, ehemaliger Leiter des Ministerialrats im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, war nicht nur Spitzenkandidat der „Grünen“ für den Deutschen Bundestag, er ist jetzt auch künftiger Alterspräsident des hohen Hauses.

Daß er inmitten der Masse, die sich da in einem vorerst geliebten Sitzungssaal des Bundeshauses für die neue Partei bewegt, wie ein Eskimo am Äquator wirkt, hört der einstige „Leini“ nicht gerne. Ich trage sonst keinen Schlipf. Und ich verleihe in unwahrscheinlicher Solidarität mit meinen jungen Parteifreunden. Schwierigkeiten habe ich dafür im allgemeinen mit meinen Altersgenossen. Den Jungen verdanke ich, daß ich noch jung geblieben bin.

Wenn Werner Vogel heute als Einsteiger-Erlebnis in die Welt der „Grünen“ die Lektüre von Herbert Grubbs Buch „Ein Planet wird gelindert“ angibt, ist das wohl nur ein Teil des Impulses. Die andere Hälfte kam von Frau Ellen Hollender-Vogel, des kommenden Bundestags-Alterspräsidenten (zweiter Ehefrau, einer Yoga-Lehrerin, die bereits lange vor ihm „grüne“ Aktivitäten unternahm und früh im heimischen Mettmann nahe Düsseldorf Kreisvorsitzende der „Grünen Aktion Zukunft“ (GAZ) wurde.

Kinder im Hause, die sich um die plötzliche politische Karriere der Eltern kümmern, gibt es nicht mehr, die sind lange erwachsen: Dozentin in England, Referentin im Bundes-Familienministerium und Goldschmied. Daß der Vater „immer noch was machte“, daran hatte man sich längst gewöhnt, seit er sich als „zugelassener Rechtsbeistand“ nach der Pensionierung



Alterspräsident des Bundestags Werner Vogel

um juristische Probleme von Anwälten in der Bundesrepublik kümmerte, dafür zwar nach einem Bekunden „nichts verdient“, aber immer an den Problemen dran ist. Schließlich hatte er auch zuvor ein Foto-Archiv aufgebaut, und herzkranke ist er noch und schätzte Prozent kriegsbedingt.

In Mettmann selber ist aufzuwachen, daß sich Werner Vogel nicht in seinem eigentlichen Wohnort, der Gemeinde Mettmann, als Kandidat für die „Grünen“ unterstellen ließe, sondern im benachbarten „Nordkreis“, und daß er am Abend für die intensive Tagespresse nicht aufzutreten wolle. Hervortreten ist nicht seine Sache, gibt Werner Vogel auch am Rande zu verstehen. Diese Einsicht gerade ist es, die den alten Herren für seine geschäftige politische Umgebung, in der er der Vermittler abgibt, doppelt sympathisch macht, denn problematisch möchten sich da viele – auch wenn das offiziell als Streben des „alten Systems“ gilt, dem Vogel als Beamter so treu gedient hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der Wahlausgang in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt auch am Dienstag die Weltpressen:

The New York Times

Die Amerikaner sollten über den Ausgang der westdeutschen Wahlen erfreut sein, vor allem weil die Russen sie zu einer großen Entscheidung zwischen Ost und West gemacht hätten. Nur Wirtschaftsfragen können Kanzler Kohls Triumph erklären. Aber die Russen glaubten, sie könnten die Deutschen einschüchtern, daß sie die Positionen der NATO in der Frage der Eurokraten verlassen. Nach dieser Einschätzung sieht sich Moskau jetzt zurückgewiesen. Was die Russen und manchmal sogar Amerikaner und Deutsche verärgert, war, daß die Sozialisten nur dadurch an Stärke gewannen, daß sie den Marxismus über Bord warfen und ihre Treue zum Westen unter Beweis stellten. Jetzt haben wirtschaftliche Stagnation und Rekord-Arbeitslosigkeit einen weiteren Wechsel herbeigeführt. Zwar wurden die Sozialisten durch die sowjetische Umarmung verletzt, aber gestürzt wurden sie durch häusliche Unzufriedenheit.

Handelsblatt

Diese neue Regierung der Mitte muß vor allem der vertrauensvollen Erwartung gerecht werden, daß ihr dauerhaft die Wiederbelebung der Wirtschaft und damit ein kontinuierlicher Abbau der Arbeitslosigkeit gelingt. Insbesondere daran wird sie in den nächsten Jahren gemessen werden. Niemand erwartet Wunder über Nacht, und nach wie vor ist die Bereitschaft in der Bevölkerung erkennbar, auch bei Einschränkungen dazu beizutragen, daß Konjunkturbelebende und nachhaltiges Wirtschaftswachstum von einem soliden Fundament

ausgehen können. Aber man will dabei den Eindruck haben, daß die vorrangig erforderlichen Regierungsprogramme zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und der Sozialwesen zuverlässig und tragfähig sind. (Düsseldorf)

Herald Tribune

Diese Ergebnisse sollten jene Amerikaner eine Lehre sein, die der festen Meinung waren, daß Europa nach links treibe oder politisch demokratisiert sei. In Westdeutschland haben am Sonntag bewiesen, daß sie sich weiter als das Bündnis verlassen, daß sie nicht bereit sind, ihr Vertrauen in den guten Willen der Sowjetunion zu setzen, daß sie sich nicht einem moralischen „Neutralismus“ zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion beugen und daß sie kein Zutreten zu einem etwaigen neuen deutschen Mittelweg zwischen den Supermächten haben. So gesehen war die Wahl in Westdeutschland eine Entscheidung für die NATO. Es wäre ein Fehler, sie gleichmaßen als eine Entscheidung für die amerikanische Politik zu deuten. (New York)

Le Quotidien de Paris

In der Bundesrepublik hat man vielleicht mehr als woanders verstanden, daß weniger die von den Europäern dargestellte atomare Macht als vielmehr das mit dem Gegenwart dieser Waffen in Europa bestehende Symbol des amerikanischen Engagements das wesentliche ist. Die Wähler der Bundesrepublik haben mit ihrer Wahl eine Stimmabgabe für die bisherige Koalition. ... dem pazifistischen Slogan „Lieber tot als tot“ die klare Antwort erteilt. Weder ist noch tot, das ist der Sinn, den man der Wahl vom Sonntag geben kann.

Die zweite Frage allmählich aktuell: die Subversion nähert sich dem Rio Grande. Reagan zumindest bleibt weitsichtig. Und der Papst, dessen Vorgänger im Vietnam-Konflikt geschwiegen oder gar Amerika kritisiert hatten, gebietet selbst ins unklare Gebiet, um wenigstens klar zu sagen, daß Zustände wie in Kuba nicht die Botschaft Christi seien. Er predigt keine Gewalt zur Enttäuung jener Feindesliebe, die ihm Mangelan „Verständnis“ für jene vorwerfen, die „ihre Ketten von Gewalt sprengen wollen“ – so wie er keine Gewalt in Polen predigt. Er predigt das Wort Gottes, das er auch in Polen predigt. Von Polen bis Nicaragua sind es die gleichen, die empört reagieren. Und es gibt keine Sicherheit, daß seine Botschaft oder die des Mannes, der freie Wahlen durchsetzen will, durchdringt. Aber wenigstens versuchen sie es gegen die Front der Gewalttätigen und gegen die noch brutale Front der Feigen und Bequemen.

Verner Vogel
Watte

Deutsche Buchmesse New York - Mehr Schatten als Licht

Von A. STARKMANN

New York ist schwer zu bezaubern. Im "Big Apple" ist die Einwohnervielzahl eine beeindruckende Größe, die man schon etwas ausgefallen findet, um die Leute vom Stuhl der deutschen Buchmesse mit ihrer ersten Messe in den USA nicht ihre recht beeindruckende Größe im Sheraton Centre von Manhattan würde trotzdem ein Erlebnis mit interessanten Unter-

jedoch bedenklich stimmen. Der neue Anti-Amerikanismus in Europa ist eine Einbahnstraße. An unserer Bereitschaft und unseren Verpflichtungen hat sich nichts geändert.

Vielleicht kann man es als Zeichen betrachten, daß gerade Little, Brown und Co. den sensationellsten Abschuß auf der Messe mit einem deutschen Verlag getroffen hat. Seit Jahren räteln die Augen in Amerika und Deutschland daran, warum Norman Mailer, der mit dem Kriegeroman "Die Nackten und die Toten" zu Weltruhm aufgestiegen ist, sich ins Schneckenhaus zurückgezogen habe. Jetzt weiß man's: Er hat in einem voluminösen Roman die Summe seiner Weltsicht und seiner ausgehenden Philosophie niedergelegt. Er hat ihn "Ancient Evenings" betitelt.

Nur ziemlich klägliche Erfolgsmeldungen

Es geht in dem Roman um die Wiedergeburt eines Pharaos, der mit dem Wissen des 20. Jahrhunderts in seine ursprüngliche historische Zeit zurückkehrt. Die Leute von Little, Brown und Co. haben bereits mehr als 100 000 blind gebuchte Bestellungen aus dem Sortiment vorliegen. Niemand anderer als der Münchner Verleger Herbert Fleissner hat sich in New York die Lizenz für dieses Buch gesichert. Es steht jetzt schon fest, daß es auf der Frankfurter Buchmesse im Oktober 1983 der Spitzentitel sein wird.

Der geschäftstüchtige Münchner Multiplikator hatte so am Wochenende doppelten Grund, im "Sardis Restaurant" gleich um die Ecke vom Broadway zu feiern: Die mit Sicherheit lukrative Übersetzung von Norman Mailer und den Wahlerefolge der Partei seines Wunsches.

Die Mailer-Akquisition war allerdings eigentlich eine kontraproduktive Sache; denn die Deutschen wollten ja eigentlich ihre eigenen Titel loswerden. Das ist zum Beispiel Christoph Schlotterer vom Hanser Verlag gelungen, der das Œuvre von Horst Bienek unterbringen konnte eine schlesische Saga, die unter der deutschstämmigen Bevölkerung in den USA ihr Publikum finden dürfte. Es ist auch dem Herder Verlag aus Freiburg im Breisgau mit einem Luther-Bildband und weiteren Lizenzungen gelungen, Fuß zu fassen in New York. Und auch Frau Ingrid Schick, eine der wenigen deutschen Literaturagentinnen, hat ihre guten amerikanischen Beziehungen mit Gewinn nutzen können.

Bei rund 500 Verlegern aus der Bundesrepublik mit ihren rund 17 000 Titeln sind das indes ziemlich klägliche Erfolgsmeldungen. Obwohl mehr als 30 000 Besucher in die Ausstellung strömten, blieb der erhoffte Niederschlag der Werbung vorläufig aus. Das braucht noch kein Beinbruch zu sein, weil man weiß, daß in diesem Gewerbe die geschäftlichen Beziehungen erst langfristig ihre Früchte tragen und daß es wichtig ist, eine Atmosphäre des Vertrauens herzustellen. Diese Chance ist jedoch im kulturellen Rahmenprogramm der Messe, das ja atmosphärische Rückwirkungen hat, kraß verspielt worden.

Von vornherein waren mit Günther Grass, Martin Walser und Max Frisch Schriftsteller zu Lesungen und Diskussionen eingeladen worden, die in Amerika ohnehin schon ihren Status besitzen. Der Impetus der Innovation, der Gedanke, vernachlässigte deutsche Autoren von Alfred Döblin über Hans Sahl, Hermann Lenz und Ernst Augustin bis zu Wolfgang Ickers und Udo Steincke (die Namen sind stellvertretend) ins Gespräch zu bringen, stieß ins Leere. Von den weniger bekannten war kein einziger zum Auftritt in Manhattan gebeten worden.

Einer von den "Großen" scherte zudem noch kurz nach Ausdruck des Programms aus: Martin Walser konnte wegen einer Theater-Premiere in Bonn nicht über den Atlantik fliegen. An seiner Statt kam der Journalist Fritz Raddatz, um ausgerechnet aus seiner "Karl Marx"-Biographie vorzulesen, die bei Experten bereits als obsolet gilt, als sie vor geraumer Zeit veröffentlicht wurde.

Dies war kein gutes Stück deutscher Kulturpolitik in Amerika. Der 500 000-Mark-Zuschuß des Bonner Auswärtigen Amtes zu den Gesamtkosten von mehr als einer Million Dollar hätte besser verwendet werden können. Das Goethe-Institut hatte einen Einblick in das deutsche Filmschaffen versprochen, aber lediglich Verfilmungen von Heinrich Böll-Romanen geboten. Das gesamte Begleitprogramm war eine einseitige Angelegenheit. Peter Weidhaas, der im übrigen die Messe mit einer täglich erscheinenden Zeitung in deutscher und englischer Sprache sorgsam begleitete, war in dieser Hinsicht offenbar schlecht beraten.

Eine Idee aus Manhattan - Buchhandlung in Berlin

Buchmenschen sind impulsiv und unberechenbar. Sie gebären ihre Ideen oft aus der Laune der Situation. Da war es wiederum Herbert Fleissner, der auf seiner Manhattan-Wahlparty Verlegerkollegen mit dem Vorschlag überraschte, im Berliner Europa-Zentrum eine Buchhandlung einzurichten. Die Lage ist ideal, und die Kosten würden stimmen - da hat Fleissner sich schon erkundigt, denn seine spontanen Ideen haben immer einen handfesten Hintergrund.

Wenn sein Vorschlag aus dem Sheraton Centre in New York ins Europa-Zentrum Berlins transportiert würde, wäre das ein herrliches Kuriosum dieser Messe. Aber vielleicht verrauscht auch das wie der Wind, der in den Wolkenkratzen von Manhattan durch die unendlichen Fahrstuhlschächte heult.



Jedem Kind eine warme Mahlzeit am Tag - im südindischen Bundesstaat Tamilnadu garantiert dies das Gesetz

FOTO: SYMON

Wenn der Lehrer zum Koch wird

Von PIERRE SPOERRI

In Indien nimmt alles gewaltige Ausmaße an: die Bevölkerungs- explosion, die benötigte Entwicklungshilfe, das Problem des Hungers und die Anstrengung, mit der die Not der Hungernden angepackt wird.

Shrimati Latika Padalkar, eine Frau aus Madras, hinterläßt im ersten Augenblick keinen übertragenden Eindruck. Sie ist klein, etwas dümmlich und sticht mit ihrem dunkelgrünen Sari kaum hervor. Erst wenn sie zu sprechen anfängt, spürt man, was für eine Persönlichkeit man vor sich hat und was für eine Verantwortung auf diesen Schultern liegt. Shrimati Padalkar gehört zur höchsten Beamtenklasse Indiens. Sie ist in der Verwaltung des Bundesstaates Tamilnadu - des größten der südindischen Bundesstaaten - verantwortlich für das vom dorthigen Ministerpräsidenten M. G. Ramachandran geschaffene "Nahrungsmittel-Mahlzeiten-Programm", durch das 4,5 Millionen Kinder täglich eine Mittagsmahlzeit erhalten.

M. G. Ramachandran gehört zu der wachsenden Gruppe von Filmproduzenten und -schauspielern Indiens, die sich nach erfolgreicher Laufbahn auf der Leinwand einer ebenso erfolgreichen Karriere auf der politischen Bühne widmen. Da der Film für die meisten Indier immer noch die populärste Form von Unterhaltung darstellt, ist es nicht weiter erstaunlich, daß die Helde der Leinwand keine große Mühe zu haben scheinen, ihre Erfolge auch an der Wahlurne zu wiederholen.

Das Prinzip des Kinder-Ernährungsprogramms in Tamilnadu ist äußerst einfach: Jedes Kind, das bedürftig ist, bekommt an einem für es einfach zugänglichen Ort, in den meisten Fällen in einer Schule, eine einfache Mittagsmahlzeit, und zwar 365 im Jahr. Zunächst mußten die Behörden feststellen, wie

viel Bedürftige es überhaupt gab und wo sich diese konzentrierten. 5,8 Millionen arme Kinder wurden in den Dörfern, 700 000 Kinder in kleineren oder großen Städten registriert. Dies führte zur Zahl von 6,5 Millionen Mahlzeiten pro Tag.

Mit einem großen Fest wurde in jedem Bezirk das Programm aus der Taufe gehoben. Zunächst wurden 50 000 Ernährungsstellen in Landgebieten eingerichtet. Zwei Monate später war es dann auch in den Städten so weit, daß die bedürftigen Stadtkinder in 5800 Zentren ernährt werden konnten. Das Rückgrat des ganzen Programms stellen in den Städten, wie auch in vielen Dörfern, die Lehrer dar. Ihnen obliegt oft die Aufgabe, die Küchenarbeit neben der Erziehung der Kinder voranzutreiben, und dies sogar an Sonn- und Feiertagen.

In den Landgebieten wurde von der Behörde von Frau Padalkar ein Heer von 100 000 Balasewikas - Frauen, die sich der Zubereitung und Verteilung dieser Mahlzeiten widmen - geschaffen. Viele dieser Frauen gehören zu den niedrigen Kasten, viele sind Witwen. Ein zentrales Ziel des Programms ist es nämlich, die Kastenschranken zu durchbrechen. Dies geschieht vor allem dadurch, daß Kinder von Familien höherer Kasten von diesen Frauen bedient werden und umgekehrt sich auch Vertreter höherer Kasten um die Kinder der Harjans, der Unberührbaren und anderer bedürftiger Minderheiten kümmern.

Die in allen Zentren ähnlich zubereitete Mahlzeit besteht aus dem traditionellen "Sambhar-Reis" und enthält eine Reihe von Hülsenfrüchten und Gemüsesorten. 411 Kalorien sind für die Vorschul-Generation und 580 Kalorien für die Schulbesucher vorgeschrieben. Wie wird das Ganze finanziert? Die einzelne Mahlzeit kostet 45 Paisa (11 Pfennig) pro Kind pro Tag.

Das ergibt im Jahr die stattliche Summe von umgerechnet etwa 300 Millionen Mark. Im Augenblick wird das ganze Programm noch vom Staatshaushalt von Tamilnadu finanziert. Frau Padalkar fügt aber hinzu, daß das Volk von Tamilnadu, dessen Parlament dieses Programm durch Gesetz eingeführt hat, so entschlossen dahinterstehe, daß auch durch freiwillige Beiträge von privater Seite schon einiges zusammengekommen sei. Neben der verbesserten Gesundheit der Kinder sei auch eine Verminderung der Krankheits- und Sterblichkeitsquote erreicht worden. Und dies werde, als nächster Schritt, auch die Mütter ermutigen, mit der Familienplanung Ernst zu machen.

Das Ernährungsprogramm war ein solcher Erfolg - auch politisch -, daß beim Wahlkampf im benachbarten Andhra Pradesh sowohl Regierungen wie auch Oppositionsparteien die Einführung eines ähnlichen Programms versprochen, falls sie gewählt würden. Der Wahlsieger, der Filmstar T. N. Rama Rao ist in diesen Wochen daran, seine Wahlversprechen einzulösen. Natürlich darf auch die Zentralregierung in einer solch wichtigen Frage nicht zurückbleiben. Im Zwanzig-Punkte-Programm von Frau Indira Gandhi bezieht sich ein Punkt auch auf die spezifischen Bedürfnisse der Kinder. So ist ein umfassendes Projekt in Vorbereitung, das Hygiene-Erziehung, Impfung der Kinder gegen Krankheiten, ausgewogene Ernährung für die wirklich Bedürftigen und ähnliches einschließt.

Das gigantische Projekt sieht vor, daß für jeden "Bevölkerungsblock" von 50 000 Menschen eine Gruppe von zweihundert Sozialarbeitern, Krankenschwestern und Ernährungsexperten ausgebildet wird. Dies soll - so versichert einer der für dieses Programm verantwortlichen Beamten - auch fi-

nanziell tragbarer sein als ein reines Ernährungsprogramm.

Wenn die Konkurrenz zwischen Hauptstadt und Provinz, zwischen Zentral- und Landesbehörden dem Kind zugute kommt, wird sich niemand darüber beklagen können. Heute bekommen in Tamilnadu schon 6,5 Millionen Kinder jeden Tag eine Mahlzeit. Das ist das, was eigentlich zählt.

Das indische Modell der Entwicklung hat große Erfolge gezeitigt, besonders auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Ernährung. Indiens Nahrungsbasis ist immer schneller gewachsen als seine Bevölkerung (1950-51: 50 Millionen Tonne Getreide für 360 Millionen Menschen; 1978/79: 131 Millionen Tonne für 680 Millionen Einwohner). Während der letzten fünfzehn Jahre haben sich 400 Millionen Menschen - mehr als die gesamte Bevölkerung Afrikas - über die von der UNO definierte Armutslinie emporgearbeitet. Dadurch hat sich der größte Mittelstand der ganzen Dritten Welt entwickelt. Er wird auf 140 Millionen, ein Fünftel der Bevölkerung, geschätzt.

Die Ernährungssituation ist jedoch dann gefährdet, wenn drei Bedingungen nicht erfüllt werden: 1. wenn die Monsunregen ausfallen oder ungenügend sind; 2. wenn die vorhandenen Getreide- und Reisvorräte nicht richtig verteilt werden; 3. wenn Teile der Bevölkerung - etwa die 300 Millionen, die noch unter der Armutslinie leben - nicht genug Geld haben, um sich auch das Nötigste zu kaufen. Es ist diese letzte Kategorie von Menschen, für die das Kinder-Ernährungsprogramm von Tamilnadu vorgesehen ist. Denn es braucht keine Experten, um festzustellen, daß Kinder, die zwischen zwei und neun Jahren nicht richtig ernährt werden, für den Rest ihres Lebens nur eine beschränkte Chance haben, ein volles und befriedigendes Leben zu führen.

ER ANDER

gehen können. Aber die Amerikaner sind nicht so einfach zu überzeugen. Sie scheitern an der Erkenntnis, daß die Entwicklung der Dritten Welt ein Prozess ist, der nicht von außen gesteuert werden kann. Die Amerikaner müssen lernen, die Amerikaner zu verstehen.

Herzschmerz

Diese Erkenntnis ist gemäß den beherzten Aussagen von den "New Yorker Times" eine der größten Herausforderungen der amerikanischen Politik. Die Amerikaner müssen lernen, die Amerikaner zu verstehen. Die Amerikaner müssen lernen, die Amerikaner zu verstehen.

Le Quotidien

n der Bundesrepublik. Die Wahl von Sonntag ist ein wichtiger Tag für die deutsche Politik. Die Amerikaner müssen lernen, die Amerikaner zu verstehen.

Itbotsch

zweite Frau. Die Wahl von Sonntag ist ein wichtiger Tag für die deutsche Politik. Die Amerikaner müssen lernen, die Amerikaner zu verstehen.



MIT 12% ÜBER NORMALTARIF BEKOMMEN SIE DAS SPITZENANGEBOT VON AIR FRANCE: CLASSE AFFAIRES - WAS EINE AFFÄRE EIGENTLICH IST.

Für 12% über Normaltarif bekommen Sie das Spitzenangebot von Air France: Classe Affaires - was eine Geschäftsklasse heißt. Dann gerade, wer nicht zum Spaß fliegt, sollte so bequem und entspannt wie möglich fliegen, da-

mit seine Kondition nicht auf der Strecke bleibt. Nach der Abfertigung an einem gesonderten Schalter betreten Sie die vom übrigen Flugzeug abgetrennte Kabine zuletzt und können sie nach der Ankunft zuerst verlassen - was zusätzlichen Zeit-

gewinn bedeutet. Sie sitzen mit mehr Beinfreiheit im ruhigsten Teil des Flugzeugs vor den Tragflächen. Bei den Mahlzeiten, die wir Ihnen je nach Tageszeit anbieten, gehen wir davon aus, daß Sie Zeit zum Essen eigentlich nur im Flugzeug haben. Und

weil wir wissen, wie ein Glas Champagner die Entspannung fördern kann, servieren wir Ihnen das erste schon vor dem Abflug. Buchen können Sie in jedem IATA-Reisebüro oder bei uns.

AIR FRANCE

Verhaftete in Jena wieder freigelassen

Die „DDR“-Behörden haben in der vergangenen Woche 14 von 15 festgenommenen Mitgliedern einer Jenaer Friedensinitiative wieder freigelassen. Wie aus dem Freundeskreis der Inhaftierten gestern in Ost-Berlin verlautete, blieb lediglich Ingo Güther in Haft, der wegen Wehrdienstverweigerung zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Den Freigelassenen war ursprünglich „staatsfeindliche Gruppenbildung“ vorgeworfen worden. Diesen Vorwurf hätten die „DDR“-Behörden jetzt fallen lassen.

Nach Auffassung des Freundeskreises trug die internationale Berichterstattung über die Verhaftungen zu der Freilassung bei. Bei einem Treffen von Friedensinitiativen aus 17 Städten der „DDR“ diskutierten nach diesen Angaben am vergangenen Wochenende in Ost-Berlin 150 Mitglieder dieser Initiativen die Situation der Jenaer Gruppe. In den kommenden Wochen ist eine sogenannte Friedenswerkstatt geplant.

Arafat und Gemayel verhandeln

Der libanesische Staatschef Amin Gemayel ist während der Blockfreien-Konferenz in Neu-Delhi erstmals seit seinem Amtsantritt mit PLO-Chef Jassir Arafat zusammengetroffen. Das wurde gestern von offizieller Seite in Beirut mitgeteilt. Unter Berufung auf Mitglieder der libanesischen Delegation berichteten die Zeitungen „Al Nahar“ und „Al Safir“, Arafat habe im Laufe der Unterredung den politischen Kurs der Beirut-Führung begründet und sich bereit erklärt, den Abzug der palästinensischen Kämpfer gemäß den Anweisungen der zuständigen Stellen zu unterstützen.

Polen klagt weitere Gewerkschafter an

Acht ehemalige Mitglieder der verbotenen unabhängigen polnischen Gewerkschaften „Solidarität“ und „Landsolidarität“ sollen vor Gericht gestellt werden, weil sie angeblich Bestechungsgelder für den Verkauf von Autos angenommen haben.

Nach einem Bericht der polnischen Armeezeitung „Zolnier Wolnosci“ wurden inzwischen drei ehemalige Angehörige der „Solidarität“ im Warschauer Volksgericht FSO sowie ein früherer Sprecher von „Landsolidarität“ verhaftet. Gegen weitere 15 Personen aus Gewerkschaftskreisen laufen Ermittlungen. So soll der einstige Vorsitzende der Bauergewerkschaft, Jan Kulaj, im Namen seiner Gewerkschaft mit FSO einen Vertrag über die Lieferung von 28 Fahrzeugen mit kleinen Fabrikationsmängeln zu Vorzugspreisen abgeschlossen haben. Diese Wagen wurden, so „Zolnier Wolnosci“, nicht an die bezugsberechtigten Landwirte, sondern an Kulajs Familienangehörige und Nachbarn ausgeliefert. Dafür hätten die unrechtmäßigen Käufer dem Prüfungsausschuss der Gewerkschaft Bestechungsgelder von 60 000 bis 100 000 Sloty zukommen lassen.

DIE WELT (Ausg. 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 385.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

CDU und FDP kurz vor dem Senats-Bündnis

Von HANS-R. KARUTZ

Beiflügel durch die günstigen Winde vom Rhein, soll das schon vor knapp zwei Jahren durch den CDU-Duldungs-Kurs von fünf der sieben Berliner FDP-Abgeordneten auf Kiel gelegte Koalitions-Schiff am 17. März vom Stapel laufen. In dieser letzten Sitzung vor der Osterpause werden – so steht es im Zeitplan – zwei FDP-Senatoren und voraussichtlich zwei neue CDU-Ressortchefs gewählt. Nach 30-jähriger Pause bekäme Berlin auf diese Weise als zweites Bundesland nach dem Saarland wieder ein bürgerlich-liberales Kabinett.

Zuvor müssen an diesem Samstagabend noch die letzten Bremsklötze beiseite geräumt werden: An historischem Ort – im Congress

Landesbericht Berlin

Centrum, Schauplatz des SPD-Nachwuchsparteitags von 1979 und des FDP-Schirmmützels vom November 1982 – entscheiden die 250 FDP-Landesdelegierten über das Ja oder Nein zum Bündnis.

Hermann Oxfort, künftiger FDP-Spitzenkandidat im Senat und Chef der Justizverwaltung in spe, sieht angesichts der „neuen Mitte“ in der Berliner FDP keine Probleme mehr. „Es gibt Schätzungen, daß 140 bis 160 Delegierte für eine Koalition stimmen, während 80 bis 90 an einem Verweigerungskurs festhalten werden.“

Die Stationen auf dem Wege zur Mitverantwortung in einem Senat, den der liberale Richard von Weizsäcker mit hoher sachlicher wie persönlicher Kompetenz leitet, ähnelte der Echterbacher Springprozedur.

Im Mai 1981, als die FDP den Verlust jedes dritten Wählers oder 33 186 Stimmen beklagte, setzte die Partei-Linke in chaotischen Sitzungen ein striktes Nein zum angeblichen CDU-Bündnis durch. Am 11. Juni 1981 stimmten fünf der sieben FDP-Abgeordneten für Weizsäcker und seine Senatoren. Die Stadt war nur dank dieser einstimmigen FDP-Hilfe regierungsfähig.

Im April 1982 fehlten auf dem FDP-Parteitag lediglich zwei Stimmen an dem Beschluß, sich koalitionsbereiter zu zeigen. Zug um Zug,

Neu-Mitglied um Neu-Mitglied, verstärkte die „neue Mitte“ danach ihre Gewinne.

Aber erst die internen Delegiertenwahlen der FDP im Herbst/Winter 1982/83 und auch die auf FDP-Bundesebene erfolgten Trennungsstriche führten zum Durchbruch.

Das Räderwerk der Koalitions-Maschinerie setzte sich in den vergangenen Wochen durch einen detailliert verabredeten Briefwechsel zwischen Weizsäcker, FDP-Fraktionschef Horst Vetter und dessen CDU-Kollegen Eberhard Diepgen in Gang. Um die Bonner Flanke abzusichern, war Wolfgang Mischke, Berliner Stellvertreter Hans-Günter Hoppe stets im Bilde und informierte Jeweils Genscher. Der FDP-Chef hatte seit Wochen auf das befreiende Koalitions-Wort Weizsäckers gewartet, um es noch im Bundestagswahlkampf verwenden zu können.

An der praktischen Umsetzung der theoretisch längst funktionierenden CDU/FDP-Koalition hapert es noch. Denn Weizsäcker hält an allen seinen Senatoren fest. Sie haben sich alle bewährt. Ich möchte sie behalten“, sagte er zur WELT. Da jedoch für Oxfort und Vetter Senatsstellen freigemacht werden müssen (die Vakanz durch Norbert Blum, einst Bundessensator, reicht nicht aus), ergibt sich das Problem, ein neues Ressort zu schaffen. Der jetzige Bausenator Ulrich Rastemborski soll deshalb ein „ausgesprochenes Verlegenheits-Ressort wie „Verwaltungsreform“ erhalten – eine Neuschöpfung. Rupert Scholz (bisher Justiz) widmet sich künftig ausschließlich der Berliner Bundesangelegenheiten. Die FDP erhält die Bereiche Justiz (Oxfort) und Bau (Horst Vetter) – falls nicht Probleme mit der eigenen, bisweilen halstarrigen CDU-Fraktion zu anderen Überlegungen zwingen.

Auf welcher Wiese die Liberalen bei den Wahlen im Mai 1982 – eine Woche nach der Premiere der blumigen Bundestagskutscherei in Berlin – grasen wollen, liegt auf der Hand: In der bürgerlichen Mitte und eher rechts von der CDU, da die Alternativen und eine weiter verkleinerte SPD andere Wahlpotentiale abdecken.

Jürgen Dittberner, stellvertretender FDP-Fraktionschef, formulierte schon vor einem Jahr die Parole: „Gegen die absolute Herrschaft der CDU, für ein liberales Berlin!“

Grüne bieten auch in Bonn ein buntes Bild

Die 28 Bundestagsabgeordneten kommen aus unterschiedlichsten politischen Lagern / Führungsrolle für Petra Kelly?

STEFAN HEYDECK, Bonn Die 28 Bundestagsabgeordneten der Grünen, die gestern über ihre Konstituierung als Bundestagsfraktion und den Zeitplan für die nächsten Wochen beraten haben, kommen aus den unterschiedlichsten politischen Richtungen. Gert Bastian zum Beispiel gehörte früher einmal der CSU an. Schon als General war er einer der entschiedensten Gegner des NATO-Doppelbeschlusses. 1981 ging er in den Ruhestand.

Petra Kelly, seit Jahren eine der treibenden Kräfte bei den Grünen, war bis 1979 Mitglied der SPD. Die Diplom-Politologin und Beamtin des Europa-Parlaments war 1980 bei der Parteigründung in Saarbrücken als eine der drei Sprecher, wie die Grünen ihre Vorsitzenden nennen, satzungsgemäß für zwei Jahre gewählt worden. Auch in der Bundestagsfraktion wird ihr eine führende Rolle zukommen.

Willi Hoss, ursprünglich DKP-Mitglied, ist über eine eigene Liste bei Daimler-Benz in Stuttgart Betriebsrat geworden. Vorher hatte er

sich mit der Industriegewerkschaft Metall überworfen und war ausgeschlossen worden. Otto Schily ist Rechtsanwalt. Er war einer der Verteidiger von Ulrike Meinhof. Roland Vogt, einer der führenden Kräfte des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), gibt als Beruf Friedensarbeiter an.

In der Fraktion bestehen zwei Flügel: Das eine Lager versteht sich als gewerkschaftsnah und tritt nach Möglichkeit für eine Zusammenarbeit mit der SPD ein. Dem stehen die Abgeordneten gegenüber, die eine sogenannte „Fundamentalopposition“ betreiben wollen. Bisher sind sie an ihr in Siedelfingen beschlossenes Programm gebunden, nach dem sie in einem „Rotationsprinzip“ nach zwei Jahren ihren Platz einem „Nachrücker“ freimachen müssen. Diese sollen jetzt bereits die Funktion von Assistenten wahrnehmen. Ausnahmen wie von Rotationen können nur mit einer 70prozentigen Zustimmung der jeweiligen Landesversammlung gemacht werden. Al-

lerdings wird in Bonn nicht ausgeschlossen, daß U dieses Verfahren auf Widerspruch durch die Karlsruher Richter stößt.

Ihre wichtigsten Aufgaben im Bundestag sehen die Grünen unter anderem darin, die „NATO-Auflösung“ mit Forderung II und Cruise Missiles zu verhindern. Sie fordern einen „Stop des Atomprogramms“ und die sofortige Stilllegung aller Kernkraftanlagen. Außerdem verlangen sie nach ihrem Programm Maßnahmen gegen das Waldsterben, die Gewässerverschmutzung und die Bodenvergiftung. Schließlich wollen sie gegen Großprojekte wie Startbahn West auf dem Frankfurter Flughafen und den Rhein-Main-Donau-Kanal kämpfen. Außerdem erteilen sie den Wachstumsideologien eine eindeutige Absage und fordern einen möglichst sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energie.

Vor ihrer Gründung 1980 in Saarbrücken hatten Bürgerinitiativen und Umweltschützer aus der gesamten Bundesrepublik zwei verborgene Anläufe in Offenbach und

Karlsruhe unternommen. In der saarländischen Hauptstadt räumten sich dann sozialistisch und kommunistisch Gesinnte an. Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl wurde zur kommissarischen Führung der neuen Partei beauftragt, die damals rund 13 000 Mitglieder zählte. Heute hat sie 25 000 Anhänger.

Unter anderem aufgrund des Gesellschaftsprogramms, das eine Entflechtung der Großkonzerne vorsieht, und der Forderung nach der 35-Stunden-Woche nach dem Stand, verbunden noch mit einem vollen Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommensgruppen, trat Gruhl später. Ebenso verhielt sich der „Opa Bauer“ Baldur Springmann, der ursprünglich zu den Hauptklimatren in der Gründungsphase gehörte. Die dadurch verursachte Spaltung haben die Grünen schnell überwunden. Inzwischen sind sie bereits in fünf Landesparlamenten und dem Berliner Abgeordnetenhaus vertreten.

DGB vermittelt im Streitfall IG Bau

Amtsenthörung des Stuttgarter Bezirksvorstands löst bei der IG-Bau-Basis Empörung aus

XING-HU KUO, Stuttgart

Die Entmachtung des Stuttgarter Bezirksvorstands der IG Bau, Steine, Erden (BSE) und die fristlose Entlassung seines Geschäftsführers Gerhard Schramm durch den Bundesvorstand der Gewerkschaft in Frankfurt erwecken bei der IG-Bau-Basis Empörung. Wie berichtet, hatte die IG-Bau-Zentrale in der vergangenen Woche die rigorosen Maßnahmen damit begründet, die Stuttgarter Kollegen hätten bei der Vorstandswahl Anfang 1982 sätzungswidrig gehandelt. Der Stuttgarter Verband, mit 5300 Mitgliedern der stärkste in Baden-Württemberg, wies die Vorwürfe zurück. Die IG-Zentrale wisse seit Jahren und habe dies auch bisher gebilligt, daß der Bezirksverband abweichend von der Bundessatzung – nicht nach Orts-, sondern nach Betriebs- und Fachgruppen gegliedert sei.

Am Montag haben in Stuttgart alle Landesvorsitzenden der DGB-Gewerkschaften in Baden-Württemberg das Vorgehen der Frankfurter IG-Bau-Zentrale kritisiert und die Rücknahme der Kündigung Schramms gefordert. DGB-Pressesprecher Gerhard Schäfer bestätigte in einem WELT-Ge-

spräch, daß der Landesvorsitzende des DGB, Siegfried Pommerenke (SPD), beauftragt wurde, als Vermittler zwischen der empörten Stuttgarter BSE-Basis und der Gewerkschaftszentrale zu vermitteln. Pommerenke habe diesen Auftrag auch angenommen. Ein konkreter Termin für die Gespräche mit IG-Bau-Chef Konrad Carl in Frankfurt sei jedoch noch nicht bekannt, erklärte Schäfer. Ziel dieser Gespräche müsse die Rücknahme der Kündigung Schramms sein.

Frankfurt scheint jedoch nicht nachgeben zu wollen, denn der amtsenthobene Bezirksvorsitzende Richard Richter soll bis zur Klärung der Streitigkeiten auf Anordnung des Bundesvorstands auch kein Mitglied des Bundesbeirats der Gewerkschaft mehr sein. Dieses Gremium ist das höchste Organ zwischen der Gewerkschaftszentrale und den Ortsvereinen. Richter wurde die neue Maßregelung nicht mehr an Tarifverhandlungen teilnehmen.

Nicht nur innerhalb der Gewerkschaften hat das rigorose Vorgehen Frankfurts Empörung hervorgerufen. Der SPD-Kreisvorsitzende in Stuttgart, Dieter Blessing, hat in einem Brief an den Bundesvorstand der IG Bau festgestellt, er empfinde das Vorgehen der Ge-

werkschaftszentrale als „seltsam, befremdlich, fast abenteuerlich“. Blessing, selber Gewerkschaftsmitglied, fragte die Frankfurter Funktionäre, wie ihr Verhalten gegenüber dem Stuttgarter Verband mit der „innerverbandlichen Demokratie“ zu vereinbaren sei. Er appellierte deshalb, die Maßnahmen wieder rückgängig zu machen, da sonst der „Schaden“ nur noch größer werde.

Mehrere hundert Unterschriften sind inzwischen innerhalb des DGB Baden-Württemberg für eine Erklärung abgegeben worden, in der der Frankfurter Coup aufscharfste abgelehnt wird. Bereits in der vergangenen Woche hatte der Bundesvorstand der IG Bau den Landessekretär Günter Schulz zum Nachfolger von Schramm ernannt. Schulz erklärte der WELT kürzlich, Landes- und Bundesvorstand seien dabei, einen „Übergangsvorstand“ zu nominieren.

Eine Welle der Solidarität! Erhöht vor allem Bezirksgeschäftsführer Schramm, der vor das Arbeitsgericht geht und dessen Existenz durch die fristlose Kündigung wegen angeblich „arglistiger Täuschung“ in hohem Maße gefährdet ist.

Volkszählung Hamburg will Aufschub

h.s./DW, Hamburg/Hannover

Der Hamburger Senat will die für Ende April geplante Volkszählung um zwei Jahre verschieben. Die Regierung der Hansestadt beschloß gestern, einen entsprechenden Antrag im Bundesrat einzubringen. Zwei Hamburger Rechtsanwältinnen haben gegen das von Bundestag verabschiedete Gesetz zur Durchführung der Volkszählung jetzt Verfassungsbeschwerden eingelegt. Wie ein Sprecher des Hamburger Senats gestern mitteilte, ist sich der Senat der äußeren Zeitknappheit für die Realisierung seines Antrags voll bewußt. Er muß bis zum Freitag dem Bundesrat zugestellt und bereits in der Sitzung am 18. März bekannt werden. Bei einem „Verzicht auf eine Ausschussberatung im Bundesrat könnte der Bundestag den Antrag auf Änderung des Volkszählungsgesetzes in der Woche vom 11. bis 17. April beraten, die zweite Lesung könnte jedoch frühestens am 29. April stattfinden. Die Volkszählung soll aber schon am 27. April beginnen.

Sollte es dem Hamburger Senat gelingen, im Vorfeld der parlamentarischen Behandlung einen Konsens herzustellen – die Ministerpräsidenten Ernst Albrecht und Franz Josef Strauß hatten bereits vor der Verabschiedung des Gesetzes Bedenken gegen eine Volkszählung unter den gegenwärtigen Bedingungen angemeldet –, dann könnte, so der Senatssprecher, die Volkszählung schon im Vorgip gestoppt werden.

Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht hat inzwischen Maßnahmen demontiert, wonach er sich offen für eine Verschiebung der Volkszählung ausgesprochen habe. Im Niedersächsischen Landtag wies Albrecht allerdings darauf hin, daß seine Regierung als einzige die Volkszählung aus Kostengründen ablehnt habe.

Ihre Verfassungsbeschwerden gegen die Volkszählung haben die Hamburger Rechtsanwältinnen Gisela Wild und Maja Stadler-Baumdamit begründet, daß die nach Paragraph 9 des Gesetzes zur Volkszählung gestattete Weitergabe der Daten die im Grundgesetz verbriefte Rechte auf die Unantastbarkeit der menschlichen Würde und auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit verletze.

Freiheit für Tabatabai aus Angst vor dem Ayatollah?

BERNT CONRAD, Bonn

Heute beginnt im Düsseldorfer Landgericht eine neue Runde im Tauziehen um die diplomatische Immunität des Iraners Sadegh Tabatabai, der am 8. Januar mit mehr als drei Pfund Rohopium im Handgepäck auf dem Düsseldorfer Flughafen Lohausen festgenommen worden war. Richter Otto Strauß will eine für diesen Tag angeforderte neue Stellungnahme des Bonner Auswärtigen Amtes als Grundlage für die endgültige Entscheidung darüber benutzen, ob er Tabatabais Eigenschaft als Sonderbotschafter anerkennt oder weiter verneint.

Dem wegen seines vorsichtigen Verhaltens in dieser Frage vielfach gescholtenen Auswärtigen Amt geht es weniger um die Person Tabatabai – Sympathien für einen Transporteur von Rauschgift hat in

Bonn niemand – als vielmehr um das grundsätzlich sehr hoch eingeschätzte Recht der Immunität und die damit verbundene Wahrnehmung deutscher außenpolitischer Interessen. Dabei stehen vier Punkte im Vordergrund:

1. Nach Ansicht des Auswärtigen Amtes ist der diplomatische Status gegeben, wenn die Heimatreiseur einen Beauftragten zum Sonderbotschafter ernannt und dies der Gastregierung mitteilt. Würde das einseitig in Frage gestellt werden können, so wäre jedes beliebige Land in der Lage, deutsche Diplomaten (beispielsweise durch Entzug des jeweiligen Gesprächspartners und die Konstruierung strafrechtlicher Vorwürfe) vogelfrei zu machen.

2. Unabhängig von dieser konkreten Aussicht möchte die Bundesregierung gerade dem Ayatol-

lah Khomeini keinen Anlaß liefern, Bonn vor der Weltöffentlichkeit des Bruchs völkerrechtlicher Regeln bezichtigen zu können.

3. Die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu Iran sollen nicht ohne Not in Mitleidenschaft gezogen werden.

4. Der iranische Außenminister Akbar Velayati hat zwar in seinen bisherigen zwei Briefen an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher keine Drohungen ausgestoßen. Aber in Bonn wird es für notwendig gehalten, die reale Lage in Iran und das Verhalten der Teheraner Regierung gegenüber Ausländern in der Vergangenheit zu berücksichtigen. Das heißt: Die Schutzpflicht gegenüber den in Iran lebenden Deutschen soll nicht vernachlässigt werden.

Die konkrete Frage, ob Tabatabai nun wirklich als Sonderbot-

schafter angesehen werden muß, ist vom Oberlandesgericht und vom Landgericht Düsseldorf bislang unterschiedlich beurteilt worden. Das Oberlandesgericht hat den Iraner am Montag zum zweiten Mal aus der Haft entlassen, weil es nach einem zweiten Brief Velayatis an Genscher die Immunität Tabatabais bejaht. Richter Strauß vom Landgericht hingegen hat das Auswärtige Amt um Auskunft gebeten, ob Tabatabai „nummehr als Sonderbotschafter in Iran mit einer speziellen Aufgabe und mit Immunitätszusicherungen ausgestattet“ sei und ob er auch „bei den zuständigen Bonner Regierungsstellen zur Durchführung dieser Aufgabe empfangen“ werde.

Die Antwort aus Bonn, über deren Inhalt noch nichts bekannt ist, dürfte heute dem Gericht vorliegen. Sollte Richter Strauß danach

die Immunität Tabatabais weiterhin ablehnen, so wird das Strafverfahren seinen Lauf nehmen. Bejaht er hingegen den Status des Sonderbotschafters, so stellt sich die Frage, ob Tabatabai seine Mission tatsächlich wird ausführen können. Dabei kommt es darauf an, ob ihn das Auswärtige Amt dafür angesichts der Rauschgiftaffäre noch als geeignet betrachtet. Lautet die Antwort „Nein“, so könnte Tabatabai zur Persona non grata erklärt und abgeschoben werden.

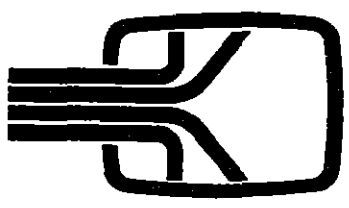
Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes hatte schon am 25. Februar – ohne Bezug auf die aktuelle Gerichtsentscheidung – erklärt, der Status Tabatabais als Sonderbotschafter sei der Bundesregierung gegenüber diskreditiert. Tabatabai werde wohl als Sonderbotschafter nicht dem Auswärtigen Amt gegenüber in Erscheinung treten.

(Die 3. Information der Post zum Kabelanschluß)

Kabelanschluß. Wie funktioniert das?

Die elektromagnetischen Wellen, die uns den UKW-Hörfunk und das Fernsehen ins Haus tragen, haben ein geradliniges – aber auch sehr kurzes – Leben. Auf ihrem Weg durch die Luft vom Rundfunksender zur Empfangsantenne müssen sie allerhand erleiden:

- Hohe Bauwerke und Berge stehen im Wege und schatten das Hinterland ab.
- Nebel, Regen und Schnee dämpfen ihre Energie.
- Nach größeren Entfernungen fehlt ihnen die Kraft für eine gute Bild- und Tonqualität.



Kabelanschluß. Mehr Programme, bestes Bild, bester Ton.

Nicht jeder kann mit einer kostspieligen Antennenanlage und durch einen optimalen Standort seiner Dachantenne diese Energieverluste ausgleichen oder gar die Programme der weiter entfernten Sender empfangen. Mit dem Kabelanschluß der Post werden diese technischen Probleme gelöst.

Das geht deshalb so gut, weil die Post mit einer Empfangsstelle am Ort des bestmöglichen Empfangs nicht nur die ortsüblichen, sondern künftig alle erreichbaren Programme – auch die, die über weitere Entfernungen herangeführt werden müssen – in die Kabelnetze einspeist. Sie können dann unbeeinträchtigt von Abschattungen und Reflexionen in jedes Haus übertragen werden. Dämpfungssarme Kabel und hochwertiger Verstärker – alles in bewährter und ausgereifter Kupferkabeltechnik – sorgen dafür, daß von der Qualität nichts verloren geht.

Weil die Kabel im Boden öffentlicher Wege liegen, liegen sie sicher und geschützt. Und weil beim Verlegen der Kupferkabel meistens die vorhandenen Fernsprechkabelanlagen der Post genutzt werden, sind die Kabelanschlüsse preiswert.

Die Post legt den Kabelanschluß bis ins Haus oder bis in die Wohnung – je nach Wunsch. Zum Privatbereich bildet der „Übergabepunkt“ die technische, betriebliche und eigentums-mäßige Trennstelle. Für die Wiedergabe durch handelsübliche und gebräuchliche Fernseh- und Radiogeräte werden alle am Ort verfügbaren Programme im Fernseh- und UKW-Bereich bereitgestellt.

Die Post sorgt dafür, daß die größtmögliche Zahl der Programme in das Kabelnetz eingespeist wird.

Wenn Sie an einem Kabelanschluß für mehr Programme, bestes Bild und besten Ton interessiert sind, wenden Sie sich an die Anmeldestelle ihres zuständigen Fernmeldeamtes.

Post

Die Rolle des Hamburger Umlandes

Ein Drittel der Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein lebt vor den Toren der Hansestadt

Der Hamburger Senat hat sich für die CDU ausgesprochen. Die CDU-Direktkandidatin Ingrid Roitzsch konnte mehr als 19.000 Bürger zusätzlich für sich gewinnen. In 13 der 17 Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern am Rande der Hansestadt konnte die CDU Gewinne erzielen, die über dem Landesweiten Stimmenplus von 7,6 Prozentpunkten lagen.

Die FDP, die in den Randkreisen traditionell ein starkes Wählerpotential hat, konnte dort bei der Bundestagswahl 1980 zwischen 14,5 und 16 Prozent der Stimmen erringen. Bei der Bundestagswahl am vergangenen Sonntag halbierte sich die Wähler der Region diese Ergebnisse. In keinem der 17 Städte waren die Verluste der Freien Demokraten so groß wie hier.

Bei der jüngsten Landtagswahl verloren die Christlichen Demokraten zum Teil sogar Stimmen in diesem Randgebiet. Der damalige Ministerpräsident Gerhard Stolte konnte nur dadurch Regierungschef bleiben, weil die Verluste durch gute Stimmenpolster in anderen Landesteilen wettgemacht werden konnten. Die jüngsten Ergebnisse signalisierten der CDU-Spitze in Kiel, daß sich die Ausgangslage in diesem, von allen Parteien heiß umkämpften Gebiet, verbessert hat.

Massiv verschlechtert hat sich indes das Verhältnis der beiden Regierungen in Kiel und Hamburg. Mit dem Streit für einen neuen NDR-Staatsvertrag begann das

Zerwürnis zwischen beiden Ländern, die auf Zusammenarbeit angewiesen sind. Der geplante Ausstieg des SPD-Senats aus dem Kernkraftwerk Brokdorf, das einst auf Betreiben Hamburgs gebaut wurde, und die Querelen um das gemeinsame Großflughafen-Projekt in Kaltenkirchen führte dazu, daß sich die beiden Regierungschefs Klaus von Dohnanyi (SPD) und Uwe Barschel (CDU) heute nur noch wenig zu sagen haben.

Auf der vorletzten Landtagssitzung in dieser Legislaturperiode kam es im Januar sogar zu einer Abrechnung mit dem Nachbarland. Ein Hauch von Wehmut durchzog den Parlamentssaal im Landeshaus an der Kieler Förde, als Ministerpräsident Barschel sagte, es ist das historische Verdienst der Regierungschefs der Nachkriegszeit in Hamburg und Schleswig-Holstein, das „Bestmögliche“ als eine gemeinsame Aufgabe beider Landesregierungen zu erkennen.

Ohne es auszusprechen erinnerte Barschel damit an die Jahre, in denen die Hamburger Bürgermeister Max Brauer, Paul Nevermann und Herbert Weichmann die Partner der Kieler Ministerpräsidenten wie Kai-Uwe von Hassel und Helmut Lemke waren und die Zusammenarbeit zwischen der Hansestadt und Kiel besser war als mit den Landesregierungen Hannover. Barschel warf dem Hamburger Senat vor, die gemeinsame konzipierte Linie verlassen zu haben.

„DDR“-Kirche erinnert an Versprechen

hrk, Berlin

Die „DDR“-Kirche kann nur dann mit dem Vertrauen ihrer christlichen Bürger rechnen, wenn sie „praktizierte Gleichberechtigung“ und Gleichachtung durch die sozialistische Staatsmacht aller Ressorts „erfahren“. Diese Feststellung traf jetzt der stellvertretende Vorsitzende des „DDR“-Kirchenbundes, Manfred Stolpe (Ost-Berlin), in einer Bilanz der fünf Jahre nach dem „Gipfeltreffen“ zwischen Erich Honecker und der Kirchenführung am 6. März 1978.

Der höchste Kirchenbeamte Ost-Berlins - Stolpe ist Jurist und kein Theologe - signalisierte mit seinem im CDU-Blatt „Neue Zeit“ an repräsentativer Stelle platzierten Beitrag zugleich das Interesse der Christen an sachlichen Beziehungen mit der staatlichen Seite. Eine derartige Feststellung schien der Kirche vor allem angesichts der für das „DDR“-Ansehen blamablen Vorgänge um die „Friedenszone“ in evangelischen Kreisen Thüringens notwendig. Stolpe war vor fünf Jahren als angestrebter Mitarbeiter des damaligen Kirchenbundesvorsitzenden, Bischof Albrecht Schönherr (Ost-Berlin), maßgeblich an der Vorbereitung des Treffens mit Honecker beteiligt.

In seinem Beitrag mahnte Stolpe damals gegebene Versprechungen an. Die Praxis der letzten Jahre zeige „eine Fülle positiver Erfahrungen“. Dennoch könne es in der sozialistischen Schule zu „Konfliktsituationen“ kommen. Erstmals für die „DDR“-Öffentlichkeit stellte Stolpe in seinem Artikel fest, daß es solche „Einzelfälle“ auch nach dem Gipfeltreffen gegeben habe.

Falls Benachteiligungen christlicher Schüler „mit Name und Hausnummer“ nachgegangen worden sei, sei jedoch auch eine „Klärung“ gefunden worden. Stolpe fuhr fort: „Einzelfälle sind auch künftig denkbar, und so wird es im Interesse der bewährten Kirchenpolitik des 6. März 1978 nötig sein, Möglichkeiten der vorbeugenden Vermeidung solcher Probleme zu suchen.“

Aufschlußreich an Stolpes Aussagen über das grundsätzliche Ja zu den Grundlagen der „DDR“-Friedenspolitik ist seine Stoßrichtung auf eine Wiederaufnahme des so hoffnungsvoll begonnenen Helsinki-Prozesses. 1983 werde sich entscheiden, schrieb Stolpe, ob es zu einem Dialog über das Einfrieren und Vermindern der Rüstung kommt und damit neue Möglichkeiten zum Ausbau des Vertragsystems zugunsten der Menschen erschlossen werden können. Zugleich setzte er sich für „alle glaubwürdigen und durchschaubaren Abrüstungsverhandlungen ein und verminderte die üblichen einseitigen „DDR“-Schlagworte von der „NATO-Hochrüstung“.

Zusammenfassend hielt der Ost-Berliner Konsistorialpräsident die Lessart der evangelischen Kirche über die Abmachungen vom 6. März 1978 fest. Er habe sich erwiesen, daß damals weder ein neues Bündnis von Thron und Altar noch ein kurzatmiges Propagandamaneuver gestartet wurde.

Eine grundsätzliche Bekräftigung ihres Kirchenbundes von seitens der SED blieb erstaunlicherweise trotz der Mentalität, Jahrestage zur Darlegung von Positionen zu nutzen, aus. Auch wartet man in der „DDR“-Kirche noch immer darauf, daß Honecker mit dem neuen Kirchenbund-Vorsitzenden, Bischof Johannes Hempel (Dresden), zusammentrifft.

Omanis proben die Abschreckung

Von PETER M. RANKE

Commander Tilly (52) in seiner Kommando-Baracke auf der Ziegen-Insel schaut durchs Fernglas. Er sieht zwei Tanker, die weit entfernt und langsam in den Golf einfahren. Die iranische Kiste ist rund 40 Kilometer entfernt und nur als Dunststreifen zu erkennen. Der britische Offizier, zur Marine von Oman abkommandiert, gehört zu den 120 Omanis und Engländern, die jetzt rund um die Uhr die Straße von Hormuz und damit eine der wichtigsten Tanker-Routen der Welt überwachen.

Manchmal beobachten wir iranische Aufklärungsflugzeuge, aber es ist alles ruhig, berichtet Tilly. „Sowjetische Kriegsschiffe befinden sich nicht im Golf, auch das sowjetische Aufklärungsboot vor der Straße von Hormuz ist abgezogen worden.“ An vier Radar-Geräten, auf deren Schirmen die Schiffsroute durch omanische Gewässer eingezeichnet ist, wird die Straße in den Golf lückelos überwacht. Auch die Zufahrt zum iranischen Kriegshafen Bandar Abbas ist mit Radar zu kontrollieren.

Hubschrauber und Raketen-Schnellboote, bewaffnet mit je zwei Flugkörpern „Exocet 38“, ergänzen die Überwachung. Wie Commander Tilly mit seiner kleinen Streitmacht sind sie alle auf der Ziegen-Insel an der äußersten Spitze der omanischen Halbinsel Musandam stationiert. Funk verbindet den Commander sowohl mit der „Navy“ als auch mit dem Hauptquartier in Mascat.

Wer bei Tilly auf der „Kommando-Brücke“ steht und den Schiffsverkehr durch die zwölf Meilen breiten omanischen Hoheitsgewässer und die Hormuz-Straße beobachtet, der glaubt gern dem Offizier, daß diese „Enge“ durch einen versenkten Tanker nicht zu sperren ist. Gefährlicher wären Luftangriffe der Iraner, die die zwölf Meilen Zone der Omanis nicht anerkennen und denen der Radar-Posten auf der kleinen Quin-Insel nicht befehlen. Aber die Garnison auf Musandam ist zur Abschreckung bereit.

Auf der „Al Mansur“, einem der Raketen-Schnellboote der Bravoklasse, treffen wir den Leutnant Mussa aus Seeb. Der ist seit acht Jahren bei der Marine, wurde in

England ausgebildet und hofft auf ein neues Kommando auf den größeren Dhoofar-Booten mit sechs statt zwei Flugkörpern. Acht der insgesamt 21 Kriegsschiffe der Marine des Sultans fahren bereits unter omanischen Kommandanten. Bei den 2000 Mann der Marine dienen noch 85 ausländische Offiziere, meist Engländer und Pakistani. Die Mannschaften, alles Freiwillige, Commander Tilly: „Wir haben sehr gute Erfahrungen mit ihnen gemacht.“

Die Omanis sind ein altes Seefahrer-Volk, das im früheren Mittelalter bis nach China und Ostafrika Handel trieb. Heute mangelt es bei der Marine, aber auch im Heer und in der Luftwaffe, vor

zum kommunistischen Südjemen entspannt.

Die zweite „Schwadron“ erhält daher die neu ausgebaute Basis auf der Masira-Insel und kann von dort aus eng mit der amerikanischen Flotte im Indischen Ozean zusammenarbeiten. In Übungen und Ernstfall können die Amerikaner Masira benutzen. Eine engere Zusammenarbeit der omanischen Luftwaffe besteht auch mit den Emiraten am Golf, doch gemeinsame Manöver gibt es bisher nicht. Man denkt auch nicht an ein internationales Oberkommando nach NATO-Vorbild, wohl aber an eine gemeinsame Eingreif-Truppe.

Wie Marine und Luftwaffe hat die Armee das Problem, im Norden und im weit entfernten Süden (1000 Kilometer Straße von Mascat bis Salalah) zugleich präsent sein zu müssen. Ihre insgesamt fünf Omani-Bataillone und drei Bataillone aus Belutschern (Pakistan) hat sie daher im Süden mit 5500 Fregats ergänzt, das sind Stammsoldaten und ehemalige Partisanen, die bis 1975 gegen den Sultan kämpften.

Zur Infanterie kommen zwei Regimenter und zwei Batterien mit mittlerer Artillerie, ein Fallschirmjäger-Regiment, Pioniere und Aufklärungskompanien hinzu. Gesamtstärke: 17.440 Mann. Die Schwäche der Armee besteht im Fehlen ausgebildeter und erfahrener Mechaniker bei den motorisierten Einheiten.

Die Saudis und andere arabische Staaten am Golf haben ähnliche Probleme. Die enorme Aufrüstung nach dem Schock über Iran und Afghanistan verleiht die arabische Halbinsel mit Ausnahme des Südjemen also auch heute nur in bedingte Abwehrbereitschaft. Trotz der Ausgaben in Milliarden-Höhe läßt sich Kampfkraft eben nicht einfach kaufen, zumal eine Wehrpflicht aus vielerlei Gründen bei den Beduinen und Bauern nicht opportun ist. Da mögliche Gegner die Sowjets, Iraner und Südjemeniten gelten, soll in absehbarer Zukunft eine möglichst effiziente Form der Abschreckung erreicht werden. Zur notwendigen Verteidigung des Ols am Golf ist ausländische Hilfe wie die „Eingreiftruppe“ der Amerikaner noch lange unverzichtbar. (SAD)

GOLF-REGION

allen an Mechanikern für Maschinen und moderne Waffensysteme. Auch eine Werft fehlt, wird aber jetzt von Hochseef gebaut.

Trotzdem gelten die Streitkräfte des Sultans Kabus als die stärksten am Golf - nach Saudi-Arabien. Sie sind heute durchaus zur Abschreckung fähig, doch ihre Kampfkraft beruht noch für die nächsten Jahre auf dem „Korsett“ von etwa 700 britischen Offizieren und Technikern. Die meisten dienen in der Luftwaffe, zweifelslos der stärksten Teilstreitkraft. Ein Drittel der Maschinen - Jaguar-Kampfflugzeuge, veraltete Hunter- und Hercules-Transporter sowie Hubschrauber - werden von Omanis geflogen. Pro Jahr kommen etwa zehn bis zwölf neu ausgebildete Piloten hinzu. Zur Zeit gibt es 33 Omani-Piloten. Ein englischer Ausbilder: „Die brauchen nur Erfahrung, sonst sind sie gut.“

In diesem Jahr erhält die Luftwaffe eine weitere „Schwadron“ (18 Maschinen) der Jaguar-Kampfflugzeuge. Die erste ist in der großen Luftbasis Thamarit im Süden des Landes stationiert, geschützt durch Verbunkering und Rapier-Abwehrakuten. Die Provinz Dhoofar im Süden galt bisher als am meisten gefährdet, aber das Abkommen über eine bessere Zusammenarbeit vom letzten Herbst hat das Verhältnis

„Jeder Arbeiter hat hier ein Auto“

Beobachtungen eines Funktionärs aus Peking in Deutschland und Frankreich

PHILIPP NORDEN, Peking
Ein hoher chinesischer Regierungsfunktionär in Westeuropa - was fällt ihm auf? Ein Mitglied einer offiziellen Delegation hat kürzlich in einem internen Bericht seine Eindrücke festgehalten.

Frankreich: Die Franzosen wollen mehr nach China verkaufen. „Schon bei unserer Ankunft auf dem Flughafen haben sie uns gedrängt“, in Paris selbst macht die Metro den größten Eindruck, genauer gesagt die Ticketautomaten und die automatische Sperre. „Man steckt Geld in einen Kasten, der so ähnlich aussieht wie bei uns ein Briefkasten, drückt ein paar Knöpfe, und unten kommen Fahrkarte und Wechselgeld heraus. Es hat nicht ein einziger Funke gefehlt.“ Und weiter: „Man braucht überhaupt kein Personal, deshalb wäre dieses System für uns in China zur Zeit nicht das Richtige.“

Deutschland: Das einzige Land auf der Reise, wo Chinesen nicht gedrängt werden, mehr zu kaufen. „Der englische Minister sagte, er könne Frau Thatcher nicht unter die Augen treten, wenn wir in England nicht mindestens genauso viel kaufen wie in Frankreich. Aber die Deutschen sind schlau. Sie wissen, daß wir vieles nur bei ihnen kaufen können, weil sie so eine gute Technik haben. Bei der Militärtechnik der wir sehr interessiert sind, sind sie allerdings wirklich sehr zurückhaltend.“

Besuch in einer deutschen Fabrik: „Auffällig ist außer den automatischen Maschinen die Sauberkeit. Die Arbeiter sind angezogen wie höhere Kader. Vor der Fabrik sind riesige Parkplätze mit Tausenden von Autos, die den Arbeitern gehören. Jeder Arbeiter hat ein Auto.“

Die Werkskantine: „Auf den Tischen waren weiße Tücher. Die Arbeiter brauchen nicht ihre Schüsseln mitzubringen, weil das Essen auf Porzellantellern ausgeteilt wurde. Es gab riesige Fleischportionen, und die Arbeiter tranken Bier und Wein. Wir wissen natürlich genau, daß das alles nur für unseren Besuch organisiert worden ist.“

Zur Revolution in Europa bemerkt der Bericht: „Auf absehbare Zeit wird in Europa keine revolutionäre Situation entstehen. Deswegen müssen wir uns klar bewußt sein. Solange die Arbeiter Autos und so ein gutes Leben haben, machen sie keine Revolution, aber die Lage wird sich auf jeden Fall in gewisser Weise ändern.“ Denn, der Kapitalismus ist auf lange Sicht dem Tode geweiht. Das hat der Marxismus bewiesen, und wenn ich daran nicht fest glauben würde, wäre ich kein Marxist mehr.“

Den ersten Test bestand Grotz nicht

von PETER SCHMALZ

Der Hamburger Senat hat sich für die CDU ausgesprochen. Die CDU-Direktkandidatin Ingrid Roitzsch konnte mehr als 19.000 Bürger zusätzlich für sich gewinnen. In 13 der 17 Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern am Rande der Hansestadt konnte die CDU Gewinne erzielen, die über dem Landesweiten Stimmenplus von 7,6 Prozentpunkten lagen.

SPD nicht vor dem Sturz unter die 30-Prozent-Marke und mit 26,9 Prozent vor dem schlechtesten Ergebnis seit 26 Jahren bewahren. Er ist nicht der Wähler mobilisierende Publikumsredner, den die demokratischen Sozialdemokraten einem Strauß und seiner fest in Bayern verwurzelten Mannschaft gegenüberstellen müßten, um einen Aufwärtstrend einzuleiten.

Helmut Rothmund, im vergangenen Herbst bei der Landtagswahl nur durch den Regierungswechsel und die aufbrandenden „Vertrauens“-Emotionen vor einem drohenden Abrutschen unter 30 Prozent gerettet, wollte sich einem Nachfolger Grotz nicht in den Weg stellen. Im Gegenteil: Er favorisierte diese Lösung, bestand allerdings darauf, in diesem Jahr für nochmals zwei Jahre zum Landesvorsitz zu kandidieren.

Den ersten Test hat Grotz nicht bestanden. Spottet Strauß über Rothmund, dieser würde zum Lachen in den Keller gehen, so liegt auch Grotz mit hektischer Sprechweise und griesgrämigen Blick weit neben der bayerischen Gefühlswelt. Er wirkt auf die Hoffnung, wie er selbst das bayerische SPD-Ergebnis sieht: „Von der Optik her depressivierend.“ Er ist somit als Listenführer nicht der geeignete Stimmenfänger - und könnte diese Eigenschaft wohl auch kaum als Landesvorsitzender entwickeln.

Bemerkenswert ist aber zugleich der polarisierende Effekt, der von einem Kandidaten Grotz auf seine nähere Umgebung ausstrahlt. Obwohl der promovierte Kommunikationswissenschaftler im Münchner Norden seine politische Kinderscheibe hat, in der er schon als Junge hervorgetreten ist und 1969 sogar den ersten vergeblichen Anlauf zu einem Bundestagsmandat machte, konnte Grotz bei dieser Wahl weder die von der SPD verunsicherten Arbeiter noch die enttäuschten Linken halten. Ein SPD-

Mitglied: „Die Prominenten-Lösung paßt vielen nicht.“ Zudem hatte sich Grotz die Frauen vergrößert, denn in dem nach Vogels Weggang nach Berlin freigewordenen Wahlkreis traten zwei an der Basis verankerte Frauen als Kandidatinnen auf, gegen die Grotz vor der Nominierung zeitweilig zu unterliegen drohte. Nach dem Desaster von Grotz sind in der SPD die Chancen für die südbayerischen Wahlkampfleiter Jürgen Böddrich gestiegen, Rothmund als Landeschef doch noch zu beerben. Rothmund wird voraussichtlich den Fraktionsvorsitz im bayerischen Landtag trotz beträchtlicher Widerstände in den eigenen Reihen noch einige Jahre verteidigen.

Hoffnungen zerstört

Depressiert ist auch der Münchner SPD-Unterbezirk, nachdem sich die CSU in der bayerischen Landtagswahl als stärkste Partei mit 44,2 Prozent stabilisieren konnte, die SPD aber mit 38,8 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1963 hinnehmen mußte. Damit sind die Hoffnungen bei der Kommunalwahl in einem Jahr zumindest wieder Mehrheitspartei im Rathaus zu werden, zerstört. Auch die Aussicht, den CSU-Oberbürgermeister Erich Kiesel aus dem Amt zu drängen, sind seit Sonntag kaum mehr als ein Wunschgedanke. Der populäre Altbürgermeister Georg Kronawitter, bisher Münchens letzter SPD-Rathauschef, galt zwar als gefährlicher Kiesel-Gegner und innerparteilicher Favorit, aber nun ist ihm ein Konkurrent in dem Bundestagsabgeordneten Manfred Schmidt gewachsen, der in München-Mitte das einzige bayerische SPD-Direktmandat erringen konnte. Im Siegesgeflüster verkündete er bereits: „Nach diesem Wahlergebnis sehe ich weit und breit keinen Gegner, vor dem ich Angst haben müßte.“

Herr Gruber erbte vor einigen Jahren eine Baulücke. Warum kann er sie jetzt schließen?



Verkauften wollten die Grubers das Grundstück nicht, aber zum Bau eines Hauses fehlte ihnen damals noch das Geld.

Da wir frühzeitig zum Abschluß eines Bauvertrages bei unserer Bausparkasse Schwäbisch Hall geraten hatten, war der erste Baustein für die Finanzierung schon gelegt. Jetzt wurde der Bausparvertrag zugeteilt - damit steht Familie Gruber billiges Baugeld mit festen Zinsen zur Verfügung.

Dieses Bauspardarlehen kombinierten wir mit der Hypothek einer unserer beiden Hypothekenbanken, der DG HYP oder der Münchener Hypothekenbank. Für die notwendige Absicherung des Bauvorhabens sorgten wir mit einer Bauherren-Vollschutz-Versicherung unserer R + V Versicherung.

So bekam Familie Gruber durch unseren Beratungsservice ihren maßgeschneiderten Finanzierungsplan mit allen Steuervorteilen ohne viel Laufereien und Schreibereien und konnte sich ganz den Bauvorbereitungen widmen.

Wir bieten auch Ihnen den umfassenden Finanz-Service aus einer Hand: unser Verbundangebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

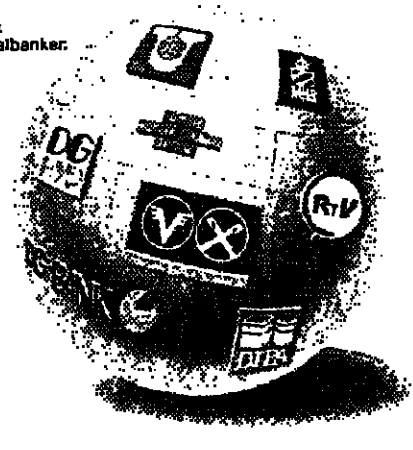
Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft.

Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen - und dies bei jeder der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,5 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Das macht Partnerschaft zu unserem Prinzip und ist einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

- DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank und 8 regionale Zentralbanken
- Bausparkasse Schwäbisch Hall
- DG HYP Deutsche Genossenschaftsbank Hypothekenbank
- DIFA Deutsche Immobilienfonds AG
- Münchener Hypothekenbank eG
- R + V Versicherung
- Union-Investment-Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Israel: Burg verzichtet auf Kandidatur

AP, Tel Aviv
Der vom israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin als Kandidat für das Staatspräsidentenamt vorgeschlagene Innenminister Josef Burg will diese Funktion nicht übernehmen. Der 74-jährige Vorsitzende der Nationalreligiösen Partei teilte Begin schriftlich mit, er habe den Vorschlag freudig erwidert, sei aber zu dem Urteil gekommen, es sei wichtig, daß der neue Staatspräsident sich auf „breite Zustimmung“ stützen könne. Burg hatte zuvor bereits erklärt, er werde nur kandidieren, wenn er sowohl die Unterstützung der Regierungsparteien als auch der oppositionellen Arbeiterpartei habe. Die Arbeiterpartei hat jedoch bereits den früheren General und UN-Botschafter Chaim Herzog als ihren Kandidaten benannt. Nach einem Bericht des israelischen Rundfunks wollen auch die Abgeordneten der zur Regierungskoalition gehörenden Liberalen Partei Burg bei der geheimen Wahl des neuen Staatspräsidenten, die am 22. März stattfindet, nicht unterstützen. Auch ein weiterer Koalitionspartner, die kleine Tami-Partei, hat sich gegen eine Kandidatur des Innenministers gewandt.

Moskau für Ostsee ohne Atomwaffen

rr, Stockholm
Ein prominenter sowjetischer Abrüstungsexperte hat die Einbeziehung der Ostsee in eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa vorgeschlagen.
Für diesen Fall sei die Sowjetunion zum Abzug ihrer sechs Atom-U-Boote bereit, erklärte General Nikolai Tjervow im schwedischen Fernsehen. Er ist Berater der sowjetischen Delegation bei den Verhandlungen mit den USA über einen Abbau der Mittelstreckenwaffen (INF) in Europa. Schwedens Regierungschef Olof Palme begrüßte gestern, daß die UdSSR ein Angebot von Anfang 1982 wieder aufgriffe, habe, sich an einer solchen Zone zu beteiligen.
Der General sagte: „Nach Meinung meiner Regierung könnte auch die Ostsee in eine atomwaffenfreie Zone einbezogen werden. Wir haben kein Geheimnis daraus gemacht, daß wir in diesem Bereich (Ostsee) sechs U-Boote mit je 18 Mittelstreckenraketen stationiert haben.“ Es sind Schiffe der Golf-Klasse. Nach Ansicht schwedischer Militärs unterhält der Warschauer Pakt insgesamt mindestens 70 U-Boote in der Ostsee.
Die atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa war zuerst von Finnland vorgeschlagen worden und ist inzwischen von den sozialdemokratischen Parteien der anderen nordischen Länder aufgegriffen worden. Palme erklärte gestern in einem Zeitungsinterview: „Ich habe oftmals den Wunsch geäußert, daß atomar bewaffnete U-Boote aus der Ostsee abgezogen werden.“ Es sei gut, daß jetzt, da die Sowjetunion eine neue Führung hat, ein Mitglied der sowjetischen Militärleitung das Angebot des früheren sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew aufgreift, sein Land in diese atomwaffenfreie Zone einzubeziehen.

Auto explodiert vor Synagoge

AFP/AP, Marseille
Auf die größte Synagoge der französischen Mittelmeerküste sollte offensichtlich ein Sprengstoffanschlag verübt werden. In der Nacht zum Dienstag explodierte etwa hundert Meter von der Gotteshaus entfernt ein als gestohlen gemeldetes Fahrzeug. Dabei wurden beide Insassen getötet.
Nach Angaben der Polizei war der Wagen den vor der Synagoge postierten Polizisten aufgefallen. Die mutmaßlichen Attentäter seien in Panik geraten und vorbeigefahren. Wenige Sekunden darauf sei der Wagen explodiert. Einer der beiden Insassen sei fünf, der andere 20 Meter weit aus dem zersetzten Auto herausgeschleudert worden.

Mitterrand steht jetzt viel Streit ins Haus

A. GRAF KAGENECK, Paris
Frankreichs Sozialisten haben nach dem Schock des 6. März allerlei Tröstungen bereitet: Noch sei nicht alles verloren, hört man in ihrem Hauptquartier der Solferino-Straße. Der Ausgang der Stichwahlen am nächsten Sonntag könnte den Vormarsch der Opposition stoppen, wenn nur alle Linkswähler von 1981, die sich diesmal erhaltend verhalten, abstimmen. In der Tat hat es in einigen großen Städten, die 1977 von der Linken erobert worden waren und diesmal „umfielen“ bis zu 30 Prozent Nichtwähler gegeben.

Das ganze Ausmaß ihrer Niederlage aber liest sich an der Zahl ihrer Minister ab, die von den Wählern auf Anhieb abgewählt oder in eine schwierige Stichwahl geschickt wurden. Premierminister Defferre, Verteidigungsminister Henu, Wirtschaftsminister Delors, Technologie- und Raumfahrtminister müssen sich erst in der 2. Runde am kommenden Sonntag durchsetzen. Schon im ersten Wahlgang ausgeschieden sind sechs Kabinettsmitglieder, darunter der Kulturminister Lang, Postminister

Mexandeau und Edwige Avice, die Ministerin für Sport und Familie und enge Vertraute des Staatschefs. Schon wird Sozialminister Pierre Bérégovoy in manchen Zeitungen als wahrscheinlicher Nachfolger von Premier Mauroy gehandelt.

Nur wenig ist bisher an die Öffentlichkeit gedrungen über die Analyse, die im Lager der Verlierer angestellt wird. Gemessen an den haßerfüllten Ausfällen, die auf einer Vorstandssitzung der Sozialistischen Partei am Montagabend gegen die „brutale retrograde, ras-

DIE ANALYSE

sistische und Angst provozierende Rechte“ ausgestoßen wurden, ist eher von einer Trotzreaktion zu sprechen. Jedenfalls verspricht der Ton, den führende Sozialisten anschlagen, heiße innenpolitische Konfrontationen nach dem 13. März.

Dieser Ton dürfte auch Ausdruck sein für interne Spannungen in der Partei, die nach der Niederlage des 6. März aus ihrem latenten

in einen akuten Charakter umgeschlagen sind. Kammerpräsident Louis Mermaz, einer der gefürchtetsten Scharfmacher des radikalen Flügels, warnte die politische Führung des Landes bereits, daß es ein verhängnisvoller Fehler sei, die Regierungspolitik jetzt zu ändern. Es scheint, daß sich der radikale Flügel gegenüber den Gemäßigten nicht durchsetzen wird. Der Führer der letzteren, Michel Rocard, schweigt bereit.

Schweigen kommt auch von der Spitze des Staates. Präsident Mitterrand hatte sich auffallend aus dem Wahlkampf herausgehalten und lediglich diskret in dem früher von ihm regierten Städtchen Chateaubriant in Burgund seine Wahlprüfung erfüllt. Er hatte mit einem Rückschlag gerechnet. Einem Freund vertraute er am 27. Februar an, er hoffe, daß die Regierungsmehrheit die Wahlen „würdevoll“ verlieren werde.

Daraus klingt Resignation. Mitterrand, ein Idealist, hat auch ohne intime Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge nach 20 Monaten Praxis des Sozialismus gesehen, daß vieles, was auf dem

Papier, etwa im „Sozialistischen Manifest“ vom Januar 1981 gut aussieht, sich nicht ohne weiteres verwirklichen läßt. Und er kennt seine Franzosen. Er weiß, daß sie eine tiefe Abscheu für Regierungen besitzen, die die Kaufkraft des Franc aushöheln, mit einem Austeritätsprogramm noch dazu, das, so die Kommunisten, auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen wird. Er weiß, daß der Franc trotzdem nicht zu retten sein wird und einer dritten Abwertung entgegengeht. Deren „perverser Effekt“ dürfte die Inflation neu anheizen. Seine Berater haben ihm auch gesagt, daß die Arbeitslosigkeit nicht künstlich auf zwei Millionen begrenzt werden kann, wenn es nicht gelingt, die Industrie konkurrenzfähiger auf den Weltmärkten zu machen. Und Mitterrand wußte vor den Wahlen, daß der Angriff seines Erziehungsministers Savary auf die religiösen Schulen ihn die Bretagne kosten werde. In der Tat haben die Sozialisten im Westen Frankreichs die meisten Stimmen verloren. Der Präsident wird dem allen Rechnung tragen müssen – gegen die Partei, die ihn zum Sieg zog.

Mittelamerikas Länder suchen neue Verfassungen

Trotz Revolution und Bürgerkrieg ist der Wille zur Demokratie nicht gebrochen / Unterschiedliche Ansätze

G. FRIEDLÄNDER, Miami
Soziale Konflikte, die zu Revolutionen und Bürgerkriegen führen – so sieht die Welt Mittelamerika. Aber in den einzelnen Ländern dieser Region arbeiten gewählte oder eingesetzte Volksvertreter an der eventuellen Rückkehr zur Ordnung. Zusammen mit namhaften Juristen sollen sie ihre Verfassungen reformieren, die veraltet scheinen und unter deren „Schutz“ sich niemand mehr sicher fühlt.

El Salvador hat eine Verfassunggebende Versammlung gewählt. Ihr größtes Problem ist, daß sie auch die Rolle eines Parlaments spielen muß, das über die Fragen der Tagespolitik entscheidet. Die 17 Mitglieder der mit der Redaktion einer neuen Verfassung betrauten Kommission sehen sich vor einer historischen Aufgabe. Die letzten Verfassungen von 1950 und 1962 wurden mehr oder weniger diktiert.

Der Christdemokrat Rey Penabaz, ein Jurist, sagt: „Zum ersten Mal wird eine Verfassung von Abgeordneten mit unterschiedlichen politischen Kriterien geschrieben.“ Eines der größten Probleme der Kommission ist, eine Wahlordnung zu finden, die Betrug und Ein-

schüchterung der Wähler verhindert. Die Vollversammlung war ursprünglich beauftragt worden, bis zum 31. März den Verfassungsentwurf zu erarbeiten. Das ist nicht möglich. Denn die Kommission brauchte allein vier Monate, um sich über Verfahrensfragen zu einigen.

In Nicaragua zeigt sich, daß eine Verfassungsreform nicht einmal unter einer Diktatur leicht ist. Dort wurde die Aufgabe einem Staatrat übergeben, dessen Zusammensetzung die sandinistische Regierung mit einer so überwältigenden Mehrheit ihrer Parteiführer auf dem Verordnungsweg schuf, daß die nur symbolisch vertretene Opposition Schwierigkeiten hat, ihre Stimme hörbar zu machen. Aber es ist das einzige Forum, wo sie es überhaupt kann.

Die Pressezensur und der Belagerungszustand hindern die in der „Demokratischen Koordinierung Nicaraguas“ (ODN) zusammengeschlossenen Sozialdemokraten, Liberalen, Unternehmer und freien Gewerkschafter daran, die Öffentlichkeit ihre Ansichten mitzuteilen.

Die Sandinisten wollen die Aufgabe der Parteien auf, die Teilnahme an der öffentlichen Verwaltung beschränken.

Auch in Guatemala gibt es einen von der Regierung ernannten Staatrat. Er soll die Rückkehr zum demokratischen Prozeß organisieren, der im März 1982 unterbrochen wurde. Optimistisch erklärt sein Vorsitzender Elias, 1984 werden wir für die ersten Wahlen vorbereitet sein.“ Er bezieht sich damit auf ein neues Wahlgesetz. Elias will verhindern sehen, daß der Präsident, wie in der Vergangenheit, „zu große Macht hat“. Aber General Rios Montt hat heute noch viel größere Macht: Ihm müssen die Vorschläge des Staatrates vorgelegt werden, und er kann sie dann ändern oder auch ganz ablehnen.

Auch Panama sucht die Reform seiner Verfassung, die den Vertretern der Parteien und einigen Rechtsgelehrten anvertraut wurde. Eine viel diskutierte Frage ist, ob der Präsident in Zukunft auf Oberbefehlshaber der Nationalgarde sein soll. Die Reform wird dem künftigen Parlament – das gegenwärtig ist es nur dem Namen nach – ohne wirkliche eigene Funktionen zu haben – das Recht geben, Mitglieder der Regierung vorzuladen und zu zensurieren. Die Immunität der Volksvertreter könnte erheblich eingeschränkt und ihre Absetzung möglich gemacht werden.

Die Funktionen des Rechnungshofes sollen erheblich erweitert werden. Die Kommission muß ihr Projekt am 29. März vorlegen.

Am glücklichsten ist Costa Rica dran, das nur die Reform seines Wahlgesetzes suchte und kürzlich annahm. Diese Reform ordnet die staatliche Subventionierung des Wahlkampfes derjenigen Parteien an, die in Koalitionen mit anderen Parteien in die Wahlen gehen. Die Subvention wird auf Grund der Ergebnisse der letzten Wahlen vor dem nächsten Wahlkampf ausbezahlt.

Der Sinn der Reform ist, „permanente ideologische Strömungen“ und die entsprechende Konsolidierung des politischen Lebens zu begünstigen. Die Opposition lobt den demokratischen Geist des Präsidenten Monge, dessen Partei „Libertad“ mit dieser Reform die Bildung einer kraftvollen Opposition erleichterte.

Die Neuregelung kann in Costa Rica dem „Caudillismo“ den Todesstoß versetzen, der ganz Lateinamerika plagt. „Caudillismo“ ist die Formierung von Parteien um einen charismatischen Führer, wobei politische Grundsätze nur eine zweitrangige Rolle spielen. (SAD)

„So gibt es kein Entrinnen aus dem Elendssystem“

Kritik in Tansania an deutscher Entwicklungshilfe / Widerstand gegen Nyerere in Armee, Beamtenschaft und Universität

HANS GERMANI, Darassalam
Die nun bekannt gewordenen Namen der Militärverschwörer, die Anfang Januar geplant hatten, Tansanias sozialistischen Präsidenten Julius Nyerere zu stürzen, zeigen, daß es sich um eine gut ausgebildete, kultivierte schwarze Offizierselite der jüngeren Generation handelt. Sie sind alle unter vierzig Jahre alt. Zwei kommen aus einer Familie deutscher Abstammung, einst treue Anhänger Nyereres. Luftwaffenhauptmann Harry Hanspöck und Armeehauptmann Zakaria Hanspöck, beide Nachkommen des deutschen Schutztruppenoffiziers Hans Pöppe, der im Ersten Weltkrieg eine schwarze Tansanierin heiratete. Das geistige Haupt der Verschwörung war der fünfzigjährige Assistent von Präsident Nyerere, Christopher Ngazwa, kein qualifizierter Politiker und Wirtschaftler.

Sowohl die Führer der mächtigen Widerstandsbewegung Ujamaa, die gegen den Nyerere-Freund Präsident Obote kämpften, als auch Intellektuelle an der Universität Darassalam bestätigen: Der Widerstand gegen den Sozialisten Nyerere kommt aus Kreisen der jungen Armee-Offiziere, aus den fähigsten Männern der Beamtenschaft und aus der akademischen Schicht. Es ist, so ein hoher oppositioneller

Uganda-Politiker, ein gesamtafrikanisches Phänomen, daß die gebildete jüngere Generation gegen die politischen Führer jener Generation, die von den Kolonialmächten die Macht übernahm (Nyerere ist über sechzig), rebelliert. In Ländern, wo diese ältere Führung westlich und konservativ ist, wie Kenia, orientieren sich die Jungakademiker nach links, in Ländern wie Tansania und Uganda dagegen orientiert sich die Jugend nach rechts im Sinne westlicher Marktwirtschaft.

Wirtschaftlicher Ruin

Die Tansanier-Armee ist zudem seit Nyereres Uganda-Feldzug in Unruhe. Nicht Amins Sturz, sondern die Unterstützung der Minoritätsregierung Obotes mit tansanischen Waffen 1981 hat die Offizierskreise empört. Die Verschwörer kommen denn auch größtenteils aus den nach Uganda entsandten Truppen.

Akademiker und tüchtige Staatsbeamte sehen den wirtschaftlichen Ruin, in den Nyerere sein Land getrieben hat. Seit Jahren werden kaum, seit zwei Monaten überhaupt keine Konsumgüter mehr importiert, auch keine Ersatzteile. Die Industrie steht vor dem Zusammenbruch. Nach Aus-

sagen auch westlicher Kaufleute und Diplomaten gibt es seit zwei Monaten in Darassalam kein Brot, kaum Fleisch, kaum Mehl, Fett nur zu ungleichen Schwarzmärkten. Ähnlich wie sein Vorbild „DDR“ exportiert das einstige Deutsch-Ostafrika Fleisch nach Arabien, um Devisen zu erlangen. Die Handelsbilanz von 1980 – eine jüngere liegt noch nicht vor – weist ein Defizit von 640 Millionen US-Dollar, die Zahlungsbilanz ein Defizit von 130 Millionen US-Dollar aus. Die Inflationsrate liegt bei 30 Prozent, es gibt keine Devisenreserven, man lebt von laufenden Geschenken des Auslandes.

Zwei Professoren der Universität Darassalam äußern mit Vorbehalt ihre Kritik am System: „Die junge Generation will die Privatisierung des Endes der sozialistischen Mißwirtschaft, das Abtreten Nyereres.“ Gleichzeitig kritisieren sie hart die westliche Hilfspolitik. „Ihr Deutschen seid es, ihr Vorkämpfer der Marktwirtschaft, die bei uns den destruktiven Sozialismus stützt.“ Denn eine Hilfe wird verweigert, weil ihr diese Hilfe nicht festgelegt habt zum Aufbau privater afrikanischer Unternehmenseinheiten. Da sagen unsere Leute: Der Westen hält die Schwarzen für zu dumm, um Privatunternehmer zu sein. So gibt es freilich kein

Entrinnen aus dem sozialistischen Elendssystem.“

Die Beispiele des Lebensstandards sind erschreckend. Bei einem Kurs von 3,8 Tansanierschillingen pro Mark erhalten qualifizierte Ingenieure Monatsgehälter von 500 bis 700 Mark. Ein qualifizierter Arbeiter in Darassalam verdient etwa 300 Mark. Preise: Ein Pfund Zucker (wenn erhältlich) kostet 50 Mark, in den Läden kosten Herrenschuhe 230, Hemden 80 bis 100 Mark, ein einfacher Elektroherd sogar 2800 Mark. In den Buchhandlungen findet man neben radikalen afrikanischen Propagandaschriften fast nur Lenin, Marx, Engels und politische Sowjetautoren.

Hilfe verschwand spurlos

Von den 627 Millionen Mark deutscher Entwicklungshilfe sind bisher nur 400 Millionen abgerufen worden, offensichtlich wegen der Unfähigkeit der tansanischen Bürokratie. Das meiste davon ist spurlos verschwunden, nach Aussagen örtlicher Akademiker und westlicher Kaufleute in Schweizer Bankkonten der Staats- und Parteiführung. Zum Beispiel: 10 Millionen Mark eines ersten Autobahnprojektes zum Flugplatz, rund 15 Millionen Mark eines zweiten großen Straßenprojektes. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 366, 5300 Bonn 2. Tel. 0228:30 41. Telex 8 85 714

Wahl ohne Sperrklausel

Die Redaktion der WELT hat zur fünfzigsten Wiederkehr des 30. Januar 1933 hervorragende Darlegungen veröffentlicht.

Eine der Hauptursachen aber, so meine ich, kam zu kurz dabei: das Wahlgesetz zu den Reichstagswahlen der Weimarer Republik.

Es seien die Folgen vorweggenommen: Es kam zu acht Reichstagswahlen in nur 14 Jahren, zu 20 Regierungen unter vierzehn verschiedenen Kanzlern; der letzte Kanzler der 20. Regierung war Adolf Hitler. Es bewirkte dieses Wahlgesetz eine außerordentliche Parteilagersplittierung. Bis zu 49 Parteien kandidierten für den Reichstag, über ein Dutzend Parteien erhielten Sitz und Stimme im Reichstag. Es gab keine Sperrklausel, es genügte, 60 000 Stimmen für die Liste einer Partei zu gewinnen, um mit einem Sitz in den Reichstag einzuziehen. So erhielt bei der Sommerwahl Papens am 31. Juli 1932 auch ein Mandat der „Verband der Weingärtner des mittleren Neckarraumes“.

Die negative Folge aber war nicht die Instabilität der Regierungen, sondern die Vernichtung breiter Schichten des Volkes für diese Art von Demokratie, von der man immer weniger hielt und erwartete, vor allem nicht die Bewältigung der Not von über sechs Millionen Arbeitslosen.

Woher nun kam dieses Wahlgesetz? Es wurde am 30. November 1918 noch von dem Rat der sechs Volkskommissare eingeführt; ihm gehörten drei Mitglieder der SPD: Ebert, Scheidemann und Landsberg, an und drei Mitglieder der USPD: Haase, Dittmann und Barth. Es entsprach dem von

Kautzky formulierten Programm der SPD von ihrem Parteitag in Erfurt im Jahr 1890.

Es beruhte auf der Überzeugung Lassalles, auch ohne eine gewalttätige proletarische Revolution, was die Ideologie von Karl Marx vorschau, könne man den Sozialismus als Arbeiterbewegungswahl in den Einzelbetrieben legal einführen, wenn man mit Hilfe des geeigneten Wahlgesetzes die Mehrheit in der Gesetzgebenden Körperschaft erringen könne. Als dieses geeignete Wahlgesetz erschien das reine Verhältniswahlrecht, bei dem jede Stimme zählte und sich auswirken sollte. Da die unteren und ärmeren Schichten der Bevölkerung die zahlreichen kleinen Parteien, die die Interessen vertraten, mit dem Stimmenverhältnismäßig leicht die Mehrheit der Abgeordneten im Parlament, in diesem Fall dem Reichstag, gewinnen. Dann wählte man jene Gesetze schaffte, die bewirkten, daß der private Besitz an Grundvermögen, von Grund und Boden, Fabriken, Maschinen und Finanzmitteln, in die Hände der Arbeiterschaft der verschiedenen Betriebe übergehe.

Was dieses Wahlgesetz, das jenseits Utopie dienen sollte, für die Weimarer Republik bedeutete hat, wie ausgeführt: es hat Hitler den Weg zur Macht geöffnet.

Auch hier muß wieder festgehalten werden, daß diese Utopie des Sozialismus Unheil stiftet, große Katastrophen möglich macht, was immer sie auftritt.

Margarethe Kuppe, Hechingen

Hilfe für Sportmuffel

Ein Filmoyer für die Gaudagschule: WELT vom 8. Februar

Sehr verehrte Frau Evi Keil,
In Ihrem Interview mit Herrn Bundeskanzler Kohl sagen Sie aus, daß ein Viertel der Bürger bei der Musterung als „nicht tauglich“ eingestuft wird und kommen zu der berechtigten Fragestellung: Weniger Mittel für den Leistungssport – Ausbau der Sportangebote für den kleinen „Otto-Normalverbraucher“? Auch Herr Kohl kommt zu der Erkenntnis, man müsse mehr für den Breitensport tun.

Der zweite Teil Ihres Interviews beschreibt dann jedoch Äußerungen von Herrn Bernhard Vogel: „... das Trainerwesen ausbauen“ und Herrn Neckermann, der dem Schulsport mit der Aktion „Jugend trainiert für Olympia“ neuen Auftrieb geben will, die einen sachlichen Widerspruch darstellen, den ich veranschaulichen möchte.

Orthopäden und Sportlehrer gehen davon aus, daß in den allgemeinbildenden Schulen ca. 40 Prozent der Schüler motorische Leistungsdefizite aufgrund körperlicher Schwächen haben; das sind bei 11,5 Millionen etwa 5 Millionen. Diese Schüler haben sehr häufig Mißerfolgeerlebnisse im Schulsportunterricht, sie haben Angst vor den körperlichen Anforderungen, dem Lehrer und den Mitschülern. Sie entwickeln eine Abneigung gegen jegliche Bewegung und sind froh, nach Beendigung der Schulzeit nie wieder Sport treiben zu müssen.

Bei diesen Schülern ist ein Bedürfnis nach Bewegung in der Regel nicht durch Sportvereine oder durch die stark leistungsorientierte Aktion „Jugend trainiert für Olympia“ zu wecken.

Um hier wirklich eine grundlegende positive Veränderung für die Zukunft anzustreben, muß bereits in der Grundschrift das Bewußtsein für ein gesundes Leben von Grund auf entwickelt werden. In jeder Grundschrift gehört mindestens ein Lehrer, der beratende Funktion hat bei allen Problemen der körperlichen Schwächen, die im Schulsport, aber auch im Spielverhalten während der Pausen auftreten. Dieser „Beratungslehrer“ soll

te das Fach Sport studiert haben und müßte im „Förderunterricht“ Schulsport-Schulunterricht „ausgebildet“ sein. Mit dieser Ausbildung hat er die Chance, ein fälliges Bewegungsverhalten schon im Grundschriftalter zu erkennen und über gezielte Ausgleichübungen das Gesundheitsbewußtsein zu wecken.

Ein Staat, der – zu Recht – Talente sucht und – fürderung in der Schule unterstützt, wird unglücklich, wenn er auf der anderen Seite die 40 Prozent „Otto-Normalverbraucher“ mit ihren körperlichen Schwächen ohne zusätzliche spezielle Betreuung und finanzielle Mittel alleinläßt bzw. überläßt.

Mit freundlichen Grüßen
Renate Mathias, Hamburg

Privat billiger

Ihr Bericht „Bürokratie will gar nicht effizient sein“ in der WELT vom 3. Februar weist interessante Zeilen auf, so diese: So mühe die private Müllabfuhr Steuern zahlen, die öffentliche dagegen kein Mark.

Wir leisten in unserer Privatsphäre dieselben Operationen und Behandlungen wie die Universitätskliniken – unser Bettenpreis pro Tag: 95 DM; im hiesigen Städtischen Krankenhaus, Augenheilkunde, wird ein Preis von 200 DM in Rechnung gestellt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. med. E. A. Hoffmann, Braunschweig

Wort des Tages

„Tatsächlich und normalerweise gelten neun Zehntel der politischen Tätigkeit den wirtschaftlichen Aufgaben des Augenblicks, der Rest den wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft.“

Walther Rathenau, Industrieller und Politiker (1867–1922)

Finanzierungs-Schätze: kurze Laufzeit - gute Zinsen

Sie suchen eine gewinnbringende Geldanlage. Aber Sie möchten Ihr Geld nicht lange festlegen. Sie können beides haben: kurze Laufzeit von 1 oder 2 Jahren und sicheren, festen Zinsgewinn mit Finanzierungs-Schätzen des Bundes.

Sie zahlen z. B. 893,- DM ein und erhalten nach zwei Jahren 1.000,- DM zurück. Ihr Zinsertrag: 107,- DM. Das sind 5,82% Rendite pro Jahr. Bei einjähriger Laufzeit beträgt

2 Jahre Laufzeit
5,82%
Rendite

die Rendite 5,15% (heutige Zinsverhältnisse).

Eine vorzeitige Rückgabe ist nicht möglich. Finanzierungs-Schätze gibt es ab 1.000,- DM bei allen Landeszentralbanken, bei Banken und Sparkassen. Dort erhalten Sie auch ausführlichere Informationen. Oder senden Sie den Coupon ein.

Die „kurz & gut“ Anlage

An den Informationsdienst für Bundeswertpapiere: Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1. Tel. 106 11 55 07 07. Bitte schicken Sie mir weitere Informationen über Finanzierungs-Schätze.

Name:

Adresse:

Handwritten signature: محمد علي

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir suchen seriöse und dynamische Vertriebspartner

Wir sind eine seit über 12 Jahren erfolgreiche Firmengruppe auf dem Bauherrenmodell- und dem konventionellen Immobilien-Sektor.

Wir haben augenblicklich folgende Angebote auf dem Markt:

- Freiburg - Kirchzarten
- Stuttgart - Bad Cannstatt
- Göttingen - Bovenden
- Wolfsbüttel - Okerufer
- München - Gmunder Straße

Wir werden in Kürze mit folgenden Projekten auf den Markt kommen:

- Friedrichshafen - Waggenshausen
- Göttingen - Weende (Studentenapartements)
- Würzburg - Langfeld (Reihenhäuser)
- Mainz - Nackenheim (Reihenhäuser)
- Mission/Texas - (Reihen- und Doppelhäuser)

Wir die Treuhand GmbH, sind zu erreichen in 8700 Würzburg, Heinestraße 7b Telefon 0931/50683 - Telex 68575

Wir freuen uns auf einen Kontakt mit Ihnen

We are looking for well-experienced

European Manufacturers

who are either prepared to provide collaboration or technical know-how on the manufacturing aspects of cast iron pipes (water supply) with all sizes. This pipe-manufacturing-plant is intended in industrial area in India. The machinery and equipment should be preferably semi-automatic with labor-orientated functions, project investment estimates below 25 Mill. US\$. Interested parties please apply in English language to T 4288 to WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wir lösen Ihre Vertriebsprobleme in 5 Ländern!

CH - BRD - A - F - B

- Unsere Leistungen:
- Bestelladresse / mail-forwarding
 - EDV-Verarbeitung inkl. Fakturierung
 - Konfektionieren
 - Verpacken und Versenden
 - Reiseunterstützung
 - Inkasso
 - Kundenservice
 - Telefonmarketing

IVM Institut für Vertrieb und Management AG Weinbergstr. 72, Postfach 110 CH 8042 Zürich Tel. 0 04 11 / 83 38 44 - Telex 59 140

Naturasphalt-Produkte für Flachdächer und Isolierungen - moderne Baustoffe

Wir suchen für dauerhafte Zusammenarbeit, Handelsvertreter/Vertriebs-u. Verarbeitungsfür die Bearbeitung von vorhandenen Kundenanfragen. Schwerpunkte sind Flachdachsanierung und Isolierungen. Wir vergeben noch Vertriebsrechte in der BRD und im Ausland. Ihre Anfrage richten Sie bitte an:

Naturasphalt-Produkte, Hanauer Landstr. 220, 6 Ffm. Telefon: 06 11 / 44 70 44, Telex: 4 170 011 oder Heidenweg 40, 2056 Glünde, Tel. 0 40 / 7 11 24 24

Mittelgroßer Adressbuchverlag

In Fernost (Singapur) umständelicher zu verkaufen.

Hoher Bestand an Langzeitabnehmern, niedrige Produktions- und Verwaltungskosten, überdurchschnittliche Wachstumsmöglichkeiten, steuersparender Firmenaufbau (Hongkong Holding).

Verhandlungsbasis DM 1 Million (Finanzierung möglich)

Nur ernstgemeinte Telex- oder Telegrammschriften an:

HANSA INDUSTRIE SERVICE HAMBURG

Telex 02 14 440, Telegramm Sa-Nr. 040 / 41 70 35

(Alleinhaber diese Woche in Deutschland)

HANSA INDUSTRIE SERVICE HAMBURG, Mittelweg 14, 2000 Hamburg 13

Schnellkurierdienst Gerken

Beförderung von Personen und Material aller Art bis 750 kg im In- und Ausland

Schnellste Beförderung Ihrer EDV-Unterlagen!

Schnellste Beförderung Ihrer eigenen Arzneimittel!

Sie benötigen für Ihren Schwertransport ein Begleitfahrzeug!

Sie müssen schnellstens einige Pakete befördert haben!

Auch wenn Sie meinen, es lohnt sich nicht!

Informieren Sie sich. Erreichbar Tag und Nacht unter der Nr. 0 43 35 / 21 21-14 85

Schreiben Sie Werbebriefe?

Verkaufswirksame Texte? Gute Ideen? Dann würden wir uns über „Ihren Werbebrief“ zwecks Zusammenarbeit sehr freuen.

GvZ-Verlagsred. Postfach 1068, 6300 Bad Kreuznach

Wir bieten an:

Videocassetten leer

Super-Avilyn-Band, E 180 ab 300 Stück, DM 15,20 + Frachtkosten + MwSt., E 240 ab 300 Stück, DM 25,20 + Frachtkosten + MwSt., pro Stück. Bei mehr als 1000 Stück Rabatte. Andere Längen auf Anfrage. Ebenso laufend sehr günstige Video-Reorder aller Systeme auf Anfrage. SASS Properties Electronic Service, Postfach 1280, D-8480 Weiden, Tel. 09 61 / 3 41 08, Telex 63 977.

bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918, Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln

Wir sind eine schweizerische Aktiengesellschaft, die ständig Beteiligungen an mittelständischen Unternehmen zum Erwerb sucht. Für verschiedene Gebiete der BRD vergeben wir Repräsentanten an

Unternehmensberater Finanzierungsvermittler

- Aufgabe:
- Auswahl und Prüfung von rentablen, mittelständischen Unternehmen mit zu knapper Eigenkapitalbasis
- Voraussetzungen:
- Verständnis für die besondere Problematik der mittelständischen Wirtschaft
 - kautelnde Kenntnisse
 - Eigenkapital von 20.000.-
 - komplettes Know-how
 - ständige Schulung durch deutsche Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Wirtschaftsjuristen
 - starker Gebietschutz
 - schnelle Aufstiegschancen
 - hochinteressante Verdienstmöglichkeiten
- Geboten wird:

Qualifizierte schriftliche Bewerbungen an den von uns beauftragten Berater

Institut für Diversifikation Mannheimstraße 58 6300 Schwetzingen Telefon 0 62 62 / 1 02 23

Zusatzverdienst für Ladengeschäftsinhaber

Wenn Sie ein Ladengeschäft in erstklassiger Lage einer Stadt oder eines größeren Vororts (ab 30.000 EW) haben, bieten wir Ihnen ein lukratives Zusatzgeschäft ohne jegliche Risiken. Kein Eigenkapital erforderlich, kombinierbar mit allen Branchen. Fixum in der Anfangsphase, Bewerben und telefonische Anträge an Firmenservice GmbH, Alte Bahnhofstr. 10, 33 Bonn 2, Telefon 02 28 / 35 55 52

Bürodienst in Hamburg Telex, Telefon- und Postservice, Sekretariat - Tel. 0 40 / 3 57 45 00

DRINGEND GESUCHT FARBENSEHNER/ÜBERSENDER

Kontaktsachen/Übersender/Sonderposten neu und gebraucht gegen sofortige Barzahlung.

Glassmacher, Tel. 02 11 / 32 32 31 - 32 51 45 Telex 5 586 749

KAUFANGEBOT: PRODUKTION U. MONTAGE

Wir sind ein mittelständisches Unternehmen. Aufgrund besonderer Umstände bieten wir für ein ges. geschütztes, markengeführtes Erzeugnis alle Rechte u. Produktionsanordnungen zum Kauf an. Kaufpreis 1,5 Mio. Bei Vorhandensein einer Werkhalle von ca. 800 m² kann die Produktion sofort aufgenommen werden. Es besteht auch die Möglichkeit, die Produktion am jetzigen Standort zu belassen und die Marktbearbeitung fortzuführen; in Werkhallen, Büros u. Sozialräumen, die wir für DM 6000 im Monat angemietet haben.

Kurzfristig können im Produktions- sowie im Außenbereich - Tiefbau u. Montage - ca. 100 Mitarbeiter bei einem Umsatz p. a. von DM 15 Mio. mit steigender Tendenz beschäftigt werden. In der Übergangszeit erhalten Sie von uns weitestgehende Unterstützung, damit Sie erfolgreich in diesem Markt arbeiten können.

Ein für das Endprodukt wachstumsorientierter Markt sichert für Jahre die Absatzchancen.

Wir erwarten Zuschriften von Kaufinteressenten, die ihre Unternehmen in unserem Sinne im Tiefbau angesiedelt haben.

De erfahrungsgemäß zusätzlich Betriebsmittel in Höhe von 1,5 Mio. erforderlich sind, bitten wir nur potentielle Unternehmen um Kontaktaufnahme. Wir sichern strengste Diskretion zu, wobei wir diese auch von Ihnen erwarten.

Zuschriften unter K 4435 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STELLENANGEBOTE



World's largest manufacturer of woven ribbon seeks

Manager/Manageress

for Germany. Applicants must be self-motivated and have proven record in successful retail or in industrial sales.

Ability to co-ordinate sales promotion programmes desired. German national, with fluent English essential.

Attractive salary plus car and incentives. Write fully giving educational background and previous business experience to:

C. M. Offray + Son Limited Fir Tree Place, Church Road, Ashford, Mddx. TW15 2PH Great Britain

To be marked: personal and confidential attn. Mr. Piet Grimm

Stellengesuch-Anzeigen in der WELT bringen Erfolg!

Schon wenige Tage nach Erscheinen Ihrer Anzeige wissen Sie, wer sich für Ihre Mitarbeit interessiert.

Wie man Stellengesuch-Anzeigen erfolgreich formuliert, sagt Ihnen eine Broschüre, die wir Ihnen gern zusenden. Natürlich kostenlos. Schreiben Sie an:

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Anzeigenabteilung, 2000 Hamburg 36, Postfach 30 58 30

P.S. Bitte geben Sie in Ihren Anzeigen-Aufträgen stets Ihre Telefon-Nummer an. Dann haben wir es einfacher bei eventuellen Rückfragen.

Kreissparkasse Pinneberg

Wir sind ein modern geführtes Kreditinstitut mit einer Bilanzsumme von 1,5 Mrd. und 450 Mitarbeitern.

Für die Leitung unserer neu einzurichtenden Filialdirektion Schenefeld (Hamburg) suchen wir den

Filialdirektor

mit Führungsqualitäten.

Unsere künftigen Mitarbeiter erwarten eine vielseitige, ausbaufähige und verantwortungsvolle Aufgabe mit weitreichenden Kompetenzen (unmittelbar dem Vorstand unterstellt). Die Filialdirektion Schenefeld (Bilanzvolumen 44 Mio., 2 Geschäftsstellen, 10 Mitarbeiter) liegt direkt am Rande der Großstadt Hamburg und bietet hervorragende Entwicklungschancen.

Wir denken an einen erfahrenen, qualifizierten Bankkaufmann mit umfassenden Kenntnissen im Kreditgeschäft und in der Mitarbeiterführung.

Für unser Kreditsekretariat in Pinneberg suchen wir den

Gruppenleiter Stabsaufgaben

Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind die Bearbeitung von Grundsatzfragen, die Leitung der Darlehens- und Wechselbuchhaltung (7 Mitarbeiter), das EDV-Mahnwesen, die Auskunftei und Statistiken.

Weiterhin suchen wir für unsere Finanzabteilung in Pinneberg den

Gruppenleiter Finanzbuchhaltung

Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind Sachkontenführung, Bilanzierung, Steuern, Geld-dispositionen und Liquiditätsplanung. Bei Bewährung werden weitreichende Kompetenzen eingeräumt.

Für diese interessanten und ausbaufähigen Positionen erwarten wir von beiden Stelleninhabern neben Banklehre und Sparkassenfachkenntnissen oder wirtschaftswissenschaftlichem Studium besonderes Interesse für den jeweiligen Bereich sowie Fähigkeiten in der Mitarbeiterführung. Auch wenn Sie Bilanzbuchhalter oder Steuerbevollmächtigter sind, sollten Sie sich bewerben.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen einschließlich Ihres Gehaltswunsches richten Sie bitte an den Vorstand der Kreissparkasse Pinneberg (Tel. 0 41 01 / 21 52 10 oder 21 52 70).

Selbstverständlich bleibt Ihre Kontaktaufnahme vertraulich.

STELLENGESUCHE

Industrie-kaufmann / Baukaufmann

38 Jahre, akad. km. Arbeiten mit Schwerpunkt Einkauf, Disposition und Buchhaltung sucht zum 1. 4. od. 1. 5. 83 neuen Wirkungskreis im Ausland (englischsprachig), mögl. Afrika oder Fernost.

Angeb. u. C 4671 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Schlüsselfertigbau

Dipl.-Ing. u. Architekt, verb. mit langj. Erfahrungen von der Planungsberatung (Bauphysik, techn.-u. Ausbaugewerke) über Erst- von Leistungsverzeichnissen bis zum Vertragsschluss, Überwachung der Bauabwicklung, techn. Einkauf bis zur Ausbau-Bauleitung, für In- u. Auslandsobjekte - Wohn- u. Industriebauten - sucht neue Aufträge.

Zuschr. erb. u. PL 45 738 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Zentraleinkäufer/Abteilungsleiter

38 Jahre, langj. erfolgreiche Ein- und Verkaufstätigkeit im Warenhaushandel u. Versandhandel - Bereich Haushalts-/Elektrogeräte, Bürotechnik, Nähmaschinen, erfahren in unimater. und exportorientierter Abteilungsleitung, Sortimentsgestaltung, Disposition, Verkaufsförderung, Ortsangehörigen, Suche neue verantwortungsvolle Aufgabe im Handel oder in Industrie. Zuschriften erbeten unter K 4606 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Führungskraft Verlag

Wirt.-Wissenschaftler (34), verantwortlich für Programm, Personal, Marketing, Planung und Budget. Bereiche Zeitschrift/Buch sucht Managementaufgabe im Medienbereich. Zuschriften erbeten unter K 4666 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Personaldirektor Dr. jur.

Volljurist, 39 Jahre, ortsunabhängig, langjährige Erfahrungen im Chemie- und Metallbereich, vertraut mit allen Aufgaben moderner Personalarbeit (u. a. KUG- u. Sozialplan-erfahren), Mitglied einer Tarifkommission, sucht neuen Wirkungskreis. Angeb. erb. u. A 4669 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industrie-kaufmann

43 Jahre, Stahl-/Maschinenbau (Vertrieb), Englisch in Wort und Schrift, französische Sprachkenntnisse, Auslandsaufenthalte, sucht neuen Wirkungskreis in verantwortungsvoller Position, möglicher in Industrie, Großraum Düsseldorf bzw. Baden-Württemberg. Angeb. erb. u. G 4607 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Mathematiker

35 J., EDV-Auslandsaufenthalt (Saudi-Arabien), sucht neuen Wirkungskreis. Zuschr. erb. u. Y 4667 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kriminalkommissar

29 Jahre, grad. Verwaltungswirt, sucht neue und interessante Betätigungsfeld in Wirtschaft oder Industrie. Angeb. erb. unt. L 4678 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Staatl. gepr. Techniker

seit Juni 82, Fachrichtung Karosserie- und Fahrzeugbau, 29 J., verb., sucht ab sofort einen Wirkungskreis Richtung wie angegeben. Bitte Zuschriften an: WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Malermeister

39 J., aus der Führungsposition, sucht ab 1. April eine neue Meisterstelle. Bei entsprechenden Angeboten auch als Baustellenleiter.

Zuschriften erbeten unter K 4677 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Nachfolger-Sorgen ab 1985?

Zur Übernahme der Führung eines mittelständ. Unternehmens lade ich mich ein, wenn Sie die erforderl. Erfahrung, Weitsicht und Menschlichkeit zu besitzen. Suchen Sie zu meiner Person: Zugkraft: 44 J., verb., Cambridge-M.A. seit 20 J. in Norddeutschl. selbst. Berufstätig u. a. Außenhandels (WV), Transportwirtschaft (spal. DV), Anwendung (freiberufl.). Weisgewalt, sprachengewandt, sicheres Auftreten. Verfügbar ab 1. 4. 85. Angeb. erb. u. Y 4664 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Erfahrenere Außendienst-Mitarbeiter

aus der Dentalbranche möchte sich verewandern. Großraum Mainz-Wiesbaden-Frankfurt bevorzugt. Angeb. erb. u. U 4663 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Agrarökonom/Volkswirt

mit fund. theo. u. prakt. Ausb. (Landw.-Lehre, FHS, Uni) u. n. Abschl. der Prom. (Dr. agr.) ab Mitte 83 Tätig. im Banken- und Genossenschaftswesen. Zuschriften erbeten unter V 4774 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

FOTOGRAF

(Meister) Industrie, Werbung, Reportage, biest. Qualität, Leistung, langj. In- u. Auslandsaufenthalt, Engl., Franz., sucht interessante Aufgabe, auch part-time, freie Mitarbeit o. a. Angeb. u. D 4672 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industrie-kaufmann

in ungekündigter Stellung, 37 J., sucht neues Ausgabengebiet in Süd-Baden, Frankreich perfekt in Wort und Schrift, Italienisch fließend, Innendienst bevorzugt. Zuschriften erbeten unter V 4774 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industrie-kaufmann

43 Jahre, langj. erfolgreiche Ein- und Verkaufstätigkeit im Warenhaushandel u. Versandhandel - Bereich Haushalts-/Elektrogeräte, Bürotechnik, Nähmaschinen, erfahren in unimater. und exportorientierter Abteilungsleitung, Sortimentsgestaltung, Disposition, Verkaufsförderung, Ortsangehörigen, Suche neue verantwortungsvolle Aufgabe im Handel oder in Industrie. Zuschriften erbeten unter K 4606 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industrie-kaufmann

43 Jahre, langj. erfolgreiche Ein- und Verkaufstätigkeit im Warenhaushandel u. Versandhandel - Bereich Haushalts-/Elektrogeräte, Bürotechnik, Nähmaschinen, erfahren in unimater. und exportorientierter Abteilungsleitung, Sortimentsgestaltung, Disposition, Verkaufsförderung, Ortsangehörigen, Suche neue verantwortungsvolle Aufgabe im Handel oder in Industrie. Zuschriften erbeten unter K 4606 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industrie-kaufmann

43 Jahre, langj. erfolgreiche Ein- und Verkaufstätigkeit im Warenhaushandel u. Versandhandel - Bereich Haushalts-/Elektrogeräte, Bürotechnik, Nähmaschinen, erfahren in unimater. und exportorientierter Abteilungsleitung, Sortimentsgestaltung, Disposition, Verkaufsförderung, Ortsangehörigen, Suche neue verantwortungsvolle Aufgabe im Handel oder in Industrie. Zuschriften erbeten unter K 4606 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industrie-kaufmann

43 Jahre, langj. erfolgreiche Ein- und Verkaufstätigkeit im Warenhaushandel u. Versandhandel - Bereich Haushalts-/Elektrogeräte, Bürotechnik, Nähmaschinen, erfahren in unimater. und exportorientierter Abteilungsleitung, Sortimentsgestaltung, Disposition, Verkaufsförderung, Ortsangehörigen, Suche neue verantwortungsvolle Aufgabe im Handel oder in Industrie. Zuschriften erbeten unter K 4606 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industrie-kaufmann

43 Jahre, langj. erfolgreiche Ein- und Verkaufstätigkeit im Warenhaushandel u. Versandhandel - Bereich Haushalts-/Elektrogeräte, Bürotechnik, Nähmaschinen, erfahren in unimater. und exportorientierter Abteilungsleitung, Sortimentsgestaltung, Disposition, Verkaufsförderung, Ortsangehörigen, Suche neue verantwortungsvolle Aufgabe im Handel oder in Industrie. Zuschriften erbeten unter K 4606 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Internationaler Vertrieb

Ich bin: 40 Jahre, Betriebswirt, englisch-französisch-italienischsprachig, internationale Erfahrung im Ein-/Verkauf Bauteile, erfahren als Vertriebsleiter, regional unbunden. Ich suche: Herausforderung im Vertrieb (Import/Export), in Industrie oder Handel, im Inland oder EG-Bereich, als Vertriebsbeauftragter oder Gruppenleiter. Angebote bitte an die von mir beauftragte Beratung

Kfm. Führungskraft-Ausland

Format, Kreativität, Motivation, rasches Erkennen der Zusammenhänge darf vorausgesetzt werden. Mehrjährige Auslandsaufenthalte in Afrika, Südamerika, arab. Raum. Suche in etabliertem Unternehmen neue verantwortungsvolle Tätigkeit. Angebote erb. unter M 4679 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Auslandstätigkeit gesucht:

Bin 38 Jahre alt, ledig, Ing. und habe 15jährige Erfahrung in internationalem Marketing-Verkauf, Export-Import von Investitionsgütern. Mehrjährige Tätigkeit in Vertriebs- und Handelsbüros in Südamerika. Suche interessante Tätigkeit im span. oder engl. Sprachraum. Sprachen: Deutsch, Engl., Spanisch. Angeb. erb. u. W 4665 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Suche: Mitarbeiter, Kauf, Beteiligung bzw. als Nachfolger. Bin erfarb. reich, langjährig selbständiger technischer Kaufmann, Mitte 40.

Für Bonn/Niederrhein/West.

Büro: 45 Osnabrück-Nutbar. Lebe in guten persönl. u. finanz. fundierten Verhältnissen, großer unbel. Immobilienbesitz. Angeb. erb. unt. K 4609 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Architekt Dipl.-Ing. + Ing. (grad.), Projektleiter

42 J., verhandlungstark und engagiert, 15 Jahre Berufserfahrung in Planung, Bauleitung, Projektleitung und Projektsteuerung mit Schwerpunkt im Verwaltungs-, Wohnungs- und Industriebau, auch verantwortungsvolle Positionen mit Führungsaufgaben. - Angebote erb. unter FR 46062 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

EDV IM BAUBETRIEB

Bauingenieur (Dipl.-Ing.), 40 J., verb., ortsungeb., 16 Jahre Erfahrung in Planung, Bauleitung, Arbeitsvorbereitung, Netzplantechnik, Projektkontrolle für Hoch- u. Ing.-Bauten sowie in Beratung u. Schulung von Baufirmen beim EDV-Einsatz, sucht verantwortungsvolle Dauerstellung in Baubetrieben oder Ing.-Büro.

Ang. erb. u. T 4662 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Handwritten signature

Türkei: 43 Hinrichtungen seit dem Putsch

AFP, Ankara
Seit dem Staatsstreich am 12. September 1980 sind in der Türkei 43 Menschen wegen angeblich politischer oder krimineller Verbrechen hingerichtet worden. Das geht aus einer Bilanz des türkischen „Büros zur Koordination des Kriegsrechts“ hervor.

Danach befinden sich aus politischen Gründen gegenwärtig noch 4333 Menschen in der Türkei in Haft. 107 von ihnen verbüßen eine lebenslange Haftstrafe, 14 801 Personen warten noch auf ihren Prozess. 90 Prozent der Angeklagten gehören linksgerichteten extremistischen Gruppen überwiegend kommunistischer Tendenz an.

Justizminister İsmet Bayazit hatte vor kurzem deutlich gemacht, daß eine Generalamnestie in der Türkei nicht zu erwarten sei. Unter der Militärregierung ist im Verlauf der vergangenen 30 Monate niemals von einer Amnestie die Rede gewesen. Das wird auch in Zukunft so sein, sagte er.

Kohl weist Spekulationen zurück

Fortsetzung von Seite 1

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick hat die Eckpunkte der FDP für die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU genannt. Im Saarländischen Rundfunk sagte er nach Angaben des Senders, daß die Kontinuität in der Außen- und Sicherheitspolitik gesichert werden müsse. In der Innen- und Rechtspolitik sollte die Reformpolitik fortgesetzt werden, eventuelle Fehler müßten behoben werden. Die Konsolidierungsmaßnahmen in der Wirtschaft, Finanz- und Steuerpolitik müßten konsequent fortgeführt werden, der Kreditbedarf des Staates weiterhin begrenzt bleiben oder sogar vermindert werden.

In der Rentenpolitik müssen nach Mischnicks Worten anstelle der bisherigen automatischen Dynamik Lösungen gefunden werden, die sicherstellen, daß in Zukunft die Renten genauso wachsen könnten wie bisher, aber nicht schneller als das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer. Vor der FDP-Fraktion betonte Mischnick, die FDP wolle die Erwartungen der Bürger in einer sachlichen und vertrauensvollen Partnerschaft erfüllen.

Börner: Zunächst den Haushalt beschließen

Hessens Ministerpräsident zum Wahltermin 25. September

D. GURATZSCH, Wiesbaden
Die hessischen Wahlen werden fast auf den Tag genau ein Jahr nach der Landtagswahl vom vergangenen Jahr erneut über die Zusammensetzung des Landesparlaments entschieden. Über den Termin für Neuwahlen in Hessen hatte es bis zum letzten Augenblick Spekulationen gegeben. Die CDU hatte in einem einstündigen Beschluß des Landesvorstandes am Montagabend Wahlen vor der parlamentarischen Sommerpause verlangt. Die nicht im Landtag vertretene FDP forderte baldige Neuwahlen, aber sie machte die Verabschiedung des Haushaltes, zur Vorbereitung, die Grünen lehnten Neuwahlen strikt ab.

Als SPD-Fraktionschef Horst Winterstein am Montag die Entscheidung des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion seiner Partei abgelehnt hatte, die SPD werde zur Not anstelle eines ordentlichen Haushaltes möglicherweise auch einen „reduzierten Haushalt“ akzeptieren, über den mit den anderen Parteien Einigkeit erzielt werden könne, löste dies Spekulationen aus, daß die SPD ein weiteres Mal Neuwahlen umgeben und die Politik mit wechselnden Mehrheiten fortsetzen wolle.

Zuletzt hat sich Ministerpräsident Holger Börner durchgesetzt, der ein Gefangenener eigener Argumentation geworden war. Börner hatte bereits vor der Landtagswahl 1982 angekündigt, bei fehlenden Mehrheiten im hessischen Parlament werde er erst den Haushalt durchzubringen suchen und erst bei dessen Scheitern Neuwahlen auszusprechen. Den nun von der SPD vorgeschlagenen relativ späten Wahltermin vom 25. September begründete der Regierungschef auf doppelte Weise. Erstens wolle seine Partei vor der Wahl „den Haushalt beschließen haben“, und daran müsse auch so Börner, die hessische CDU ein vitales Interesse haben. Denn solange der Haushalt blockiert sei, müßten zahlreiche von der CDU regierte Kommunen wichtige Investitionen zurückstellen. Zweitens würde ein früherer Wahltermin in allzu dichter Nähe zur Bundestagswahl „das Ende der Selbständigkeit der Landespolitik“ bedeuten.

Mit dem späten Wahltermin nimmt Börner ein Erstarren der hessischen FDP in Kauf, die durch ihren Landesvorsitzenden Wolfgang Gebhard gestern bekräftigt hat, daß sie an der Koalitionsaussage zugunsten der CDU festhalte.

FDP: Nur die Meinung von Dahrendorf

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die FDP-Führung bemüht sich, zurückhaltend auf die letzte veröffentlichte Erklärung von Ralf Dahrendorf zu reagieren, in der der Vorsitzende der parteiübergreifenden Friedrich-Naumann-Stiftung verkündet hatte, die FDP benötige „eine tiefgreifende Erneuerung.“ Parteiprecher Herbert Schmilg erklärte zu dem vorab veröffentlichten Dahrendorf-Kommentar, der regulär erst in 14 Tagen in der Zeitschrift „liberal“ erscheint, gestern distanzierend: Teile dieser Ausführungen hätten in der FDP-Führung „Verwunderung“ ausgelöst. Es handle sich hier nur um die „persönliche Meinung“ Dahrendorfs.

Der Professor, der mit dem Anspruch des neuen „Chefdenkers“ der Partei aus London zurückgekommen war, betont in dem jetzt veröffentlichten Kommentar, daß der Erfolg vom 6. März „nichtig“ werde, „wenn das Charakterbild der FDP auch in Zukunft schwach“ bleibe. Während in der FDP-Fraktion in Bonn alles getan wird, das unangenehme Wahlresultat in die Koalitionsverhandlungen umzumünzen und zugleich die auf dem Freiburger Parteitag wiedergefundene Geschlossenheit zu bewahren, kündigte Dahrendorf an: Die FDP werde das Landwirtschaftsministerium und den bisher von ihr gestellten Parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium aufgeben.

Ende vergangenen Jahres war der ehemalige „Senkrechtsstar“ Dahrendorf von seiner Partei wiederentdeckt worden. Trotz der Vorbehalte Walter Scheels, unter dem er 1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesaußenministerium geworden war, war er mit Unterstützung von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher zum Vorsitzenden der Parteistiftung gewählt worden. Jetzt wagt er in seinem „liberal“-Beitrag, die Verdienste von Genscher, Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff sowie Genscher-Stellvertreter Wolfgang Mischnick. Aber er schreibt auch: „Der (relative) Sieg vom 6. März ist ein Sieg der Basis der FDP.“

Bereits im Vorfeld des Freiburger Wahlparteitages Ende Januar hatte Dahrendorf erklärt, wie er sich eine erfolgreiche Zukunft seiner Partei vorstellt: Nach seiner Meinung würde es der FDP „geringer nicht schaden“, wenn sie „Perioden in der Opposition“ verbringen würde. Und: „Die meisten Probleme beginnen erst am 7. März.“

Metall-Tarifgespräche in entscheidender Runde

Verhandlungsklima durch zahlreiche Warnstreiks belastet

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Tarifverhandlungen für die rund 700 000 Beschäftigten der bayerischen Metallindustrie gehen heute nachmittag in Nürnberg in ihre entscheidende Phase. Arbeitgeber und auch die Metallgewerkschaft rechnen damit, daß ein Abschluß in diesem Tarifgebiet „Pilotfunktion“ auch für das übrige Bundesgebiet haben würde.

Beide Tarifparteien haben in den vergangenen Tagen immer wieder bekräftigt, daß sie in diesen Verhandlungen den „ernsthaften Willen“ zu einer Einigung zeigen wollten. Belastet worden ist das Verhandlungsklima in den Tagen seit Auslaufen der Friedenspflicht für die IG Metall am 1. März durch zahlreiche Warnstreiks. Diese haben allerdings bei weitem nicht das Ausmaß der Warnstreiks der vergangenen beiden Jahre erreicht.

Formell beharrt die Gewerkschaft noch auf ihrer Forderung nach dem vollen Inflationsausgleich in Bayern – in anderen Tarifgebieten sind Forderungen bis zu 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt erhoben worden – und die Arbeitgeberseite auf ihrem Angebot von

einer Einkommenssteigerung um 2,5 Prozent nach drei sogenannten Null-Monaten, in denen die bisherigen Löhne und Gehälter fortgezahlt werden sollen.

Seit dem Tarifabschluß bei Volkswagen von vier Prozent mehr Lohn und Gehalt bei einer auf 15 (gegenüber den üblichen 12) Monate verlängerten Laufzeit wird in der Gewerkschaft die Möglichkeit diskutiert, auch in der restlichen Metallindustrie durch eine Laufzeitverlängerung ein nominal höheres Ergebnis zu erreichen, als dies bei einem 12-Monats-Abschluß möglich wäre.

Zwar würde die Kostenbelastung so wie bei Volkswagen vom ersten Monat an für die Arbeitgeber dann höher liegen, durch die Laufzeitverlängerung aber würde dann die nächste Erhöhung 1984 hinausgeschoben, was letztlich zu einer Kostenentlastung führen müßte.

Zugunsten der Arbeitgeber-Argumentation wirkt sich inzwischen die deutliche Verlangsamung des Preisanstiegs aus, die im Januar noch 3,9 Prozent und im Februar nur noch 3,7 Prozent betragen hatte.

Beitrag zur Ausbildung

Gesamtmetall: Mehr Lehrstellen oder höhere Vergütung

AP, Köln

Die IG Metall sollte nach Auffassung der Metallarbeitgeber „durch eine deutliche Zurückhaltung in den ausbildungsbezogenen Kosten“ einen Beitrag zur Beseitigung des Ausbildungsmanages leisten. Beides zusammen, mehr Ausbildungsplätze und höhere Ausbildungskosten, wird sich kaum verwirklichen lassen, sagte der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner. Die IG Metall fordert eine Anhebung der Ausbildungsvergütung zwischen 6,6 und elf Prozent je nach Tarifgebiet.

Kirchner rechnete vor, daß selbst ein Stillstand der Vergütungen für die rund 250 000 Auszubildenden im Metallbereich keinen Einkommensposten bedeuten würde, da die Lehrlinge mit dem Übergang in das jeweils nächsthöhere Ausbildungsjahr 1983 Einkommensverbesserungen zwischen elf und 14 Prozent erhielten. Der Zuwachs der Ausbildungsvergütungen für

Lehrlinge beläufte sich durch diese Automatik auf ein Mehrfaches des für 1983 möglichen Einkommensanstiegs aller anderen Belegschaftsangehörigen.

Nach seinen Angaben haben die Ausbildungsvergütungen seit 1970 den Anstieg der Löhne weit hinter sich gelassen. Von 1972 bis 1982 hätten sich die Ecklöhne verdoppelt, die Lohnkosten für das vierte Ausbildungsjahr seien auf das Zweieinhalbfache und für das erste Jahr sogar auf das Dreieinhalbfache gestiegen. Ein Arbeitgeber dieser Branche müsse heute durchschnittlich 10 000 Mark im Jahr für einen „Azubi“ an Ausbildungsvergütung, Urlaubsgeld und anderen sozialen Leistungen ausgeben. Die Personalkosten für die Ausbildung sowie die Sachkosten summierten sich auf etwa 12 000 Mark, so daß ein Auszubildender jährlich fast 22 000 Mark koste. Bei einer dreijährigen Ausbildungsdauer kämen so durchschnittlich 65 000 Mark zusammen.

Blockfreie setzen auf Pragmatik

MANFRED NEUBER, Neu-Delhi

Der Druck auf der Dritten Welt auf die Industrienationen zur Reform der Weltwirtschaftsordnung wird stärker. Auf der Gipfalkonferenz der Wirtschaftskrise auf der südlichen Halbkugel immer schärfer in Erscheinung. Statt radikaler Forderungen überwiegt bei der Mehrheit der 101 Staaten die Suche nach pragmatischen Schritten. Unter der Federführung Indiens wird die Schlussresolution zur wirtschaftlichen Lage keine ideologische Färbung erhalten. Man will eine nüchterne Frontstellung, auf die man angewiesen ist. Mehr noch: Neu-Delhi soll nicht nur der Westen, sondern auch der Ostblock in die Pflicht genommen werden.

Der Vorschlag von Ministerpräsident Indira Gandhi, zur nächsten UNO-Sitzungsperiode eine Gipfalkonferenz über die Weltwirtschaft einzuberufen, bildet nur den äußeren, am wenigsten verbindlichen Rahmen. Wirkamer werden die Anstöße vom Blockfreien Gipfel auf der Unctad-Konferenz im Juli in Belgrad sein.

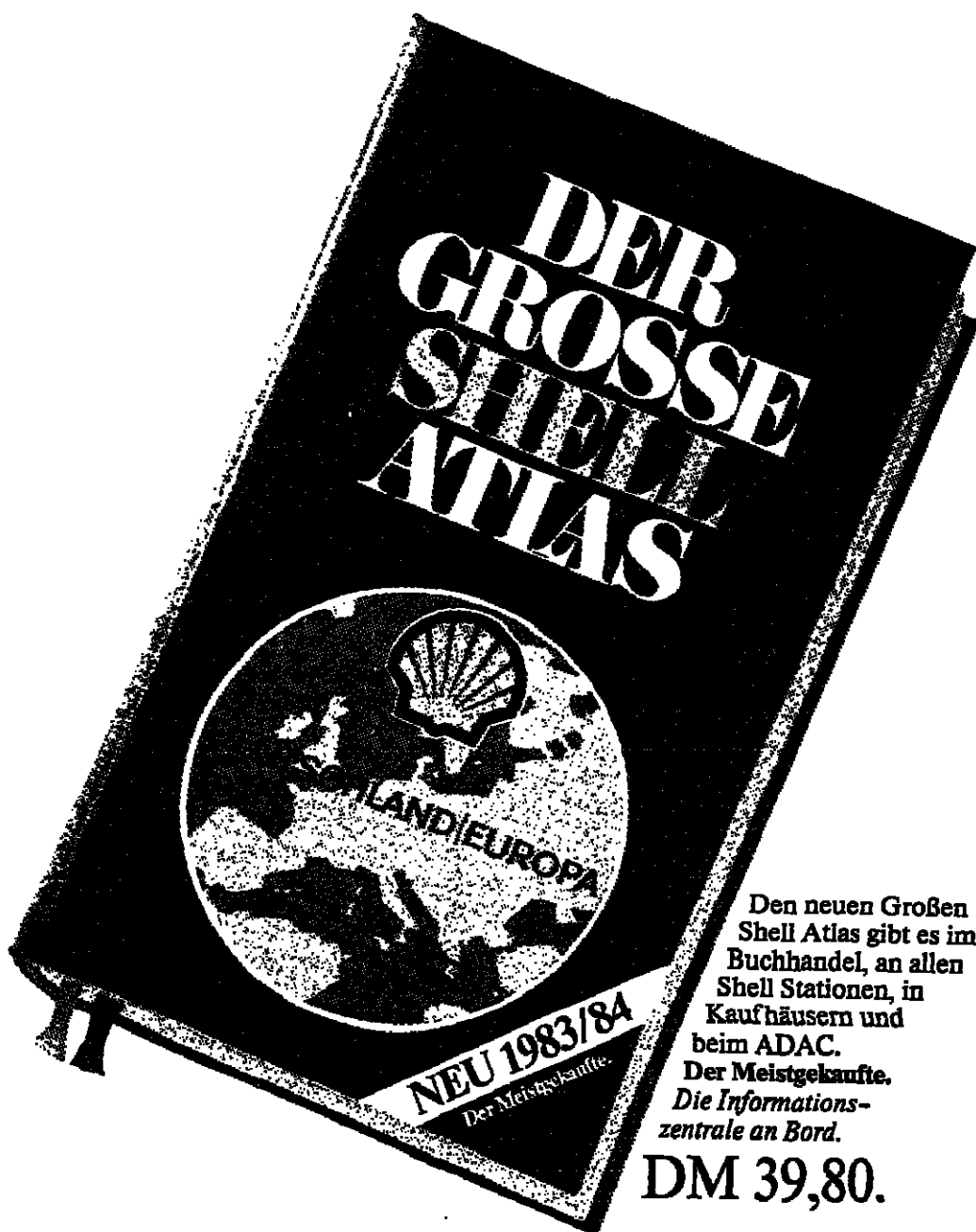
Größten praktischen Wert hat die von Indien forcierte Süd-Süd-Kooperation. Mit dem Konzept der „Eindeutigen Charta“ wird die Dritte Welt nach Ansicht westlicher Diplomaten mehr erreichen als durch Anklagen. Deshalb werden die Projekte einer Bank der Blockfreien und eines Technologie-Zentrums der Entwicklungsländer begrüßt.

Im Wirtschaftsausschuß der Gipfalkonferenz wird derzeit daran gearbeitet, ob die Beschlüsse verbindlichen Charakter erhalten sollen. Die Ölkstaaten sträuben sich gegen die Charta und wollen es mit Absichtserklärungen bewenden lassen.

Nach den indischen Vorstellungen sollen die ärmsten der ärmsten Länder ihren Energiebedarf zu Präferenzpreisen decken können und die Ölkstaaten ihre Überschüsse vorwiegend in der Dritten Welt investieren.

Zur mittelfristigen Lösung der Weltwirtschaftskrise drängt Indien bei den Blockfreien auf eine internationale Konferenz über Währung und Entwicklungshilfe, die eine radikale Reform des internationalen Finanzsystems zum Ziel haben soll. Dabei werden höhere Anforderungen an den Weltwirtschaftsfonds gestellt, stabile Rohstoffpreise gefordert, der Protektionismus verurteilt und eine Weltnahrungsreserve angestrebt.

Jetzt ganz neu und immer dabei.



Den neuen Großen Shell Atlas gibt es im Buchhandel, an allen Shell Stationen, in Kaufhäusern und beim ADAC. Der Meistgekauft. Die Informationszentrale an Bord. DM 39,80.

Legale Anträge in der gesamten Welt erledigen wir mit absoluter Zuverlässigkeit und Diskretion.
Telefon 38 411 / 0 48 62 - 14 60

Medizinstudienplätze
HUMAN-, ZAHN-, TIERMEDIZIN
an ausländischen staatlichen Universitäten zum 15. 9. 1983. Ausführliche Informationen anfordern über Postfach 10 57 66, 2800 Bremen 1

Rouge e noir
Das aktuelle Spieler-Magazin
Ab sofort im Zeitschriftenhandel

Gebraucht-Computer
• An- und Verkauf
• Beratung kostenlos
• Angebote unverbindlich
• Zustand sehr preisgünstig
• Ab-Schrott-Computer zur Ersatzteilgewinnung laufend gesucht
LARS GMBH, Tel.: 0 57 41 / 80 10
Postf. 1240, 4890 Löhbecke 1

MAKRO und Boxen
KNAUER-DRUCK
Tel.: 0 22 54 30 10 11
Postf. 1240, 4890 Löhbecke 1

Diesel-Stapler
6,3-t-Yale, Bj. 1982 (BKS)
Doppel-Luft-CSB-bereit, aller-
dings Zustand.
43 500 DM + MwSt.

50 weitere gebrauchte
Gabelstapler
1 bis 8 t, sofort ab Lager.
Gabelstapler-Finger-
GmbH,
Handelsstraße 6,
5632 Wermelskirchen,
Industriegebiet,
Tel.: (0 21 96) 10 68, T. 8 513 340

Gelegentlich: Bank-Konto-Kopierer
3100, 4000, 3600, 7000 preisw. abzug.
Anfragen unter 7 4711 an WELT-Verlag,
Postfach 10 06 64, 4300 Essen

Neue Fabrikhalle
zu verkaufen
1900 m², 70x24 m, 11 m Höhe, freie
Verwendung, 4 Tore 30 m, Komplett
mit Büro, Bad, Licht, Telefon, Freize-
ge, 675 000 DM.

Informations: Vaga Arup, C-straße 3,
19-1 Solihull, 1, Edgbaston, Birmingham,
England, PS 9 6 211 clous - e.

Ihre Spende kommt an
111 Post-
scheck-
Konto
Deutsche
Welthungerhilfe

THE WORLD ENVIRONMENT - die deutsche Übersetzung
des englischsprachigen Bestsellers liegt jetzt vor!

UMWELT- WELTWEIT

Bericht des Umweltprogramms
der Vereinten Nationen (UNEP)
1972-1982

Herausgeber:
Deutsche Stiftung für Umweltpolitik

712 Seiten, 186 Abbildungen und Tabellen, DIN A 5, kartoniert, DM 48,-,
ISBN 3 503 02190 6 - Beiträge zur Umweltgestaltung, Band A 88

Krieg ist die größte Umweltgefahr
- Eine Fliesenstadt von 32 Millionen?
- Alpträume 1985: 5 Millionen
Zentner Chemie? - Tausend
Tierarten sind bedroht - 15 Millionen
Hektar jährlicher Verlust?
- Der Wald stirbt immer schneller
- Ist die Wüste noch zu stoppen?
- Warum wurden 15 000 Seen
„sauer“? - Die Natur macht's uns
nicht leicht - Als die Erde bebte
... starben 242 000 Menschen

Antworten auf diese und viele andere Fragen gibt dieser umfassende Bericht. Er ist - 10 Jahre nach der Stockholmer UN-Konferenz vorgelegt - das Ergebnis interna-



tionaler Zusammenarbeit. Er gibt einen Überblick über die Umweltveränderungen, beleuchtet die Probleme, bewertet kritisch, aber vorsichtig erzielte Lösungen - dies alles auf der Grundlage einer ungeheuren Fülle von Fakten und Zahlenmaterial. Die in dem Bericht enthaltenen Informationen, Daten, Überlegungen dürfen und werden international und national nicht ohne Einfluß bleiben.

Mit der fachkundigen Übersetzung wird auch der deutschsprachige Öffentlichkeit dieses wichtige Informationswerkzeug zugänglich gemacht, welches das Nachschlagewerk zur weltweiten Umweltthematik ist!

Grundzüge des Umweltrechts

Herausgegeben von Jürgen Selzweid
(Arbeitskreis für Umweltrecht)
XVII, 786 Seiten, DIN A 5
kart., DM 63,-, ISBN 3 503 02142 6
geb., DM 75,-, ISBN 3 503 02165 5

Im Arbeitskreis für Umweltrecht sind Fachjuristen der verschiedenen Disziplinen seit Jahren darum bemüht, sich den Herausforderungen dieses Rechtsgebiets zu stellen. Sie legen mit diesem Grundriß ein Gemeinschaftswerk vor, welches die Eigengesetzlichkeit der einzelnen Materien ebenso verdeutlicht wie Anätze zu zusammenfassenden Lösungen.

BURHENNE Umweltrecht

Systematische Sammlung der
Rechtsvorschriften des Bundes
und der Länder
Herausgegeben von W. E. Burhenne
Ergänzende Ausgabe, 7630 Seiten, 17
Registerblätter, DIN A 5, einsch., 5
Spezialordern DM 186,-, Ergänzung
von Fall zu Fall, Seitenpreis ca.
DM 0,28

Wer in diesem Bereich fundiert arbeiten will, ist auf eine umfassende Sammlung des Bundes- und des Landesrechts angewiesen. Eine solche Sammlung liegt mit dem fünfbändigen Standardwerk Umweltrecht vor.

Umweltforschungs- katalog 1981 (UFOKAT '81)

Informations- und Dokumentations-
system Umwelt (UMPLIS)
Herausgegeben vom Umweltbundes-
amt

4. Ausgabe, XII, 1724 Seiten, DIN A 4,
kart., DM 79,-, ISBN 3 503 02188 4
Erfolgreicher Umweltschutz ist
nur möglich auf der Grundlage
eines reichhaltigen Umweltforschungs-
und -planungs-
Fundierte Informationen über Art,
Umfang und Inhalt der vielfältigen
Aktivitäten im Bereich der Umwelt-
forschung sind Voraussetzung für
zielgerichtete Maßnahmen.
Wer in Politik, Verwaltung und
Wirtschaft Entscheidungen zu fällen
oder vorzubereiten hat, findet
die wichtige Informationen im
Umweltforschungskatalog 1981
(UFOKAT '81).

In knapper und präziser Form werden
im UFOKAT '81 rund 4500 mit
öffentlichen Mitteln geförderte
oder im öffentlichen Auftrag
durchgeführte Umweltforschungs-
projekte dargestellt.

Neuerscheinung Recycling- Handbuch

Stand Herbst 1982
Herausgegeben vom Umweltbundes-
amt

X, 841 Seiten, Großdruck, kartoniert,
DM 49,-, ISBN 3 503 02193 7
Als Leitfaden zur Regenerierung
und Wiederverwertung industrieller
und kommunaler Rückstände
ist es sowohl für Firmen, bei denen
Rückstände anfallen, als auch Behörden
und Verwertern eine wichtige
Informationsquelle.

• Ausführliche Informationen
über das ESW-Umweltprogramm:
Erich Schmidt Verlag GmbH
Zweig Niederlage Bielefeld
Viktoriastraße 44a,
4800 Bielefeld 1

Erich Schmidt Verlag
Berlin · Bielefeld · München

„Multiple Sklerose Kranke dürfen
nicht länger im Schatten leben“

Multiple Sklerose ist eine Entmarkungs-Krankheit des Zentralnervensystems mit Lähmungserscheinungen unterschiedlichen Schwere-

grades, sowie Seh- und Hörstörungen.

Die MS-Krankheit kann jeden von uns treffen.

Die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft berät und betreut MS-Patienten und fördert die medizinische Forschung über diese rätselhafte Krankheit.

Ihre Spende hilft uns, den Kranken zu helfen.

Spendenkonto Nr. 313131
PSA Köln/Stadtparkasse München



Veronica Carstens,
Ärztin und Frau des
Bundespräsidenten,
Schirmherrin der
Deutschen Multiple
Sklerose
Gesellschaft

سكس انا انا

US-STAHLEINFUHR / Abkommen greift

Deutliche Bremsspur

H.A. SIEBERT, Washington
Deutlich sichtbar sind die Bremsspur, die das im Herbst zwischen den USA und der EG unterzeichnete Stahlabkommen ausgelöst hat. Nach Angaben des amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts in Washington sind die Lieferungen der Gemeinschaft im Januar auf 344.000 Tonnen geschrumpft, verglichen mit 410.000 im Dezember und 670.000 im Vorjahresmonat. Damit sanken die Importe aus Westeuropa innerhalb Jahresfrist um 39 Prozent.

Im Gesamtjahr 1982 haben die USA aus der EG 5,04 Millionen Tonnen Stahl bezogen, gegenüber 5,83 und 3,49 Millionen Tonnen in 1981 und 1980. Der Höchststand war 1978 mit 6,72 Millionen Tonnen erreicht worden. Im Oktober und November, also unmittelbar nach den langwierigen und streckenweise hitzigen Stahlverhandlungen, schickten die EG-Unternehmen 311.000 und 444.000 Tonnen über den Atlantik.

Insgesamt führten die Vereinigten Staaten im Januar 988.000 Tonnen ein, verglichen mit 981.000 im

Dezember und 1,77 Millionen Tonnen im Januar 1982. Der Rückgang betrug mithin 44 Prozent. Im vergangenen Jahr kauften die USA 14,99 (1981: 17,91) Millionen Tonnen Stahl im Ausland. 1978 stellten sie mit 19,02 Millionen Tonnen einen Importrekord auf.

Die japanischen Lieferungen haben sich ebenfalls abgeschwächt. Sie schlugen im Januar mit 240.000 Tonnen zu Buch, gegenüber 246.000 im Dezember und 523.000 im Vorjahresmonat. Hier erreichte das Minus 54 Prozent. 1982 exportierte Japan 4,67 (1981: 5,59) Millionen Tonnen Stahl nach Amerika. Die größte Menge in den vergangenen acht Jahren wurde 1977 mit 7,04 Millionen Tonnen registriert.

Im Januar deckten die ausländischen Hersteller 19,9 Prozent des Stahlangebots in den USA, 1982 waren es im Durchschnitt 22,4 Prozent. Bei einer Ablieferung von 4,05 Millionen Tonnen haben die US-Stahlkonzerne im Januar selber 86.000 Tonnen aus dem Ausland bezogen. Die Verschiffungen 53,80 (1981: 78,31) Millionen Tonnen und ihre Exporte 1,66 (2,61) Millionen Tonnen.

MILCH / AgV: EG-Produktion um 25 Prozent zu hoch

Die Krise spitzt sich zu

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Die EG-Milchkrise spitzt sich zu. Nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) liegt dies daran, daß die Grundsätze sozialer Marktwirtschaft in diesem Bereich mehr und mehr suspendiert wurden: „statt dessen wurde mit dringenden Alternativen experimentiert und an Symptomen herumgepfuscht“.

Immerhin: Der Butter-Berg werde bis zum Jahresende auf 600.000 Tonnen ansteigen, eine Höhe, die die Milchpulver-Halbe bereits jetzt erreicht hat. Die Produktion von Milch liegt um 20 Prozent nach Angaben der EG-Kommission über dem Verbrauch. Die AgV meint sogar um 25 Prozent, wenn die zahllosen Maßnahmen zur Subventionierung des Absatzes berücksichtigt werden.

Die Belastungen für die EG-Steuerzahler werden in diesem Jahr auf 20 Milliarden Mark veranschlagt. Die zehn Milliarden Mark, die von der EG-Kommission im Etatentwurf eingeplant wurden, dürften nicht reichen. Die AgV rechnet mit zwölf Milliarden, wozu noch mindestens acht Milliarden an nationalen Subventionen kämen. Die deutschen Steuerzahler

würden mit rund fünf Milliarden belastet. Dabei sei die Last überhöht, die für die EG auf mindestens 15 Milliarden und für die Bundesrepublik auf 2,5 Milliarden Mark veranschlagt werden, noch nicht berücksichtigt.

„Die jüngsten Bemühungen Brüssels um verbilligte Butterverkäufe an die Sowjets offenbaren das ganze Ausmaß der Misere“, schreibt die AgV. Der Subventionen-Berg der EG-Kommission ist im Vergleich mit dem Weltmarkt ein riesiges Ungeheuer. So sei es gelungen, 50.000 Tonnen Butter mit einem Zuschuß von vier Mark pro Kilo an die Sowjets zu verkaufen, wäre das ein „Verlustgeschäft“ von 200 Millionen Mark.

Mehr als 80 Prozent der jährlichen Milchpulverproduktion der EG von mehr als zwei Millionen Tonnen müßten „entweder zum halben Preis auf dem Weltmarkt vermarktet oder aber mit zum Teil noch höheren Subventionen verflüssigt werden“. Nach Angaben der AgV muß bei der gegenwärtigen Produktion der Steuerzahler 2,40 Mark je Kilo bei einem Warenwert von 3,30 Mark zuschießen, „um dies hochwertige Eiweiß in die Schweinebäuche zu leiten“.

TOURISMUSBÖRSE / Veranstalter klagen über starke Zurückhaltung der Kunden

Realität läßt Urlaubsträume platzen

GERD BRÜGGEMANN, Berlin
Im Winter 1983 hat die schlechte Konjunkturlage offenbar auch die Reise-Industrie erreicht. Auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin klagen die Reiseveranstalter übereinstimmend über eine starke Zurückhaltung der Kunden. Dieses Verhalten findet eine Bestätigung in der Reise-Analyse, die der Studienkreis für Tourismus jetzt in Berlin vorgestellt hat. In dieser Untersuchung, die auf der Basis von 6000 Befragungen inzwischen zum 13. Mal durchgeführt worden ist, wird auch die Frage nach den Reiseabsichten von 1983 gestellt. Der Studienkreis weist dabei darauf hin, daß hier Absichten erfragt werden, die nicht mit Prognosen verwechselt werden dürfen. Bei der Bewertung sei wichtig, daß man sich die wirtschaftliche und politische Situation vor Augen halte, wie sie sich im Januar 1983 zum Zeitpunkt der Befragung darstellte.

Aus den Antworten geht hervor, daß nur noch 43,8 Prozent der erwachsenen Bevölkerung zur Urlaubsreise in diesem Jahr positiv eingestellt sind. 1981 waren es noch 51,7 und im vergangenen

Jahr 45,6 Prozent gewesen. Die Zahl derjenigen, die zur Reise negativ eingestellt sind, hat sich auf 32,3 (28,8) Prozent erhöht. Sehr hoch ist die Zahl der Unsicheren mit 24 (25) Prozent. 1981 waren es nur 13,9 Prozent gewesen.

Diese Einstellungen hatten sich im Reiseverhalten 1983 schon angedeutet. Die Reise-Intensität, ausgedrückt durch den Anteil der Bevölkerung, die eine oder mehrere Urlaubsreisen gemacht hat, ist von seinem Höhepunkt, der 1980 mit 57,7 Prozent erreicht war, inzwischen auf 55 (55,9) Prozent gefallen. Das sind 26,3 (26,6) Millionen Menschen.

Interessant ist, daß der langjährige Trend zum Auslandsurlaub offenbar sein Ende gefunden hat, obwohl der Anteil der Urlauber, die ihre Ferien jenseits der deutschen Grenzen verbringen, mit 60,8 (61,3) Prozent immer noch sehr hoch war. Für das Inland entschieden sich 1982 38,6 (36) Prozent. Urlaub in der „DDR“ machten nur noch 0,6 (2,3) Prozent. Bei den inländischen Reisezielen liegt Bayern auf 11 (12) Prozent unangefochten an der Spitze vor Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Bei den

ausländischen Zielen konnten sich nach dieser Analyse Italien und Spanien vor den langjährigen Spitzenreitern Österreich setzen.

Unter den Verkehrsmitteln, die für die Ferienreise genutzt werden, liegt das Auto weiterhin mit 58,9 (59,9) Prozent weit vorn. Die Eisenbahn und das Flugzeug hatten mit 14,4 (15,9) und 15,7 (16,1) Prozent ihre Anteile aus dem Vorjahr nicht halten können. Im Gegensatz zu diesem Jahr, in dem die Reiseveranstalter bisher starke Buchungsrückgänge melden, konnten sie im Vorjahr trotz verringerter Reise-Intensität ihren Anteil am Urlaubsgeschäft von 25,4 auf 26,3 Prozent erhöhen.

Zum Fragenkatalog des Studienkreises gehörten diesmal, wie auch schon 1980 einmal, die Konsumprioritäten. Dabei stellte sich heraus, daß bei denjenigen, die zur Urlaubsreise positiv eingestellt sind, die Ferien den dritten Rang hinter Wohnen und Essen und Trinken einnehmen. Bei den Befragten insgesamt dagegen fällt der Stellenwert der Urlaubsreise auf Rang 7 zurück. Gegenüber der Befragung 1980 gibt es dabei in der Einstellung keine Veränderung.

Australien wertet um zehn Prozent ab

dpa/VWD, Canberra/Washington
Australiens neue Labor-Regierung hat den australischen Dollar um zehn Prozent abgewertet, um die Kapitalflucht zu stoppen und die Wettbewerbsposition der Wirtschaft zu stärken. Neuseeland schloß sich sofort an und wertete den neuseeländischen Dollar um sechs Prozent ab, um nach den Worten von Premierminister Robert Muldoon „die Handelsparität“ mit Australien aufrechtzuerhalten.

Die Zentralbank in Canberra gab bekannt, daß der Wechselkurs des australischen Dollars gegenüber dem amerikanischen Dollar auf 86,5 US-Cent festgesetzt werde, bisher waren es 95 Cent. Finanzkreise wiesen darauf hin, daß die Abwertung die Folge einer starken Kapitalflucht während der vergangenen vier Wochen sei. Schätzungsweise 2,5 bis drei Milliarden australische Dollar sollen das Land verlassen haben, seit der bisherige Premierminister Malcolm Fraser am 3. Februar Neuwahlen angekündigt hat.

Von der Abwertung verspricht sich die neue Regierung unter der Leitung von Bob Hawke eine Steigerung der Exporte und damit eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

Brasilien zieht Gesuch zurück

rtv/VWD, Basel/Sao Paulo
Brasilien hat sein Gesuch um eine Fristverlängerung für die Rückzahlung eines Kredits der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zurückgezogen. Das verlaute zu Zentralbankkreisen. Die BIZ hatte dem Land im Dezember 1982 einen Überbrückungskredit von 1,2 Milliarden Dollar eingeräumt. Der brasilianische Zentralbankpräsident Carlos Langoni hatte letzte Woche erklärt, daß sein Land die Rückzahlung der ersten Kreditrate von insgesamt 400 Millionen Dollar um drei Monate bis Juni aufchieben möchte. Brasilien soll nach Angaben der gleichen Quelle bereit sein, den fälligen Betrag auf den 15. März zurückzuzahlen.

Dem Internationalen Währungsfond (IWF) gegebene Zusagen hat Brasilien abgeschwächt. Zu Jahresbeginn hatte das Land in einem „Letter of Intent“ versprochen, eine restriktive Politik zu betreiben. In einer Ergänzung vom 24. Februar, die erst jetzt veröffentlicht wurde, revidiert die Regierung ihr Versprechen zur Begrenzung des Budgetdefizits, hebt die Obergrenze der geplanten Mittelaufnahme der öffentlichen Hand an und korrigiert ihre Inflationsprognose für 1983 nach oben.

Daimler freut sich über Mittelklasse

nl, Stuttgart
Daimler-Benz erwartet für das Jahr 1988 eine Steigerung seiner Fließ-Produktion auf über 400.000 (1982: 458.000) Fahrzeuge. Darunter werden rund 105.000 Einheiten des gegen Ende letzten Jahres neu auf den Markt gekommenen Kompaktsmodells 190/190 E sein.

Die vorhandene Produktionsmenge wird sich erst lösen, wenn Ende 1983/Anfang 1984 die 190er-Kapazitäten des Werks Bremen zugeschaltet werden können. Wie Bernd Gottschalk, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Daimler-Benz AG, anlässlich des Genfer Automobilkongresses weiter mitteilte, sind die mit der Markteinführung des 190er verbundenen hohen Erwartungen des Unternehmens noch überboten worden.

Eine erfreuliche Auftragsentwicklung kennzeichnet auch die Mittelklasse. Die Auftragslage gebekeinen Anlaß, den vorgesehenen Absatzzuwachs in dieser Klasse zu vermindern. „Große Freude“ bereite auch die Nachfrage nach Fahrzeugen der S-Klasse sowie den SEC- und SL-Modellen. Hier plane Daimler-Benz, die hohe Vorjahresproduktion von 105.000 Einheiten in diesem Jahr nochmals zu steigern.

AEG-GLÄUBIGERVERSAMMLUNG

Das Ergebnis steht fest

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Wenn sich die Gläubiger der AEG - erwartet werden nur noch knapp 1000 - heute um 9 Uhr in Frankfurts Festhalle versammeln, dann ist eigentlich schon alles gelaufen. Wilhelm Schaff, Vergleichsverwalter der AEG-Faktoren seit August 1982, hat schon in der Hand was er braucht, um weiterzumachen: die Zustimmung von 99 Prozent der Gläubiger (nötig sind 50 Prozent) und von 95 Prozent des Forderungsvolumens (Minimum für die Vergleichsfortsetzung: 80 Prozent).

Das ist nur scheinbar ein Zaubertrick. Denn schon mit der Zustimmung der Gläubigerbanken und des Pensions-Sicherungs-Vereins war der Vergleich abgesegnet. Beide zusammen hatten weit mehr als 80 Prozent der Forderungen, und da die etwa 60.000 Pensionäre und Pensionsanwärter, die der Verein vertritt, bei der Abstimmung als Einzelgläubiger gezählt werden, ist auch die Kopfzahl-Grenze weit übertraffen.

Das um so sicherer, als sich die Zahl der Lieferanten, die möglicherweise opponieren könnten, schon erheblich reduziert hat.

10.000 Kleingläubiger mit Forderungen bis zu 10.000 Mark werden ohnehin voll befriedigt, weitere haben ihre höheren Ansprüche auf 10.000 Mark reduziert und sind damit ebenfalls „ausgezahlt“.

Was sich heute in der Festhalle unter striktem Ausschluss der Öffentlichkeit abspielt, ist also mehr ein Spektakel für einige wenige, deren Unmut zu artikulieren oder auch nur die eigene Meinung zu bekräftigen.

Am Gang der Geschehnisse hat die Versammlung nichts mehr zu tun. Dennoch hat man sich dem Vergleichsgericht und auch bei der AEG auf eine möglicherweise schwierige Prozedur einlassen müssen. Die Vergleichsrichter, die die Vergleichsbedingungen aufstellen und des Vorstandsprechenden Heinz Dürr auf dem Plan. Ob es schon morgen oder vielleicht erst am Freitag zur abschließenden Abstimmung kommen kann, wird von der Diskussionsfreudigkeit der Gläubiger abhängen.

EG / Türkische Textilimporte beschränkt

Kommission zieht Notbremse

WILHELM HADLER, Brüssel
Eine einseitige Beschränkung der Textilimporte aus der Türkei hat die Europäische Gemeinschaft vorgenommen. Sie antwortete damit gestern auf die hartnäckige Weigerung Ankaras, wie die übrigen Lieferanten, ein bilaterales Textilverständnis mit der EG abzuschließen.

Vor allem die britische Regierung hatte auf die Anrufung der im Assoziierungsabkommen EG/Türkei vorgesehene Schutzklausel gedrängt. Sie klagt seit langem über sprunghaft steigende Einfuhren aus der Türkei. Den Ausschlag gab indes die negative Entscheidung der Türkei auf das Ersuchen der EG zur Einberufung von Konsultationen auf Botschaftebene. Ankara verweigert eine Beteiligung der Außenminister.

Die Importrestriktionen betreffen Baumwollstoffe und T-Shirts. Bis zum 15. Juli wird die EG da-

nach nur noch 1200-Tonnen-Raumwollstoffe (davon 350 t in die Bundesrepublik und 3,6 Millionen T-Shirts (1,8 Millionen) einführen. Die Notbremse mußte nach Meinung der Kommission gezogen werden, da die Türkei den europäischen Markt in jüngster Zeit ganz zu überschwemmen begann. So erreichten die Importe von Baumwollstoffen nach den wachsenden Einfuhrdokumenten in den ersten sechs Wochen 1988 bereits 30 Prozent der Gesamtmenge des Jahres 1982, die von T-Shirts sogar 125 Prozent.

Ankara pocht statt dessen auf der Einhaltung der im Assoziierungsvertrag vereinbarten Möglichkeiten des gewerblichen Warenverkehrs. Es hat als Antwort auf die früheren Beschränkungen der europäischen Textilimporte bereits eine 15prozentige Einfuhrquote auf Eisen- und Stahlwaren aus der EG verhängt.

JUGOSLAWIEN / Ausführen in die EG gesteigert

Projekte für Kooperation

WILHELM HADLER, Brüssel
Konkrete Projekte für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit wollen Unternehmer und Bankiers aus den EG-Ländern in den nächsten Tagen mit Vertretern der jugoslawischen Industrie in Belgrad erörtern. Anlaß ist eine gemeinsame von der EG-Kommission und der jugoslawischen Regierung vorbereitete „Businessweek“, die von EG-Präsident Helmut Haferkamp eröffnet wurde.

Nach Angaben der Brüsseler Behörde geht es um 190 präzise Kooperationsvorhaben, vor allem im Bereich der Werkzeugmaschinenindustrie, der Elektronik, des Maschinenbaus, der Nahrungsmittelindustrie und des Bergbaus. Die Gemeinschaft ist durch Wirtschaftsexperten aus Italien, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik vertreten.

Die seit mehreren Jahren geplante Veranstaltung soll dem Kooperationsabkommen EG-Jugosla-

wien konkreten Inhalt geben, die bereits 1980 unterzeichnet wurden. Wegen Verzögerungen bei der parlamentarischen Ratifizierung doch erst am 1. April dieses Jahres in Kraft treten kann. Die Gemeinschaft wird damit zugleich zum ersten Mal als Mittler zwischen Unternehmen in Europa aktiv.

Der Handels- und Kooperationsabkommen ist bereits vorzeitig in Kraft getreten. Er sichert gewerblichen Exporten Jugoslawiens grundsätzlich zollfreien Zugang zum Gemeinsamen Markt. Wie Haferkamp in Belgrad mitteilte, hat Jugoslawien seine Ausfuhr in die EG 1982 trotz der Wirtschaftskrise um ein Viertel steigern können. Das Handelsabkommen gestattet gegenüber der Gemeinschaft ermäßigte Zölle in den ersten zehn Monaten um ein Drittel, in den Jahren 1970 und 1981 gelang es, 2 Prozent zu steigern. Es steht heute unter den Handelspartnern der EG auf dem 14. Platz.

NAMEN

Dr. Lambert Laumanns, Inhaber der Gebr. Laumanns GmbH & Co. KG, Ziegelwerke, Breggen/Niederrhein, vollendet heute das 80. Lebensjahr.

Dieter Baader, Leiter der Hauptabteilung Gruppen-Vertrieb in der August Oetker KG, Bielefeld, wurde 60 Jahre alt.

Urs Scherrer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Ernst Leitz Wetzlar GmbH, übernimmt zusätzlich die Gesamtleitung der Wild-Leitz-Gruppe. Thomas Schmidtke, Mitglied des Verwaltungsrats, wurde als Nachfolger von Dr. Max Schmidtke zum Präsidenten und Jacob Schmidtke, Mitglied des Verwaltungsrats, zum Vizepräsidenten des Verwaltungsrats der Wild Heerbrugg AG gewählt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Baden-Baden: Müller Baumunternehmung GmbH, Ottentweier; Beckmann Nachf. & Co. Franziska Fanny Völlrich geb. Stockbauer, Alben; Berlin-Charlottenburg: Steinhilber GmbH; Darmstadt: Inge Wilhelm; Düsseldorf: Codina Software GmbH; Nachf. d. Karl Heinz Josef Seitzel, Gastwirt; Communications Systems GmbH; Priesnitz Baumunternehmung GmbH; Hamm: Hermann Richter Baukumperei u. Sanitär Anlagen GmbH; Hamburg (Bau): Thelen Zimmermeister; Hildesheim: Hildebrandt Nachf. d. Heinrich Blom, Tecklenburg; Mecklenburg: a) novo-front-elemente GmbH, Obersum-Wiltschach; b) + wood-Design GmbH, Leinhardt; Albin Oetzel GmbH & Co. KG, Gernburg; d) Gumburger Möbel GmbH, Gernburg; e)

Grundstücksverwaltungs GmbH, Hardheim; f) Gebr. Bermayer Innenausbau u. moderne Möbel, Hardheim; g) DEKO Grundstücksverwaltungs GmbH & Co., Leinhardt KG, Frankfurt; h) Söfft und Bermayer, Architekturbüro, Walldorf; i) Bertram Bermayer, Architekt u. Kaufmann, Hardheim; j) Architekturbüro genannt Atelier Meyer, Hardheim; k) Einkaufszentrum ERFA-Parc, Hardheim; Karl Welterauer, Banting, Elz-Nockarburken, Alleenh. e. Tiefbauunternehmens, Beckinghausen; Heinz Kriak, Kaufmann, Banting; l) Kriak Bauges. mH, Herten-Westerloh; N. Gensburg; Nachf. d. Siegfried Strasser; Nemescheld; Josef Jung GmbH & Co. KG, Solingen; n) Schwabach Hall; Fertigungstechnik Fischer GmbH, Neuen-

stein; Bellingstadt: Viatron Elektrotechnik-Service GmbH, Rodgau; o) W. OPL, Heide Schultes, Kaufmann; Wiesbaden: City Photo Handels GmbH Rhein-Main-Kraftstoff Mineralölwerke des Gärtners KG.

Vergleich eröffnet: Mainz: Otto Welter, Int. d. Willy Welter, Breggen/Niederrhein.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Achenbach, Architekt, des Josef Breyer; Manteuffel & Co. Mineralölwerke; a) W. Stock, Bauges. u. Verwaltungen mH, Banting; b) Betonwerk Hot Banting GmbH; Karlhorst Kammerer GmbH; Köln: Markisen - Hertel KG.

ITALIEN / Über Kapazitätsabbau beim Stahl mit der EG einig

Vorerst nur Privatindustrie betroffen

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Die italienische Regierung und die EG-Kommission haben sich über die Beschneidung der Walzkapazitäten in der privaten Stahlindustrie geeinigt. Über die von der Kommission ebenfalls geforderte Stilllegung von Walzkapazitäten im staatlichen Teil der Stahlindustrie finden am 17. und 18. März in Rom Expertengespräche statt.

Spätestens zwei Wochen später wird dann die staatliche Bereichsholding für die Stahlindustrie, Finisider, der Kommission die Endfassung des neuen Stahlplans vorlegen. Vorgesetzt ist, im staatlichen Bereich insgesamt rund 2,4 Millionen Tonnen Kapazität zu streichen oder befristet auf Eis zu legen.

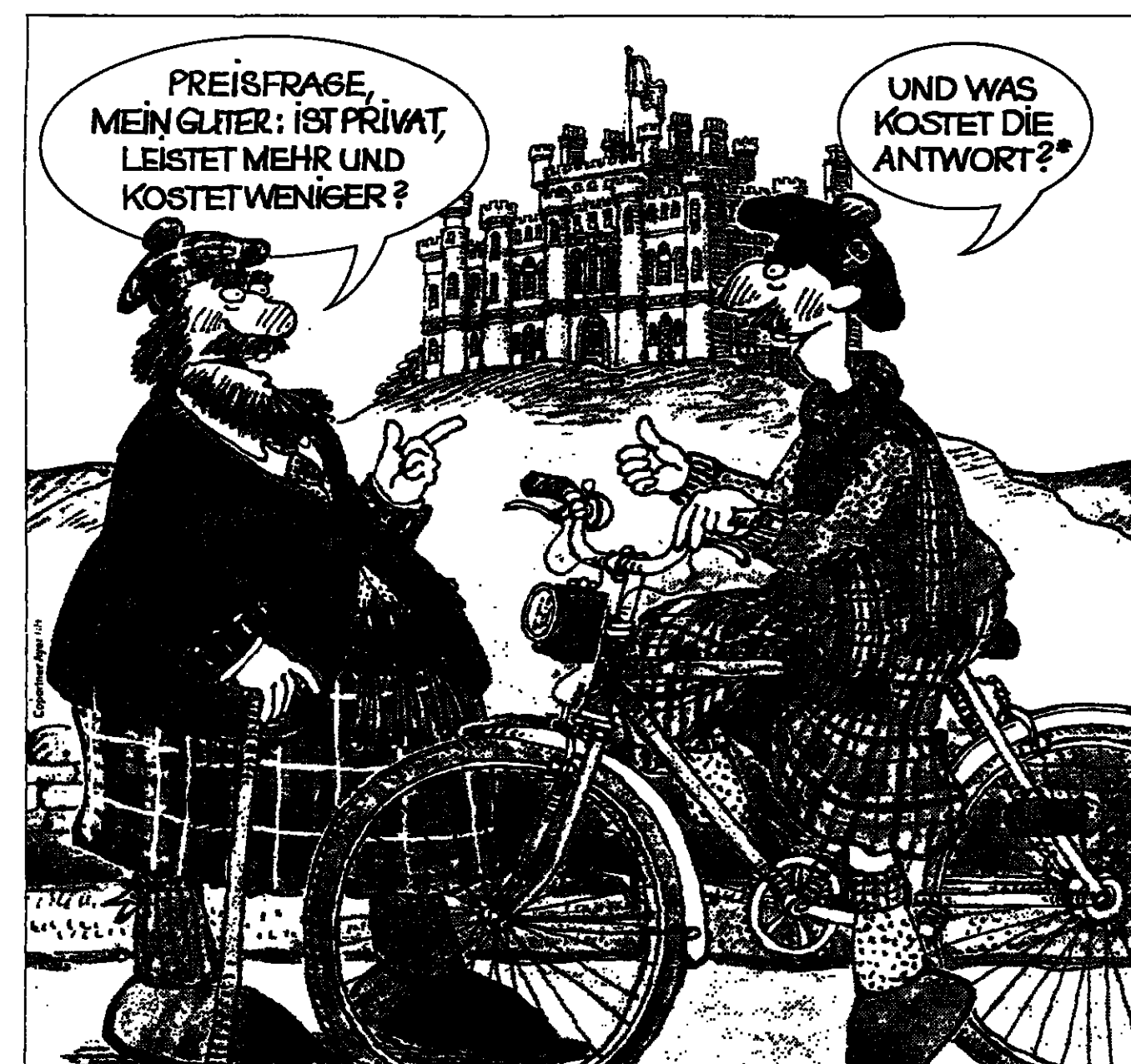
Das ist weniger als die Kommission bisher gefordert hat. Nach wie vor weigert sich aber der sozialistische Staatsbeteiligungsminister Gianni de Michelis, die neueren Anlagen einzubeziehen. Erbitterten Widerstand gegen zusätzliche Personalreduzierungen haben

auch die Gewerkschaften angekündigt. Im Unterschied zur Kommission, die im staatlichen Bereich den Abbau von großen Kapazitätsblöcken vorgeschlagen hat, ist die italienische Regierung bisher nur zu möglichst weit gestreuten und marginalen Streichungen bereit. Der Widerstand der Italiener gegenüber diesen Eingriffen ist vor allem mit der Tatsache, daß Italien bei Flachstählen Nettoimporteur (bei Stahlschienen Nettoexporteur) ist.

In diesem Zusammenhang ist auch die italienische Sorge groß, daß im Falle einer Konzentration der westdeutschen Stahlindustrie in zwei Großkonzernen der Exportdruck aus der Bundesrepublik könnte als bisher. Zusätzliche Gefahren wittert man in der Möglichkeit, daß sich bei nicht mehr weiter steigendem Bedarf des westdeutschen Marktes die Benelux-Stahlwerke verstärkt in Richtung Italien orientieren.

In der privaten Stahlindustrie hingegen sieht die italienische Industrieministerium und die Kommission zur Stilllegung von 2,6 Millionen Tonnen Walzkapazitäten. Das entspricht etwa 16 Prozent der vorhandenen Leistungsfähigkeit. Diese Zahl bezieht sich auf 46 Firmen, die bereits EG-Stilllegungsgeldern beantragt haben. Über weitere 0,5 Millionen Tonnen wird noch verhandelt. In diesem Fall geht es um die 12 privaten Kleinstahlwerke, die entweder bereits unter gerichtlicher Kontrolle (einer Vorstufe des Konkurses) oder vor dem Konkurs selbst stehen.

Ursprünglich wollte die italienische Regierung die EG-Auflagen überhaupt nur auf Stilllegungen im privaten Bereich beschränken. Dem hartnäckigen Drängen der EG-Kommission, die Stilllegungen auch in der öffentlichen Hand zu veranlassen, hat sich die Regierung am Ende 1981 vorgegeben. Finisider-Plan zu genehmigen, daß es jedoch zum Abschluß der Kapazitätskürzungen ins Auge gefaßt werden.



Dachten Sie auch bis heute, Sie könnten sich keine private Krankenversicherung leisten?

Mit der NOVA sind Sie Privat-Patient. Sie bestimmen auch das Krankenhaus und den behandelnden Arzt. Außerdem, ob Sie lieber allein, zu zweit oder im Mehrbettzimmer liegen. Die NOVA erstattet die Kosten je nach Tarif bis zu 100%, beim Zahnarzt bis zu 80%. Und sie bezahlt Ihnen ein Tagegeld zur Einkommenssicherung bei Arbeitsunfähigkeit.

Sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen beanspruchen, erhalten Sie als Vollversicherter eine erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung. Seit 1980 jährlich drei Monatsbeiträge. Und wenn Sie nun glauben, Sie können sich das nicht leisten, dann lassen Sie sich von uns das Gegenteil ausrechnen. Die NOVA Krankenversicherung ist privat, leistet mehr und kostet weniger als Sie denken. NOVA. Die Sicherheit persönlich.

* Die Antwort kostet eine 60 Pfennig Briefmarke, die Sie auf eine Postkarte kleben und senden an: NOVA Versicherungen, Kapstadt 8, 2000 Hamburg 60, Telefon 040/6 37 31

Name: _____ Straße: _____ W 7
Ort: _____ Telefon: _____

NOVA
VERSICHERUNGEN

Handwritten signature: *Handwritten signature*

ARMANINDUSTRIE / Starker Anstieg der Aufwendungen für Forschung

Lehr Geld für weniger neue Arzneien

Ähnlich hoch wie in der Bundesrepublik sind die Forschungsaufwendungen der japanischen Pharmazeutischen Industrie mit 200 Mrd. Yen (rund 2 Mrd. DM), die für 1980 (neue Zahlen liegen nicht vor) genannten Zahl. Nur, die Japaner lassen für diesen Betrag mehr als 18 000 Mitarbeiter forschen, in der Bundesrepublik sind es gerade 11 000 Mitarbeiter im Bereich Forschung und Entwicklung.

Trotzdem liegen die deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich nicht schlecht, wie ein Blick in die Lizenzbilanz zeigt (Zahlen von 1980): Die deutschen Pharma-Unternehmen erzielen bei den Lizenzaufwendungen einen Überschuss gegenüber dem Ausland von fast 81 Mill. DM.

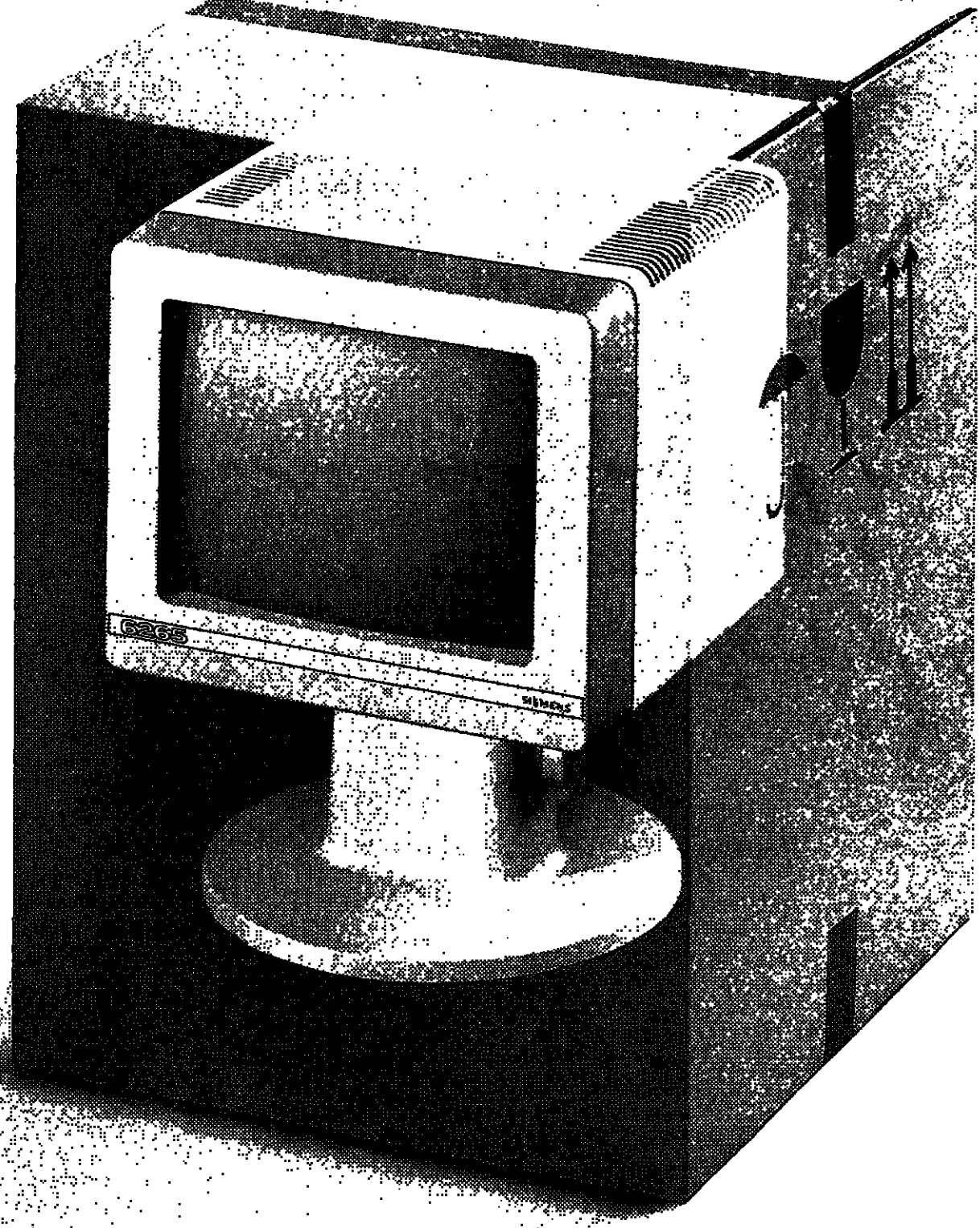
Daß die Bilanz schließlich doch einen Negativsaldo von 30 Mill. DM aufweist, liegt daran, daß die in der Bundesrepublik tätigen ausländischen Pharma-Unternehmen offenbar kräftig Lizenzgebühren an ihre Mütter im Ausland zahlen müssen. Ihr Negativsaldo in Sachen Lizenzen summierte sich 1980 auf rund 113 Mill. DM.

An den in den 20 Jahren bis 1980 gefundenen 1498 neuen Wirkstoffen war die Bundesrepublik mit 201 Arzneistoffen beteiligt und rangiert damit auf Platz drei hinter den USA (353) und Frankreich (217). Gewichtet man die Firmengruppen nach der Zahl ihrer neuen Wirkstoffe, so nimmt der deutsch-französische Konzern Hoechst-Roussel mit 50 neuen Wirkstoffen den Platz eins ein; auf Platz sechs dieser Rangliste steht Boehringer Ingelheim (mit 38 neuen Stoffen), gefolgt von Bayer (35); auf Platz 13 rangiert Schering mit 22 neuen Wirkstoffen.

Insgesamt macht eine Erhebung von Erika Reis-Ardit (Boehringer Ingelheim) 26 innovative deutsche Unternehmen aus (die aber von Jahr zu Jahr trotz steigender Aufwendungen weniger Substanzen finden); in den USA forschen 48 Firmen oder -gruppen intensiv, in Frankreich sind es 46, in Japan 41, und auch Italien weist noch 34 forschende Unternehmen aus, die allerdings nur 119 in den 1498 neuen Wirkstoffen beitrugen.

SIEMENS

Das Sicherheitspaket



Das Sicherheitspaket – für die sichere Entscheidung

Wer Computerleistung an den Arbeitsplatz bringen will, findet leicht attraktive Teilösungen. Wer jedoch eine sichere Entscheidung fällen will, braucht einen Partner, der die ganze Lösung bietet – das Sicherheitspaket.

Drei Faktoren sind es, die das Sicherheitspaket ausmachen und die Entscheidung für dezentrale Datenverarbeitung

mit Bürocomputern von Siemens sicher machen.

Die Hardware. Die Bürocomputer des Basis-Datensystems 6-000 werden auf der Erfahrung von 18.000 installierten Büro- und Minicomputern ständig weiterentwickelt.

Die Systemsoftware. Mit AMBOSS 3 können umfangreiche Mehrplatzanwendungen und Minicomputer in der Fertigungsautomatisierung sprechen für anerkannte Technik und hohe Qualität. Wenn Sie weitere Informationen wünschen, schreiben Sie an: Siemens AG, Infoservice, E35, Postfach 156, 8510 Fürth.

aller Aufgaben der dezentralen Datenverarbeitung.

Die Beratung und Wartung. Unsere Teams sind immer in Ihrer Nähe und jederzeit für Sie erreichbar.

Über 18.000 von uns installierte Bürocomputer in der dezentralen Datenverarbeitung und Minicomputer in der Fertigungsautomatisierung sprechen für anerkannte Technik und hohe Qualität. Wenn Sie weitere Informationen wünschen, schreiben Sie an: Siemens AG, Infoservice, E35, Postfach 156, 8510 Fürth.

Dezentrale Datenverarbeitung mit Bürocomputern von Siemens

beschränkt IER / Inlandseinbruch von 20 Prozent

Notpassung beizeiten

nach nur noch 1200... Wb. Frankfurt (FWD) – Die Aktiäre Deutsche Hypothekendarlehenbank (DHD) sollen für 1982 durch Vorjahresdividende bereits 1980 unter 100 DM-Aktie erhalten. Diesem Vorjahresergebnis von 2,50 DM (1980: 1,85 DM) steht das Ergebnis von 1981 gegenüber. Die DHD hat im Konzern knapp 13 Millionen DM verdient. Damit ist es gelungen, die Dividende auf 100 DM zu erhöhen, was die Aktionäre sehr freuen wird. Die DHD ist eine der größten deutschen Hypothekendarlehenbanken. Sie hat im Jahr 1981 einen Umsatz von 1,1 Milliarden DM erzielt. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Höhere Bürgschaft für Hanomag?

Die Neubau-Finanzierung der Hanomag GmbH in Hannover scheint noch immer nicht gesichert. Das zur Meiner Bauernmaschinengruppe (BM) gehörende Unternehmen strebt offenkundig eine Erhöhung der Landesbürgschaft an. In Aussicht gestellten Bürgschaft von bisher 40 Mill. DM auf 60 Mill. DM an. Eine Entscheidung zu diesem Antrag wird der Landesregierung Ende März treffen, heißt es. BM-Chef Horst-Dieter Esch will im Rahmen der Münchner Baumaschinen-Messe am 9. April das Hanomag-Konzept erläutern. Nach bisherigen Darstellungen belaufen sich die Kosten für die erste Baustufe auf 160 Mill. DM. Knapp die Hälfte davon wird durch Hilfen der öffentlichen Hände finanziert. Die restlichen 85 Mill. DM wurden größtenteils durch die Landesbürgschaft abgedeckt. Die beteiligten Banken drängen auf diese stärkere Risikoabsicherung.

Apetito sichert Marktposition

HERBERT KLAR, Düsseldorf – Die schlechte Konjunkturlage hat auch auf dem Wachstumsmarkt Tiefkühlkost Spuren hinterlassen. Obwohl die Wirtschaftlichkeit des Tiefkühlens voll anerkannt sei, sei im Bereich der Betriebsverpflegung derzeit eine gewisse Investitionszurückhaltung zu spüren, teilt die Apetito-Karl Dusterberg GmbH & Co. KG, Rheine, mit. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, die Kürzung von Arbeitgeberanteilen und die Streichung von Essenszuschüssen bei Behörden und Kommunen in einigen Bundesländern zeigen negative Auswirkungen.

Dennoch konnte Apetito, ältestes Unternehmen der Tiefkühlkostbranche, das in diesem Jahr 25-jähriges Firmenjubiläum feiert, seinen Gesamtumsatz nominell um 12 Prozent auf 83 (73) Mill. DM steigern. Das gesteckte Umsatzziel sei damit knapp erreicht. Zum Ertrag ließ sich Dusterberg keine Zahlen entlocken, er dürfte jedoch ähnlich wie 1981 bei 3 bis 3 Prozent nach Steuern liegen.

Seine führende Stellung im Bereich „Essen auf Rädern“ konnte Apetito nach eigenen Angaben sichern. Mit über 300 Mahlzeitendienststellen hält man hier bei Tiefkühlkost rund 60 Prozent Marktanteil. Die Vertriebskosten, betont Dusterberg, ließen sich mit dem Tiefkühlkostsystem um rund 70 Prozent senken. Im Bereich Betriebsverpflegung ließen sich die Kosten gegenüber konventionellen Großküchenmenüs um bis zu 30 Prozent senken. Hier gelte es noch Vorbehalte gegenüber der Tiefkühlkost abzubauen.

Für 1983 ist Dusterberg „verhältnismäßig optimistisch“ und erwartet keine großen Umsatzsteigerungen. Die Preise, die 1982 um etwa 4 Prozent angehoben wurden, solle 1983 „wesentlich“ geringer steigen. Apetito beschäftigt etwa 600 Mitarbeiter und plant bis 1985 (1982: 7 Mill. DM) Investitionen von rund 21 Mill. DM.

Hilfs hat US-Lizenzagenten
Marl (Inw/VWD) – Die zur Veba AG gehörende Chemische Werke Hilfs AG, Marl, hat mit dem weltweit tätigen petrochemischen Ingenieur-Unternehmen UOP Process Division (UOP) eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Lizenzvergabe vereinbart. Die Abmachung betrifft sechs Hilfs-Prozesse aus Teilbereichen der Vorprodukte für Kautschuk, für Alkohole und Lösungsmittel sowie für Kraftstoff-Zusatzstoffe.

Nordcement schüttet aus
Hannover (VWD) – Die Nordcement AG in Hannover will für das Geschäftsjahr 1982 wieder die Dividendenzahlung aufnehmen. Wie der Vorstand mitteilt, soll allerdings nur eine bescheidene Dividende zur Ausschüttung gelangen, über deren Höhe erst im April entschieden wird. Nordcement hatte zuletzt 1980 eine Dividende von vier DM je 50-DM-Aktie gezahlt. 1981 betrug der Bilanzgewinn rund 25 000 DM. Die Bilanzstruktur hat sich den Angaben zufolge verbessert. Die Schulden konnten nennenswert abgebaut werden.

Hilfs hat US-Lizenzagenten
Marl (Inw/VWD) – Die zur Veba AG gehörende Chemische Werke Hilfs AG, Marl, hat mit dem weltweit tätigen petrochemischen Ingenieur-Unternehmen UOP Process Division (UOP) eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Lizenzvergabe vereinbart. Die Abmachung betrifft sechs Hilfs-Prozesse aus Teilbereichen der Vorprodukte für Kautschuk, für Alkohole und Lösungsmittel sowie für Kraftstoff-Zusatzstoffe.

INTERNEHMEN UND BRANCHEN

Cooperative Hypo gibt Bonus
Frankfurt (FWD) – Die Aktiäre Deutsche Hypothekendarlehenbank (DHD) sollen für 1982 durch Vorjahresdividende bereits 1980 unter 100 DM-Aktie erhalten. Diesem Vorjahresergebnis von 2,50 DM (1980: 1,85 DM) steht das Ergebnis von 1981 gegenüber. Die DHD hat im Konzern knapp 13 Millionen DM verdient. Damit ist es gelungen, die Dividende auf 100 DM zu erhöhen, was die Aktionäre sehr freuen wird. Die DHD ist eine der größten deutschen Hypothekendarlehenbanken. Sie hat im Jahr 1981 einen Umsatz von 1,1 Milliarden DM erzielt. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Wie Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

Haftungskamp in EG
Frankfurt (FWD) – Eine unveränderte Dividende von 16 Prozent der Aktien der Bremer Vulkan AG in Hamburg soll für das Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) vor dem Vorstand liegen. Grundkapital von 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern betrug 1,1 Milliarden DM. Der Gewinn nach Steuern betrug 1,1 Milliarden DM.

FINANZANZEIGEN

MOSELKRAFTWERKE Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ANDERNACH/RHEIN

BILANZ ZUM 30. JUNI 1982

AKTIVA

	Stand am 1.7.1981	Zugänge Z - Zuschreibungen	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen	Stand am 30.6.1982
	DM	DM	DM	DM	DM	DM
I Anlagevermögen						
A Sachanlagen und immaterielle Anlagevermögen						
1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäftsfabrik- und anderen Bauten	4 665 268,00	52 238,00	17 651,00	2 555,00	—	4 697 291,00
2 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	2 348 204,00	—	304,00	780,00	—	2 347 144,00
3 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	899 298,00	—	17 955,00	—	—	887 253,00
4 Bauten auf fremden Grundstücken	631 263,00	—	—	—	—	631 263,00
5 Maschinen und maschinelle Anlagen						
a) Wasserbauliche Anlagen	166 954 019,00	8 923,00	—	—	—	166 962 942,00
b) Maschinenanlagen	124 788 086,00	441 567,00	66 186,00	2 367,00	—	125 274 074,00
c) Kraftwerksanlagen	15 267 192,00	92 467,00	18 054,00	75 453,00	—	15 367 152,00
d) Sonstige Anlagen	3 657 953,00	—	—	—	—	3 657 953,00
6 Betriebs- und Geschäftsausstattung	901 680,00	303 140,00	—	5 190,00	375 960,00	823 070,00
7 Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	23 821 942,76	10 321 525,50	84 242,00	—	—	34 099 226,26
8 Konzessionen und ähnliche Rechte	1 575 372,00	16 679,00	—	139 100,00	—	1 452 951,00
9 Sonstige Vermögensgegenstände	345 490 928,76	11 236 549,50	—	86 336,00	515 880,00	356 095 282,26
B Finanzanlagen						
1 Beteiligungen	1 102 468,00	—	—	—	—	1 102 468,00
2 Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren (durch Grundpfandrechte gesichert)	12 337,00	2 569,00	—	1 260,00	—	11 646,00
	1 114 805,00	2 569,00	—	1 260,00	—	1 114 114,00
	345 575 731,76	11 239 118,50	—	87 596,00	515 880,00	357 209 965,26

II Umlaufvermögen

A Vorräte						151 028,56
B Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						
1 Geleistete Anzahlungen						20 000,00
2 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen						4 386,10
3 Kassenbestand						589 736,14
4 Guthaben bei Kreditinstituten						31 058 245,02
5 Forderungen an verbundene Unternehmen						41 532 200,26
6 Sonstige Vermögensgegenstände						73 983 679,05
II Rechnungsabgrenzungsposten						63 807,00
1 Debita und andere Verbindlichkeitsposten						31 200,93
2 Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten						65 007,00
						431 429 310,90

PASSIVA

	DM	DM	DM
I Stammkapital			80 000 000,00
1 Offene Rücklagen			
2 Rücklagen für wasserwirtschaftliche Risiken			36 000 000,00
3 Sonstige Rücklagen			—
Stamm am 1.7.1981	39 000 000,00		
Erneuerung aus dem Jahresüberschuss	7 000 000,00	46 000 000,00	
II Sonderposten mit Rücklagenanteil			82 000 000,00
1 Rücklagen gemäß § 8a EStG			1 301,00
2 Rücklagen gemäß § 52, Abs. 5 EStG			11 068,00
			12 369,00

	Stand am 1.7.1981	Zu- führungen	Umbu- chungen	Ent- nahmen	Stand am 30.6.1982
	DM	DM	DM	DM	DM
III Wertberichtigungen zu Sachanlagen					
1 zu Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten mit Geschäftsfabrik- und anderen Bauten	1 026 243,00	119 612,00	—	—	1 145 855,00
2 zu Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten mit Wohnbauten	1 247 758,00	33 580,00	—	—	1 281 338,00
3 zu Bauten auf fremden Grundstücken	191 768,00	12 955,00	—	—	204 723,00
4 zu Maschinen und maschinellen Anlagen					
a) Wasserbauliche Anlagen	123 494 022,00	2 178 481,00	—	—	125 672 503,00
b) Maschinenanlagen	111 236 771,00	3 305 302,00	—	2 367,00	114 540 706,00
c) Kraftwerksanlagen	12 266 738,00	560 015,00	—	73 011,00	13 053 742,00
d) Sonstige Anlagen	252 454 754,00	8 302 607,00	—	75 378,00	260 682 183,00

IV Rückstellungen						
1 Pensionsrückstellungen						182 750,00
2 Andere Rückstellungen						4 491 274,40
V Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren						
1 Anleihen (durch Grundpfandrechte gesichert)						15 000 000,00
2 Sonstige Verbindlichkeiten						2 080 296,04
Von Nummer 1 und 2 sind vor Ablauf von vier Jahren fällig: DM 15 000 000,00						17 080 296,04
VI Andere Verbindlichkeiten						
1 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen						3 416 432,66
2 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						45 041,10
3 Sonstige Verbindlichkeiten						877 130,55
VII Rechnungsabgrenzungsposten						4 338 604,40
VIII Bilanzgewinn						4 619 962,67
						431 429 310,90

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982

	DM	DM	DM
I Umsatzerlöse			41 433 516,82
2 Andere aktivierte Eigenleistungen			266 591,88
3 Gesamtergebnis			41 700 108,70
4 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren			7 396 704,17
5 Abschreibungen			34 300 404,53
6 Erträge aus Beteiligungen			31 250,00
7 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			5 090 464,51
8 Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens			16 333,79
9 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen			12 072,00
10 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil			204 468,16
11 Sonstige Erträge			204 468,16
davon außerordentliche DM 73 204,84			
			5 354 588,48
12 Personalaufwendungen			9 796 907,26
13 Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			17 297,00
14 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagevermögen			6 618 487,00
15 Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens			8 537,52
16 Zinsen und ähnliche Aufwendungen			1 152 580,03
17 Steuern			
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	6 450 240,38		6 488 124,58
b) sonstige	7 894,20		11 028 042,31
18 Erstellung in Sonderposten mit Rücklagenanteil			2 893 317,00
19 Sonstige Aufwendungen			4 332 685,19
			28 926 950,70
20 Jahresüberschuss			11 028 042,31
21 Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			381 290,59
			11 409 332,90
22 Erstellung aus dem Jahresüberschuss in offene Rücklagen			
a) Rücklage für wasserwirtschaftliche Risiken			—
b) Sonstige Rücklagen			7 000 000,00
			7 000 000,00
23 Bilanzgewinn			4 619 962,67

Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Gesellschaftsvertrag.

Essen, den 20. September 1982

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE WIRTSCHAFTSPRÜFUNG GMBH

WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

Richter

Scheiter

Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüfer

VIELE REDEN VOM FRIEDEN.
WIR ARBEITEN FÜR IHN.Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Straße 2 · 3500 Kassel · Postcheckkonto Hannover 1033 60-301

Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

Wertpapier-Kenn-Nr. 805 900 -

Ordentliche Hauptversammlung

Wir laden hiermit die Aktionäre der Hypothekenbank in Hamburg Aktiengesellschaft ein zu der am Freitag, dem 29. April 1983, 11 Uhr, im Sitzungssaal 101 der Handelskammer Hamburg, Hamburg, Adolphsplatz 1, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung.

Tagesordnung

1. Vorlage des Geschäftsberichts und des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1982 mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates.

2. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im Jahresabschluss ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von

10 454 332,42 DM

wie folgt zu verwenden:

a) Ausschüttung einer Dividende von 10,- DM je Aktie im Nennbetrag von 50,- DM, zahlbar auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 25 Mill. DM

b) Ausschüttung einer Zusatzdividende (Bonus) von 2,50 DM je Aktie im Nennbetrag von 50,- DM, zahlbar auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 25 Mill. DM

c) Zuweisung zu den sonstigen Rücklagen nach § 7 HGB

d) Gewinnvortrag

3. Beschlussfassung über die Erhöhung des Grundkapitals aus Gesellschaftsmitteln und Satzungsänderung.

Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, folgende Beschlüsse zu fassen:

a) Das Grundkapital wird von 25 000 000,- DM unter Zugrundelegung der Bilanz per 31. Dezember 1982 aus Gesellschaftsmitteln im Verhältnis 10:1 auf 27 500 000,- DM erhöht durch Umwandlung eines Betrages von 2 500 000,- DM der Rücklagen nach § 7 HGB in Grundkapital und Ausgabe von 2500 neuen Aktien über 1 000,- DM und 4000 neuen Aktien über 50,- DM mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1983.

b) § 4 Absatz 1 der Satzung wird wie folgt geändert:

„Das Grundkapital beträgt DM 27 500 000,- DM, eingeteilt in

25 300 Aktien zu je 1 000,- DM = 25 300 000,- DM

16 000 Aktien zu je 100,- DM = 1 600 000,- DM

12 000 Aktien zu je 50,- DM = 600 000,- DM

Die Aktien lauten auf den Inhaber.“

4. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1982.

Es wird vorgeschlagen, Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen.

5. Neuwahlen zum Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat schlägt vor, folgende Herren zu wählen:

Dr. Hans-Joachim Bechthold, Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank AG, Hamburg; Dr. Manfred Christoph von der Decken, Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank AG, Hamburg; Dr. Manfred Hothage, Sanitätsdirektor, Hamburg; Dr. Wolfgang Leeb, Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main; Gerhard Ohmsen, Mitglied des Vorstandes der Öffentlichen Bausparkasse Hamburg, Hamburg; Dirk Schröder, Geschäftsführer der Kommanditgesellschaft Allgemeine Leasing GmbH & Co., Hamburg.

Die Hauptversammlung ist an diesen Vorschlag nicht gebunden.

6. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1983.

Der Aufsichtsrat schlägt die Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, vor.

Zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien oder die Hinterlegungsscheinung eines Aktienpapiers oder einer Wertpapierammelbank (Kassaverrein) spätestens am 25. April 1983 bei einer der nachstehenden Stellen hinterlegen und dagegen Eintritts- und Stimmkarten in Empfang nehmen:

in Hamburg:

Unsere Kasse, Hohe Bleichen 17, Dresdner Bank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank AG, Vereins- und Westbank AG, M. M. Warburg-Brunckmann, Wirtz & Co., Bank für Handel und Industrie AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank, Berlin AG.

in Berlin:

Dresdner Bank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank AG.

in Düsseldorf:

Dresdner Bank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank AG.

in Frankfurt/Main:

Dresdner Bank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank AG, Schröder, Münchmeyer, Hangst & Co.

Erfolgt die Hinterlegung bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank, so müssen die Hinterlegungsbescheinigungen die Aktien nach Nummern und Nennbetrag bezeichnen und die Erklärung enthalten, daß die Aktien vor dem Versammlungstage ohne Rückgabe der Bescheinigung nicht aus der Verwahrung gegeben werden.

Die Hinterlegung gilt auch dann als erfolgt, wenn die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einem anderen Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gepachtet sind.

Hamburg, im März 1983 DER VORSTAND



Hypothekenbank in Hamburg

Hohe Bleichen 17, 2000 Hamburg 36, Telefon (040) 35 91 0-0

MISEREREOR
„Euer Wohlstand hat Euch einsam gemacht.“

Der Besucher aus Asien, von dem wir dieses Urteil hören, ist überrascht und verwirrt. Er war mit der Erwartung nach Deutschland gekommen, daß hier alle Dinge zum besten bestellt sind. Nun trifft er auf isolierte Alte, auf einsame Menschen in Hochhäusern, auf verworfene Jugendliche, auf ruhelose Männer und Frauen. Ist das der Preis des Wohlstandes?

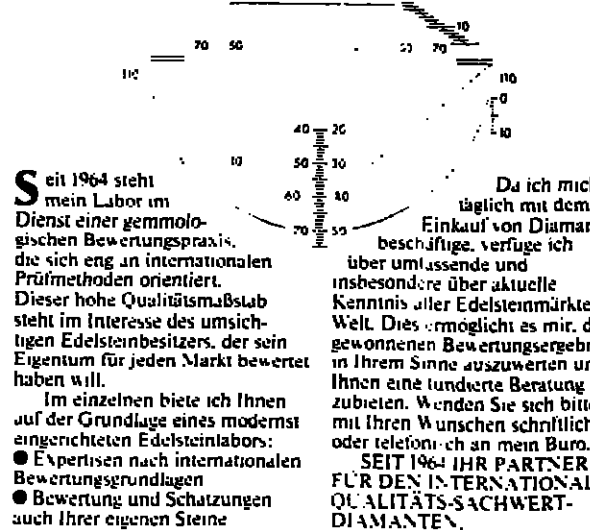
Das Rad der Geschichte dreht sich nicht zurück. Doch in der Begegnung mit den Entwicklungsvölkern können wir menschliche Verhaltensweisen und Tugenden wiederentdecken, die wir verlernt haben. Wir können zum Beispiel sehen, daß die Einbindung in eine Gemeinschaft, etwa des Dorfes oder der Großfamilie, starke Fundamente für ein menschliches Leben sind. Nicht, was wir besitzen, entscheidet über unser Glück, sondern wie wir miteinander und mit uns selbst umgehen.



Misereor, Mozartstraße 9, 5100 Aachen

Edelsteinlabor
Susann Lange-Mechlen

Qualität international



Susann Lange-Mechlen, DIAMOND CORPORATION, Marktplatz 6/IV, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/297481

Zum Verkauf:
10 Windsurfbretter

für Polyester- oder Epoxyverarbeitung, von Pintall, Funboard All-round und Round. Unter Lizenz herzustellen.

Ansk.: T. Cleton, Tel.: 08 21 / 55 - 33 47 61

Wenn Sie es eilig haben,

können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben

Titelvermittlung und -kauf
sind völlig legal

— aber Vertrauenssache —

Schenken Sie uns Ihr Vertrauen.

— Wir sind schon lange auf dem Markt.

— Wir geben uns mit voller Anstrengung zu erkennen und werben nicht unter Chiffre etc.

— Wir sind eine große Firma mit langjähriger Erfahrung auf diesem Gebiet.

— Wir unterhalten weitläufige Kontakte.

Vermittelt werden können fuhbare Titel wie:

Dr., Dr. h. c., Professor, Konsul, Senator, Ehrenbürger, Ordensritter, Adelsprädikate zur persönlichen oder gewerblichen Führung.

Weitere Möglichkeiten auf Anfrage.

Diskretion ist uns selbstverständlich.

AVB Treuhand

Friedenstraße 4, 7967 Bad Waldsee

Tel. 0 75 24 / 80 48 / 80 49 / 80 48, Telex 732 774 ezb d

VERSTEIGERUNGEN

Konkurs-Versteigerung

Am Donnerstag, dem 17. März 1983, Beginn 10 Uhr, versteigere ich in 4770 Soest, Briloner Str. 44, im Namen und für Rechnung des Konkursverwalters, Herrn Rainer Salmen, 4600 Dortmund, die der Sicherungsgläubiger der gepflegten Maschinen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung der Firma

OTTO JAHN GMBH & CO.

MESSERWERK UND FURNIERHANDEL

BRILONER STR. 44

4770 SOEST

Besichtigung: Mittwoch, den 16. März 1983, von 9 Uhr bis 15 Uhr sowie am Donnerstag, dem 17. März 1983, von 8 Uhr bis 10 Uhr vor der Versteigerung.

Es kommen u. a. zur Versteigerung: 3 RFR Furniermesserschleifmaschinen, 3 Furnierbandfräsen, 1 Harte Entbindungsanlage, 1 elektron. Furniervermessungsanlage, 4 Furnierpaketschneidmaschinen, 2 Bündelmesserschleifmaschinen, 2 Bänd- und Kettsägen, Sägenscharfmaschinen, Kompressoren, Gabelstapler, Transportwagen, Kettensägen, Hebebühnen u. v. m.

Katalog sofort auf Anfrage.

Dipl.-Kfm. Rüdiger Liebe

Versteigerer für Maschinen und Industrieanlagen

Frankfurter Str. 38, 5800 Hagen, Tel.: 0 23 31 - 1 76 65

Telex: 8 23 457 vent d

Konkurs-Versteigerung

am Dienstag, dem 15. März 1983, Beginn 10 Uhr.

versteigere ich in 4600 Dortmund, Eisenhüttenweg 9a, im Namen und für Rechnung des Konkursverwalters Herrn Rainer Salmen, 4600 Dortmund, die der Sicherungsgläubiger der gepflegten Baumaschinen, Baugeräte und der Betriebsausstattung sowie den Fuhrpark der Firma

EBERS & KEMPER GMBH

BAUUNTERNEHMUNG

Eisenhüttenweg 9a, 4600 Dortmund

Besichtigung: Montag, den 14. März 1983, von 9 Uhr bis 15 Uhr sowie am Dienstag, dem 15. März 1983, von 8 Uhr bis 10

PROGNOSE / Die Daten signalisieren, daß die Botschaft „jetzt bauen“ bei Privaten und Unternehmen angekommen ist

Nach zweijähriger tiefster Depression wird 1983 ein gutes Baujahr

R. KORNEMANN, Bonn
Die für 1982 abgegebene Prognose hat sich nicht erfüllt: Entgegen den Erwartungen wurde es nicht das „Jahr des Bauens“. Trotz der zum 1. Januar 1982 in Kraft getretenen Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten (§ 7b und § 7 Abs. 5 EStG) entschlossen sich weniger Bauherren als je zuvor, Kapital in diesen Bereich zu transferieren. Der seit 1973 nach unten gerichtete Trend auf den Bau- und Wohnungsmärkten konnte deshalb nicht gebrochen werden.

Ursächlich für diese Fehlprognose waren mehrere Faktoren. Die Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke blieben entgegen den Hoffnungen bis zum Sommer extrem teuer, der durchschnittliche effektive Zinssatz erstellter Fremdmittel mit einer fünfjährigen Konditionsfestschreibung betrug im Juli 1982 10,5 Prozent. Vom 3. Quartal 1981 bis zum 3. Quartal 1982 stiegen die Kaufpreise für ein Quadratmeter um 13,4 Prozent auf 106,85 Mark je Quadratmeter an. Zugleich reduzierte sich das Angebot.

Die Diversifizierung vernachlässigt

Die um sich greifende allgemeine Vermögensunsicherheit und die steuerliche Begünstigung unbebauter, bareitbarer Grundstücke gegenüber anderen Vermögenswerten verstärken die latente vorhandene Hortungstendenz. Die öffentliche Hand sah sich außerstande, durch Bereitstellung weiterer Gelder die Versteuerung der Gesamtvermögenskosten sozialer Wohnungen zu kompensieren. Nach Schätzungen des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bauparwesen wurden 1982 für 90 000 Wohnungen Mittel bewilligt, 1975 waren noch 154 000 Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus gefördert worden.

Die Versicherungswirtschaft war immer weniger an Investitionen in den Mietwohnungsbereich interessiert. Sie vernachlässigte die Diversifizierung, Mangels ausreichender anderer lukrativer Verwendungsmöglichkeiten legte sie die ihr zufließenden Prämien in den inflationsbedingten hohen Zinssätzen ausgetasteten Staatspapieren und nicht, wie früher, in Substanzwerten an. Nach Auffassung des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft hatte die Mietsteigerung den Wohnungsbaunrentabel werden lassen: Die dort erzielbare Netto-Rendite war unter drei Prozent abgesunken. In den Jahren 1981 und 1982 resignierte auch der Einzelbauherr, der sich über viele Jahre hinweg

als die Stütze des Wohnungsbaus par excellence erwiesen hatte. Die Relation von Einkommen und Baukosten hatte sich dramatisch verschlechtert. Während noch zu Beginn der 70er Jahre die Gesamtkosten eines typischen Eigenheims das Zwölfwache des durchschnittlichen Jahresnettoverdienstes eines Arbeitnehmers erreichte, stieg dieses Verhältnis zu Beginn der 80er Jahre auf das Fünfzehnfache an. Gedämpfte Einkommenserwartungen, Arbeitsplatzsicherheit, steuerliche Diskriminierung des selbstgenutzten Wohneigentums gegenüber dem Mietwohnsektor sowie wiederholte Kürzungen bei der Bauparriereförderung kamen kumulierend hinzu.

Konsequenz: Die Bauwirtschaft erlebte 1982 ihre tiefste Krise seit der Währungsreform. Über 2000 Baufirmen gerieten in Konkurs. Die Zahl beschäftigter Bauarbeiter stieg zum Jahresende auf 120 000 an. Mit etwa 340 000 Fertigstellungen halbierte sich 1982 das Ergebnis gegenüber 1973. Nach Auffassung von Städtebauminister Schneider wurde damit ein Niveau erreicht, das nicht den Notwendigkeiten der Zukunft entspricht.

In der Erkenntnis, daß in der Wirtschaft solange nichts läuft, solange am Bau nichts läuft, hat die neue Regierung unmittelbar nach Übernahme der Verantwortung den Hebel für die ökonomische Wiederbelebung bei der Bau- und Wohnungspolitik angesetzt.

In seiner am 13. Oktober 1982 abgegebenen Regierungserklärung hat Bundeskanzler Kohl eine unverzügliche Verbesserung der steuerlichen Förderung des Eigenheimbaus sowie Maßnahmen zur Begünstigung des sozialen Mietwohnsektors angekündigt. Insgesamt wurden hierfür 2,5 Milliarden Mark zusätzlich an Finanzmitteln bereitgestellt.

Durch die zügige Novellierung des Mietrechts sollten dem Mietwohnungsbau entscheidende Impulse gegeben werden. Flankierend kamen die günstiger gewordenen Rahmenbedingungen hinzu. Infolge der Verbesserung der Leistungsbilanz, des Nachlassens des Preisauftriebs sowie wegen der verstärkten Bemühungen, den Staatshaushalt zu sanieren, gewann die Deutsche Bundesbank den Freiraum, von ihrem bis dahin notwendigen Kurs hoher Zinsen abgehen zu können.

Baukredite wurden erheblich billiger. Die Effektivzinssätze von Hypothekarkrediten mit einer fünfjährigen Konditionsfestschreibung fielen bis Januar dieses Jahres auf 8,7 Prozent ab. Die Bauwirtschaft selbst übte Zurückhaltung. Die Baupreise blieben in den letzten Monaten relativ konstant; bei

einigen Gewerken waren sie sogar rückläufig.

Nach den „Vorleistungen“ der öffentlichen Hand, der Deutschen Bundesbank und den Bauproduzenten liegt es nunmehr an den potentiellen Investoren, inwieweit sie der Werbeaussage einer großen deutschen Bank („Bauen Sie jetzt“) Folge leisten und 1983 definitiv zum „Jahr des Bauens“ machen wollen.

Für die Kalkulation haben sich auf jeden Fall neue und wesentliche Aspekte ergeben. Durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 wurde ein erweiterter Schuldzinsabzug (§ 21a Abs. 4 EStG) eingeführt. Danach können Bauherren und Erst- oder Zweitfamilienhäuser sowie Eigentümer von selbstgenutzten Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Eigentumswohnungen und solche Personen, die ihre Ein- und Zweifamilienhäuser erweitern beziehungsweise ausbauen, drei Jahre lang bis zu 10 000 Mark Schuldzinsen zusätzlich steuerlich geltend machen, soweit mit den Bauarbeiten nach dem 30. 9. 1982 begonnen wurde.

Zins verbilligt sich um 2,5 Prozent im Jahr

Mit dem Sonderprogramm „Bauparawohnfinanzierung“ wird der Bau beziehungsweise Erwerb von selbstgenutzten Ein- und Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen gefördert, bei denen mit dem Bau nach dem 30. September 1982 begonnen wurde. Ausbauten und Erweiterungen werden ebenfalls auf diese Weise begünstigt.

Die Förderung erfolgt durch die Gewährung einer Zinsverbilligung, die jährlich 2,5 Prozent des verbilligungsfähigen Bauparawohnkredits beträgt. Maximal wird ein Bauparawohnkredit bis zu 80 000 Mark, zuzüglich 15 000 Mark für jedes zum Familienhaushalt gehörende, berücksichtigungsfähige Kind begünstigt. Durch das Sonderprogramm zur Belebung des sozialen Wohnungsbaus in den Ballungsgebieten und zugunsten von Aussiedlern, Zuwanderern sowie Studenten wird eine Förderung mit Aufwandszuschüssen von anfänglich bis zu 7,50 Mark monatlich pro Quadratmeter möglich.

Für die zögernden Bauwilligen sind schließlich noch die Mietrechtsänderungen bedeutsam. Durch die Einführung einer Staffelmiete, durch die Entformalisierung des Mieterhöhungsverfahrens sowie durch die Aktualisierung des Vergleichsmietbegriffs soll das Interesse an der Errichtung neuer Mietwohnungen geweckt werden. Vor allem die Möglichkeit, zur Begründung eines Mieterhöhungs-

verlangens vergleichbare Wohnungen aus dem eigenen Bestand anzugeben zu können, wird von allen Vermietern als bedeutsamer Fortschritt erachtet; die Installation einer Staffelmiete begrüßen insbesondere die Lebensversicherungsunternehmen.

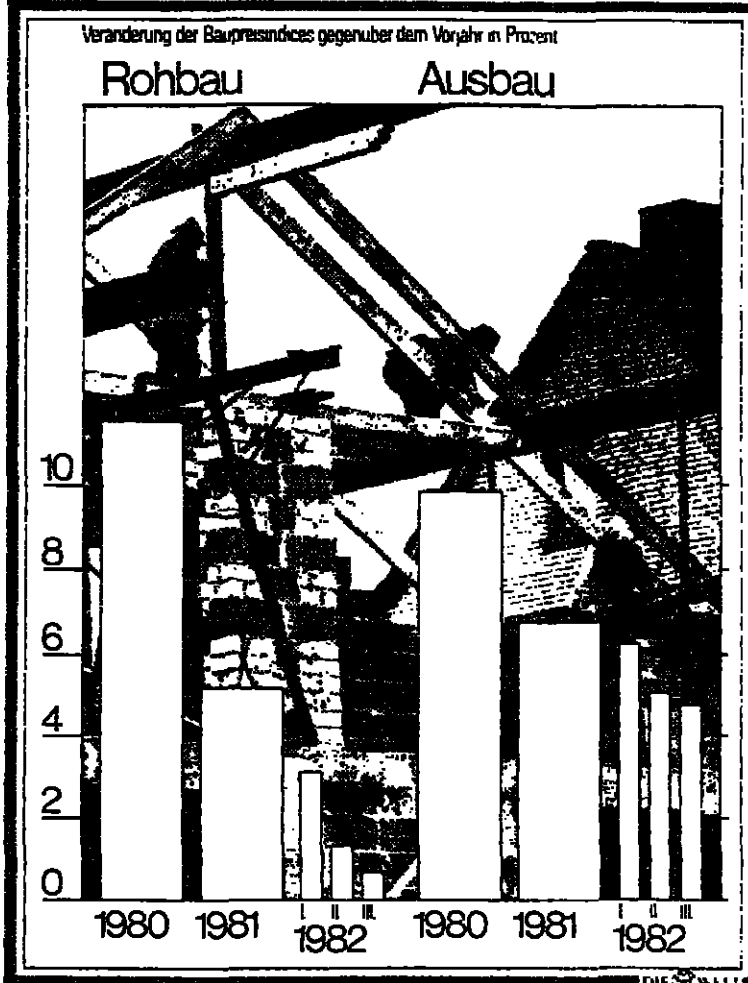
Die sich aus all diesen Maßnahmen ergebenden rechnerischen Vorteile sind beachtlich. Für einen vierköpfigen Haushalt mit einem marginalen Steuersatz von 35 Prozent ergeben sich beim Bau eines Familienheimes alleine aus der Verbilligung des Bauparawohnkredits und des erweiterten Schuldzinsabzugs zusätzlich monatliche Entlastungen von 500 Mark in den nächsten drei Jahren. Additiv kommt der Effekt sinkender Zinsen hinzu. Durch die Mietrechtsänderungen werden die Zinseinnahmen der Investoren wieder in ausreichende Renditen hineinzuwachsen, überschaubar. Bauherren von Sozialwohnungen kommen in den Genuss weiterer Gelder.

Bauen lohnt sich also wieder. Die Daten signalisieren auch bereits, daß die Botschaft „jetzt bauen“ bei Privathaushalten und Unternehmen angekommen ist. Die Baufirmen melden eine sprunghafte Zunahme der Baugenehmigungen im Familienheimbereich; das Kontingent aus dem Sonderprogramm „Bauparawohnfinanzierung“ ist nahezu ausgeschöpft.

Die Lebensversicherer wollen ihr Engagement im Mietwohnungsbau 1983 verstärken; gerade für sie ist das neue Mietrecht das Startsignal schlechthin. Außerdem machen sinkende Zinsen den Erwerb von Staatspapieren für sie nicht mehr so interessant. Bei den Bauparawohnkassen zieht das Neugeschäft kräftig an. Der Markt für Immobilien erwacht nach einer zweijährigen tiefen Depression.

Die verbesserten Aussichten dürfen allerdings die Investoren nicht zur Blindheit verleiten. Die Produktion der Baufirmen ist im Vergleich mit der Ertragslage der Baufirmen erheblich unter Druck. Das Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Kosten und der Erlöse bringt die Erträge der Baufirmen erheblich unter Druck.

Ausgeprägter als in früheren Rezessionsphasen ist die Ertragslage der Baufirmen in den Jahren 1980 bis 1982 eingegrenzt worden, weil insbesondere die Personal- und Materialkosten im bisherigen Verlauf der Baukrise wesentlich stärker angestiegen sind als die Preise der Leistungen des Bauhauptgewerbes. Wie der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie feststellt, wurden die Ertragsrücken der Baufirmen zusätzlich dadurch verschärft, daß die Bauleistung pro Beschäft-



Materialkosten stiegen stark an

Baupreise stehen still – Firmenerträge nicht rosig

DW, Bonn
Auftragsmangel und verschärfter Wettbewerb haben den Baupreisanstieg der vergangenen Jahre 1982 zumindest zum Stillstand gebracht. In wesentlichen Bereichen des Baumarcktes ist es im Verlauf des Jahres 1982 sogar zu rückläufigen Baupreisen gekommen. Das Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Kosten und der Erlöse bringt die Erträge der Baufirmen erheblich unter Druck.

Ausgeprägter als in früheren Rezessionsphasen ist die Ertragslage der Baufirmen in den Jahren 1980 bis 1982 eingegrenzt worden, weil insbesondere die Personal- und Materialkosten im bisherigen Verlauf der Baukrise wesentlich stärker angestiegen sind als die Preise der Leistungen des Bauhauptgewerbes. Wie der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie feststellt, wurden die Ertragsrücken der Baufirmen zusätzlich dadurch verschärft, daß die Bauleistung pro Beschäft-

igten abnahm, weil die personellen Kapazitäten nur verlangsamt der rückläufigen Bauproduktion angepaßt werden konnten. Das Mißverhältnis zwischen Kosten und Erlösen übertraf daher bei weitem die Einsparungsmöglichkeiten der Firmen durch Rationalisierung.

Schon in den Jahren 1979 bis 1981 war der Ertragsrückgang bei den Baufirmen „besonders ausgeprägt“, wie die Deutsche Bundesbank aufgrund ihrer Bilanzstatistik feststellte. Diese Entwicklung hat sich im Verlauf des Jahres 1982 verstärkt fortgesetzt. Das volle Ausmaß der besorgniserregenden Ertragsentwicklung wird sich allerdings erst in den Bilanzen für die Jahre 1982 und 1983 niederschlagen.

Der Preisindex für Bauleistungen war zuletzt in der Rezession 1982 rückläufig gewesen. Damals standen den Preisrückschlägen allerdings extrem niedrige Lohnerhöhungen gegenüber.

Wir bringen Sie unter Dach und Fach.

Zum Bauen, Kaufen, Modernisieren oder Renovieren braucht man Geld. Viele Wege und viel Zeit können Sie sich sparen, wenn Sie mit einem erfahrenen Partner zusammenarbeiten. Kommen Sie so bald wie möglich zu uns.

Wir übernehmen die Gesamtfinanzierung Ihres Bauvorhabens und bieten Ihnen alle erforderlichen Finanzierungsmittel aus einer Hand. Aus Eigenkapital, Bankdarlehen und Bauparawohnkredit sowie staatlichen Zuschüssen setzen wir die Bausteine zusammen, aus denen der Traum vom eigenen Heim verwirklicht wird.

Unsere Spezial-Berater in allen Commerzbank-Geschäftsstellen stehen Ihnen jederzeit gern zu einem Gespräch zur Verfügung.

Dort erhalten Sie auch ausführliche Informationsbroschüren zum Thema Bauen, Kaufen, Modernisieren und Finanzieren.

Besuchen Sie uns bald, denn die Zeit zum Bauen war schon lange nicht mehr so günstig wie jetzt.

Commerzbank. Die Bank an Ihrer Seite.

Soziale Marktwirtschaft noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freie Wirtschaft zu entwickeln.

Einige Beispiele:
- Die soziale Marktwirtschaft ist ein System, das die Freiheit des Einzelnen mit der Verantwortung für die Gemeinschaft verbindet.
- Es ist ein System, das die Leistung des Einzelnen mit der Gerechtigkeit der Gesellschaft verbindet.
- Es ist ein System, das die Freiheit des Einzelnen mit der Verantwortung für die Gemeinschaft verbindet.

COMMERZBANK



BAUSPARKASSEN / Modernisierung und Altbausanierung rücken stärker in den Finanzierungs-Vordergrund

Nach wie vor hat Bausparen für den Wohnungsbau einen hohen Stellenwert

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Jetzt rühren sich wieder die Wertketten. Von Zeitgewinn ist die Rede, den man sich nicht entgehen lassen sollte. Einmal mehr steht bei einem Großteil der rund zweieinhalb Millionen deutschen Bausparkassen ein wichtiger Stichtag bevor: Ende März einen Bausparvertrag abschließen und entsprechende Einzahlungen leisten, dem wird ein zeitlicher Vorsprung auf dem jahrelangen Weg bis zur Zuteilung seines Vertrages in Aussicht gestellt.

Die Wartelisten bis zur Zuteilung sind es, die - zum Mißfallen der Bausparkassen - in den letzten Monaten und Jahren in der Blickpunkt öffentlichen Interesses geraten sind. Galten diese Fristen lange Zeit als recht stabil, so sind sie im vergangenen Jahr im Durchschnitt aller Bausparkassen um etwa ein halbes Jahr verlängert worden.

Zu spüren bekommt diese Entwicklung, wie die Bausparkassen immer wieder bemüht sind zu betonen, hauptsächlich der Schnellspare. Damit ist derjenige gemeint, der auf einen Schlag 40 oder 50 Prozent der Bausparsumme einbezahlt. Ihm winkt noch immer nach einer Wartezeit zwischen zweieinhalb und vier Jahren die Zuteilung, also Ausschüttung des angesparten zusammen mit einem zinsgünstigen, im Grundbuch nachrangig abzusichernden Bauspardarlehen.

Von dieser Tendenz zu einer etwas längeren Wartezeit bleibe der Regelsparer, der also auf Sonderentlohnungen verzichtet und Rate innerhalb eines Jahres zahlt, nicht unberührt. Die Zuteilungsdauer für den Regelsparer ist in der Regel um ein bis zwei Jahre verlängert worden.

Gleichwohl ist in Teilen der großen Bausparkkette ein gewisser Unmut, da und dort sogar Ärger,

nicht zu übersehen. Trotz aller gegenseitigen Beteuerungen scheint es in der Zone zwischen dem als Schnellspare und dem als Regelsparer definierten Bauspar-Typus zu Frustrationen gekommen zu sein, wenn der Zuteilungszeitpunkt sich unvorhergesehen verschoben hat. Die Bausparkassen haben alle Mühe, enttäuschte Bausparer von der Unverbindlichkeit einmal geschlossener Zuteilungsschätzungen zu überzeugen.

Bekanntlich basiert das Bausparsystem, das hierzulande praktiziert wird, darauf, daß in dieser Kollektiv-Konstruktion im Prinzip nur das zugute geht, was als Spar- oder Tilgungsgeld herkommt. Die Reihenfolge der zur Zuteilung anstehenden Bausparverträge wird nach einem Zeit-mal-Geld-Berechnungsmodus festgelegt. In früheren Jahren sorgten kräftige Wachstumsraten im Neugeschäft und vor allem üppige Sonderzahlungen der Bausparer und ein hoher Bestand an Darlehensverzichtern dafür, daß die Wartezeiten bis zur Zuteilung sich beträchtlich verkürzten.

Längere Wartezeiten

Inzwischen hat sich der Wind gedreht. Konjunkturlaute und steigende Arbeitslosigkeit ließen im Verein mit hohen Kapitalmarktzinsen den Wohnungsbau erstarren. Das Neugeschäft der Bausparkassen ging im Jahre 1981 um ein Fünftel zurück, im vergangenen Jahr war der Einbruch nicht viel geringer. Die Bausparer zeigten - wohl oder übel - mit Sonderzahlungen. Die Folge: Die Relation von Geldzugang zu nicht zugewiesenen Verträgen verschlechterte sich. Dadurch begannen die Wartezeiten länger zu werden. Für den auf einen festen Termin fixierten Hausbauer ist dies gerade dann besonders schmerzhaft, wenn er länger als erwartet bei relativ

hohem Zinsniveau zwischenfinanzieren muß.

Ungeachtet aller Fiktionen und Schwierigkeiten, die am Bau- und Finanzierungsmarkt entstanden, hat der Bausparkunde seine Lebensfähigkeit einmal mehr unter Beweis gestellt. Ihre Geburt hatte die Bausparidee in Deutschland Mitte der zwanziger Jahre.

Die Turbulenzen jener Zeit, markiert durch Inflation und wirtschaftliche und politische Krisenereignisse, bereiteten den Boden. Alles drängte in Sachwerte, eigene vier Wände wurden zur großen Wunschvorstellung. In dieser Zeit der Finanzierungsengpässe und hoher Zinsen wurde gewissermaßen der Grundstein zur Selbsthilfe beim Erwerb von Wohneigentum gelegt.

Serienweise schossen in der Folgezeit Bausparkassen wie Pilze aus dem Boden. Nach einem Prozess der Strukturereinigung etablierte sich schließlich ein Bausparsystem, das in der Form eines bewußten Zwecksparens in einer Selbsthilfegemeinschaft die Gewähr zinsgünstiger und unkündbarer Bauspardarlehen ermöglichte.

Den hohen Stellenwert des Bausparens für den Wohnungsbau untermauern einige wenige Zahlen: Seit der Währungsreform wurden in der Bundesrepublik weit über neun Millionen Wohnungen von den Bausparkassen mitfinanziert. Galt in den fünfziger Jahren dem Aspekt des Neubaus von Eigenheimen und Wohnungen absolute Priorität, so rückt inzwischen die Modernisierung und Altbausanierung immer stärker in den Vordergrund.

Zusammengenommen belaufen sich alle Finanzierungsleistungen der deutschen Bausparkassen in den letzten drei Jahrzehnten auf ein Volumen von annähernd 400 Milliarden Mark. Zur Zeit vereinen die deutschen Bausparkassen rund 15 Millionen Kunden mit

über 23 Millionen Verträgen und einer Bausparsumme von etwa 800 Milliarden Mark auf sich.

In den Markt teilen sich 18 private und 13 öffentlich-rechtliche Bausparkassen. Unter den privaten Instituten, die gut zwei Drittel des Marktes auf sich gezogen haben, rangieren Schwäbisch Hall, das Beamteneinstellenwerk und Wüstenrot mit deutlichem Vorsprung an der Spitze der Größenskala.

Enges Netz aufgezogen

Die bundesweit operierenden privaten Kassen haben ein engmaschiges Netz an eigenen Außenstellen-Mitarbeitern aufgezogen. In einigen Fällen bedient man sich der Kooperation mit Versicherungsgesellschaften beziehungsweise Volksbanken (Schwäbisch Hall).

Die öffentlichen Bausparkassen arbeiten, da sie in die Sparkassen-Organisation eingebunden sind, in jeweils voneinander getrennten Regionen. Unter dem Stichwort „alles aus einer Hand“ kommt ihnen die Anlehnung an die Sparkassen oder Landesbanken bei der Akquisition zustatten.

Längst haben die Bausparkassen erkennen müssen, daß sich die Marktverhältnisse auch in anderer Richtung verschärft haben. Neue Wettbewerber, insbesondere Großbanken und Versicherungen, sind mit Elan in das Bausparfinanzierungsgeschäft hineingekommen.

Auf diese veränderten Wettbewerbsverhältnisse hin blieben die Bausparkassen nicht untätig und mobilisierten all ihre Ideenreichtum, um mit modifizierten und neuen Tarifen den Wünschen der Kunden noch besser entsprechen zu können. Diese Flexibilität in der Angebotspolitik weiterzuentwickeln, bleibt eine Daueraufgabe der Branche.

WOHNUNGSBAU / Der Zeitpunkt einer Rendite rückt näher - Vier Schwerpunkte

Das Mietobjekt ist wieder attraktiver

DW, Bonn
Selber einziehen oder besser vermieten? Statt Aktien vielleicht wieder in ein Mietshaus einsteigen? Die Antwort auf beide Fragen stellt sich seit einigen Monaten in neuem Licht. Ökonomische und klimatische Gründe sprechen für ein Überdenken gewohnter Positionen.

Ein Bündel von Ursachen hat dazu geführt, daß sich der Bau einer Mietwohnung schon heute rentieren kann. Allein die Zinssenkungen der letzten Monate von deutlich mehr als zwei Prozent haben die Kostenmiete für den Quadratmeter Wohnfläche um vier bis fünf Mark vermindert.

Die Kostenmiete ist mit Werten um 18 Mark natürlich immer noch sehr hoch, zumal auch in Städten kaum mehr als zwölf Mark Miete erzielbar sind. Aber einschließlich der steuerlichen Vergünstigungen rückt der Zeitpunkt einer Rendite für den Hausbesitzer näher. Unter günstigen Bedingungen wird eine neue Mietwohnung heute sogar schon etwas ab. Dieser Ertrag liegt noch immer weit unter den (risikolosen) Verzinsungen für Sparanla-

gen, aber ein Fortschritt ist das Näherücken der Renditeschwelle schon.

Klimatisch wichtig ist das Mietrecht. Die neue Bundesregierung hat hier Daten gesetzt, die stabilisierend wirken. Die ersten beiden Monate dieses Jahres haben gezeigt, daß die Vermieter keineswegs die Mieten sprunghaft erhöht haben, die Aufschläge lagen noch immer in der Nähe der allgemeinen Lebenshaltungskosten.

Aber für einen langfristigen Investor ist es wichtig, daß er eine rechtliche und wirtschaftliche Position erhält, die im Verhältnis zu seinem Mieter ausgewogen ist. Dafür sind die Chancen gewachsen. Vier Schwerpunkte seien genannt:

1. Zeitvermietung. Durch diesen Vertrag ist es möglich, bisher leerstehende Wohnungen besser zu nutzen. Der Vermieter kann auf bis zu fünf Jahre vermieten, wenn er (oder seine Angehörigen) innerhalb absehbarer Zeit selbst einziehen, das Haus grundlegend modernisieren oder abreißen wollen.

2. Staffelmiete. Mieter und Vermieter können auf Jahre hinaus

staffelweise Mietanhebungen vereinbaren. Das Abkommen ist flexibel. Der Vertrag (beispielsweise 500 Mark Miete und die nächsten zehn Jahre jährlich 20 Mark plus) birgt ein Risiko für beide. Der Mieter mag sein Einkommen überschätzt haben. Der Vermieter seine Kosten unterschätzt haben.

3. Vergleichsmiete. Die ortsübliche Vergleichsmiete wird nicht mehr aus Urmietsverträgen von Altmietern herausgefiltert, sondern anhand der Mietverträge der letzten drei Jahre. Die Steigerung ist freilich begrenzt auf 30 Prozent in drei Jahren. Bisher konnte der Hausbesitzer die Miete schlagartig von drei auf fünf Mark anheben, jetzt darf er nur auf 3,90 Mark gehen und muß dann drei Jahre stillhalten.

4. Der Mieterschutz bleibt bestehen. Die Mieter brauchen also nicht beunruhigt zu sein. Auch Sozialwohnungen sind vom neuen Mietrecht nicht betroffen.

Fazit: Die Belebung des Mietwohnungsbau hat wirtschaftliche und rechtliche Gründe, die von immer mehr Anlegern erkannt werden.

NEUES RECHT / Klare Gesetze haben den Immobilienmarkt belebt, berichten Makler

Steuersenkung beim Grunderwerb

DW, Bonn
Klare Fakten und niedrigere Kosten schafft die Reform der Grunderwerbsteuer. Finanzexperten in Bonn bezeichnen sie als eine der wenigen gelungenen Reformmaßnahmen des Fiskus. Der Kern des Gesetzes, das seit Jahresbeginn gilt, lautet: Steuersenkung von sieben auf zwei Prozent. Dagegen kann noch Befürchtungen von der Steuerzahlung.

Verfassungsjuristen mutmaßen bereits, daß das Recht der Grunderwerbsteuer verstoße gegen das Grundgesetz, denn von 100 Kauffällen waren nur etwa 15 bis 20 steuerpflichtig. Damit sei die Gleichmäßigkeit der Besteuerung verletzt, meinen sie.

Außerdem habe dieses Gesetz mit seinen kaum noch überschaubaren Befreiungstatbeständen allzu viele Bürokraten beschäftigt und die Bürger verwirrt. Man darf gespannt sein, auf wieviel Personal die Finanzbehörden jetzt verzichten können, nachdem das neue Gesetz gilt.

Für kleine Eigenheimer, die bisher von der siebenprozentigen Kaufsteuer weitgehend befreit wurden, bedeutet die Reform eine Verschlechterung. Günstiger dagegen stellen sich investierende Betriebe und Immobilienkäufer außerhalb bestimmter Summen. Wer für ein Eigenheim mehr als 350 000 Mark bezahlt, wird durch die Reform begünstigt. Gleiches gilt für den Erwerb eines Zweifamilienhauses oberhalb von 420 000 Mark.

Einige Fälle sind gleichwohl auch künftig von der zwei-prozentigen Kaufsteuer für Grundstücke befreit. Im wesentlichen lassen sie sich in folgenden vier Gruppen unterteilen:

● Wer ein Grundstück erwirbt, dessen Preis 5000 Mark nicht übersteigt, braucht keine Grunderwerbsteuer an das Finanzamt zu zahlen;

● Grundstückserwerbe im Todesfall sowie Schenkungen unter Le-

benden sind von der Abgabe befreit;

● gleiches gilt für Ehegatten, die sich gegenseitig ein Objekt übertragen;

● schließlich ist der Erwerb steuerfrei, wenn der Käufer mit dem Verkäufer in gerader Linie verwandt ist (also Kinder oder Eltern).

Mit dem neuen Gesetz erfüllen die umständlichen Behördengänge, bei denen es nicht selten darum ging, innerhalb von fünf Jahren nachweisen zu müssen, ob der Erwerber selbst oder ein Verwandter von ihm in gerader Linie ein Jahr ununterbrochen das Objekt bewohnt habe. Vieles sei hier, so glauben Experten, „getrickt“ worden.

Makler berichten, daß das neue Gesetz und der deutlich niedrigere Steuersatz dazu beigetragen hätten, daß sich der Immobilienmarkt belebt. Eine hohe Kaufsteuer für Grundstücke und Häuser hat das Markt noch nie stimuliert.

Der richtige Weg zum eigenen Heim



Wenn Sie sich ein eigenes Heim schaffen wollen, brauchen Sie bei der Finanzierung einen zuverlässigen Partner. Diesen finden Sie auf jeden Fall in einer Volksbank oder Raiffeisenbank. Eine der fast 20 000 Geschäftsstellen dieser Banken ist bestimmt ganz in Ihrer Nähe.

Raiffeisenbanken und Volksbanken bieten mehr als Geld und Zinsen. So zeigen sie Ihnen auch den richtigen Weg zum eigenen Heim. Sie werden sachkundig beraten und erhalten eine maßgeschneiderte Finanzierung.

Unsere Hypothekendarlehen werden sehr oft in diese Finanzierungen eingebaut. Wir sind nämlich die Hypothekenbank, die der leistungsfähigen genossenschaftlichen Bankengruppe gehört. Und wir sind eine der großen deutschen Hypothekenbanken.

Lassen Sie sich doch einmal unverbindlich bei einer Volksbank oder Raiffeisenbank beraten.

Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Ost-West-Straße 81, 2000 Hamburg 11.



Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank

Partner im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken



BAUSPARKFÖRDERUNG

Ein Angebot für die Jugend

Für junge Leute mit geringen Einkommen lohnt sich Bausparen besonders, weil andere Mitsparen. Die anderen, das sind: der Arbeitgeber, der bis zu 624 Mark „Vermögenswirksame Leistungen“ auf Bausparverträge überweist, das Finanzamt, das darauf mindestens 23 Prozent (143,52 Mark) Sparzulage gewährt und für eigene, über die „Vermögenswirksame Leistungen“ hinausgehende Einzahlungen mindestens 14 Prozent Wohnungsbauzulage zahlt und die Bausparkasse, die noch Zinsen drauflegt.

Wie normal verdienende Bundesbürger (Leute mit hohem Einkommen also einmal ausgenommen) diese Vorteile am besten nutzen? Durch Abschluß eines Bausparvertrages beispielsweise über 40 000 Mark und neben der vermögenswirksamen Leistung des Arbeitgebers 67 Mark aus der eigenen Tasche (also jährlich rund 800

Mark) sparen. Die für die vermögenswirksame Leistung anfallende Sparzulage von 143,52 Mark jährlich vermindert den tatsächlichen Aufwand noch entsprechend.

Das eingezahlte Geld (also vermögenswirksame Leistung und Eigenleistung) wird, wenn der Vertrag zehn Jahre läuft und der Bausparer elf Jahresleistungen aufbringt, einen Spargewinn von fast 6000 Mark ab. Nach zehn Jahren haben sich dann die Vergünstigungen und vier Prozent Zinsen mitgerechnet, rund 20 000 Mark auf dem Bausparkonto angesammelt.

Da die „Bindungsfrist“ inzwischen abgelaufen ist, steht dem Bausparer die Verwendung frei. Wenn er aber seinen Vertrag zum Bauen, Kaufen oder Modernisieren einer Wohnung nutzen will, kann er zusätzlich ein zinsgünstiges Bauspardarlehen in gleicher Höhe beanspruchen.

Die Mieter, sie mit einem Kaufgebot rechnen können, sind zur Hilfe der Bundesbediensteten. Falls sie nicht zugreifen, träte der Bund an die Wohnungsunternehmen der Gemeinden heran. Für den Bund ist jedoch das Hauptziel, aus Mietern Eigentümern zu machen - die beste Form eines unkündbaren Dauerwohnrechts. Vorher sind die Oberfinanzdirektionen einmal aufgefordert, den Wohnungsbesitz zu prüfen und zu sichern. Einen gewissen Kernbestand für seine Bediensteten, Soldaten etc. wird der Bund behalten müssen.

Freilich dürfen die Angebote recht attraktiv sein. In Bonn war der durchschnittliche Verkaufspreis um 100 000 Mark je Wohnung die Rede. Freilich: Die Bauten stammen überwiegend aus früheren Jahrzehnten, sind nicht selten schlicht, aber doch wohl meistens einigermaßen instandgehalten. Mutmaßlich eine Chance für Hobby-Handwerker.

Keineswegs handelt es sich, wie der Mieterbund zu bemerken pflegt, um „heutige, alte Hütten“. Die gleiche Organisation, die sich im Wahlkampf so stark für die SPD engagiert, hat übrigens den Bund bei der Kritik, die gleichen Vorgänge bei der Neuen Heimat dagegen unwürdig gelassen.

Bei einigermaßen geschickter Finanzierung, weiteren Zinssenkungen und Ausnutzung der üppigen Steuerbefreiungen und Zuschüsse sind solche Wohnungserwerbe recht attraktiv. Natürlich handelt es sich bei den „Sonderangeboten“ nicht um massenweise Verkaufsfaktionen. Bei rund 23 Millionen Wohnungen fehlen es kaum ins Gewicht. Wer jedoch von seinem Hausbesitzer ein Angebot erhält, sollte es sorgfältiger als noch vor einem Jahr prüfen.

POTHEKEN / Verführung durch vordergründig günstige Bedingungen häufigste Ursache für „Überraschungen“

Die Spekulation ohne Netz kommt teuer

AUS DERINGER, Frankfurt
Der Verfall der Hypothekensätze ist ein Jahr, ja länger, als man erwarten sollte. Dies ist die erste Erfahrung, die jeder anstellen muss, der sich in die Hypothekenspekulation wagt. Die meisten Anleger, die in die Hypothekenspekulation einsteigen, tun dies aus einem einfachen Grund: Sie sehen, dass die Hypothekensätze sinken und sie wollen sich an dem Gewinn beteiligen. Aber sie vergessen, dass die Hypothekensätze nicht nur sinken, sondern auch die Hypothekensummen sinken. Und das ist das Problem: Die Hypothekensummen sinken, weil die Hypothekensummen nicht mehr den Marktwert der Immobilien decken. Und das ist das Problem: Die Hypothekensummen sinken, weil die Hypothekensummen nicht mehr den Marktwert der Immobilien decken.

nicht zu durchschauen. Und das ist auch der Grund, warum bei der Finanzierung nicht selten - trotz Beratung durch Banken - Fehler gemacht werden, die man später teuer bezahlen muß.
Was schon manchem Hausbauer später arge Kopfschmerzen bereitet hat, das ist die Wahl einer falschen Zinsbindung. Sie kann die Kalkulation völlig durcheinanderbringen. So sind zum Beispiel viele Hausbauer auf die Nase gefallen, als sie zu Beginn der Hochzinsphase 1980 ein- oder zweijährige „Vorschaltkreditkassen“ aufnahmen in der Hoffnung, diese Darlehen nach ein oder zwei Jahren in langfristige Hypotheken umschulden zu können in der Hoffnung, daß die Zinsen dann wieder sinken werden. Die Anschuldenfinanzierung in der Zwischenzeit wurde wegen des Zinsanstiegs zu einem enorm teuren „Vergnügen“. Erst in diesem Jahr sind die Hypothekensummen wieder auf das Niveau von 1980 zurückgegangen.

Aufgegangen ist dagegen die Zinsspekulation, die ein Hausbauer vor einem Jahr riskiert hat, als ein fünfjähriges Festzinsdarlehen effektiv 11,02 Prozent kostete, für eine Hypothek über 100 000 Mark auf 55 100 Mark Zinsen für den fünfjährigen Zeitraum. Es lohnte sich, statt dessen ein einjähriges Vorschaltkreditkassen zu 12,57 Prozent aufzunehmen und es im Februar dieses Jahres in ein vier-

jähriges, mit effektiv 8,8 Prozent verzinsliches Darlehen umzuschulden. Das brachte für die fünfjährige Finanzierungsperiode immerhin eine Minderbelastung von 7 430 Mark.
Ist eine solche Abschnittsfinanzierung heute noch interessant, nachdem Vorschaltkreditkassen bereits billiger geworden sind als langfristige Finanzierungen? Die Frage muß mit Ja beantwortet werden, wer mit einer weiteren Zinssenkung am Kapitalmarkt rechnet, für die in der Tat einiges spricht. Aber eine Spekulation ohne Sicherheitsnetz bleibt das allemal, es sei denn, das Vorschaltkreditkassen kann jederzeit in eine langfristige Hypothek umgewandelt werden.
Nicht Spekulation, sondern die Verführung durch nur vordergründig günstige Hypothekenbedingungen ist die Ursache für den häufigsten Finanzierungsfehler. Vor die Wahl gestellt, entweder eine Hypothek mit fünfjähriger Zinsbindung aufzunehmen oder eine mit zehnjähriger Zinsfestschreibung, deren Auszahlungskurs vielleicht um drei Prozentpunkte niedriger oder deren Nominalzins ¼ Prozentpunkte höher ist, entscheiden sich erfahrungsgemäß nicht wenige Hypothekennutzer für die billigere fünfjährige Zinsbindung.
Das kann eine böse Überraschung sein, wenn sich das Zinsniveau just zum Zeitpunkt der Zinsaufsetzung nach fünf Jahren erhöht hat.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, wie das Familienbudget in die Klemme kommt, wenn die Hypothekenbelastung schon vorher, was keine Seltenheit ist, 30 Prozent des Nettoverdienstes aufzehrt und zudem das Realeinkommen praktisch stagniert.
Wer dagegen 1977 eine zehnjährige Zinsbindung wählte, mußte zwar einen Zins von etwa 6,5 Prozent statt 5,75 Prozent in Kauf nehmen, aber er konnte die Hochzinsphase in aller Ruhe überleben. Der höhere Zins als „Versicherungspremie“ für die längerfristige Kalkulierbarkeit der Hypothekenzinsen hat sich also dicke ausgezahlt.
Diese Beispiele sollte jeder vor Augen haben, der sich mit dem Gedanken einer Haus- oder Wohnungsförderung trägt. Im Zweifelsfalle, besonders dann, wenn das Zinsniveau nicht gerade als sehr hoch, sondern eher als niedrig angesehen wird, werden auch die Hypothekennutzer dem privaten Hypothekennutzer zur langfristigen Zinsbindung raten.
Absolut ist - außer in Zeiten hoher Zinsen - auch von Hypotheken mit variablem Zinssatz, wie sie die Sparkassen traditionell und die Geschäftsbanken ebenfalls schon seit geraumer Zeit anbieten. Denn diese variablen Hypothekenzinsen folgen im Prinzip den Schwankungen der Sparzinsen.

NOTIZEN

Preisrückgänge

Die Immobilienpreise in den deutschen Städten sind 1982 überwiegend gesunken. Einfamilienhäuser, Eigentumswohnungen und Bauplätze in den Großstädten wurden durchschnittlich zwischen vier und 7,5 Prozent billiger. Überwiegend Grundstücke für Einfamilienhäuser waren betroffen, im Durchschnitt minus 7,5 Prozent. In den Ballungsgebieten ergaben sich so Quadratmeterpreise zwischen 380 und 405 Mark. Preisrückgänge um rund vier Prozent gab es bei Eigentumswohnungen von hohem Niveau. Als Durchschnittspreis pro Quadratmeter werden 3800 Mark genannt.

Wenig Eigengeld

Preislich auch für den Durchschnittsverdiener erschwinglich sind vermietete Wohnungen, die im sogenannten Ersterwerbmodell für Kapitalanleger angeboten werden. Der Preis je Quadratmeter Wohnfläche beträgt rund 2000 Mark. Durch konsequente Nutzung aller steuerlichen Möglichkeiten ist der Erwerb auch mit wenig Eigengeld (5000 bis 10 000 Mark) möglich. Danach trägt sich die Wohnung durch Mieteinnahmen und Steuervorteile nahezu von selbst.

Vorteile in Andorra

Hobe Rendite im Steuer-Paradies Andorra. Ein Unternehmen aus dem Fürstentum Andorra bietet Villen und Wohnungen an. Keine Einkommenssteuer, keine

Wertsteigerungssteuer, keine Vermögenssteuer, keine Erbschaftsteuer, keine Mieterschutzgesetz - diese Vorteile sollen Interessenten für Andorra-Immobilien werben.

Selbstausbau

Ausbauhaus Hobby 100 ist der Name. Er bedeutet: Das Haus ist außen zu 100 Prozent fertig, innen zu 100 Prozent zum Selbstausbau vorgesehen. Keller, Schornstein und weitere Ausbaupakete sind kostengünstig lieferbar. Bau- und Montageanleitungen sowie Bauzeichnungen stehen mit wertvollen Ratschlägen zur Seite.

Kanada lockt

Land für die Kornwirtschaft, für Milch-, Rinder- und Gemüsegewirtschaft wird im kanadischen Manitoba speziell für auswanderungswillige Bürger angeboten. Daneben stehen in Manitoba Bürogebäude, Einkaufszentren, Appartementhäuser und Industriegebäude zum Verkauf, die dem Investor nach Angaben der Kilkenny Real Estate Ltd. einen Gewinn von sechs bis zehn Prozent versprechen.

Eigentum auf Zeit

„Time-sharing“ ist ein neuer Weg, Eigentum zu schaffen im inflationssichersten Anlagebereich, der Immobilie. Auf der Nordseeinsel Föhr wird in Time-sharing ein Appartementhaus nur fünf Minuten vom Strand entfernt angeboten. „Time-sharing“ - das

heißt kaufen. Zum Beispiel: Eigentum erwerben für eine bestimmte Zeitdauer, etwa die 25. Woche des Jahres, und das lebenslang. Ab 1400 Mark einmalige Zahlung ist der „Time-sharing-Kauf“ möglich.

Wohnen in der Kugel

Von einem amerikanischen Architekten entwickelt wurde das „Halbkugelhaus“, das in Form eines Modells auf der „Immobilien-Messe“ in Essen vorgestellt wurde. Das eigenwillige Gebäude, das aus Fertigteilen zusammengebaut wird, bietet neue Möglichkeiten der Innengestaltung. Obwohl zweistöckig, ist die Kuppel vom Wohnraum aus zu sehen und bietet nach Angaben des Ausstellers ein „neues Wohnkonzept“. Vorzüge des „Halbkugelhauses“: Einsparung von Energie, geringere Arbeitszeit beim Bau. In der Grundausstattung kostet das Haus mit 110 Quadratmeter Wohnfläche rund 150 000 Mark.

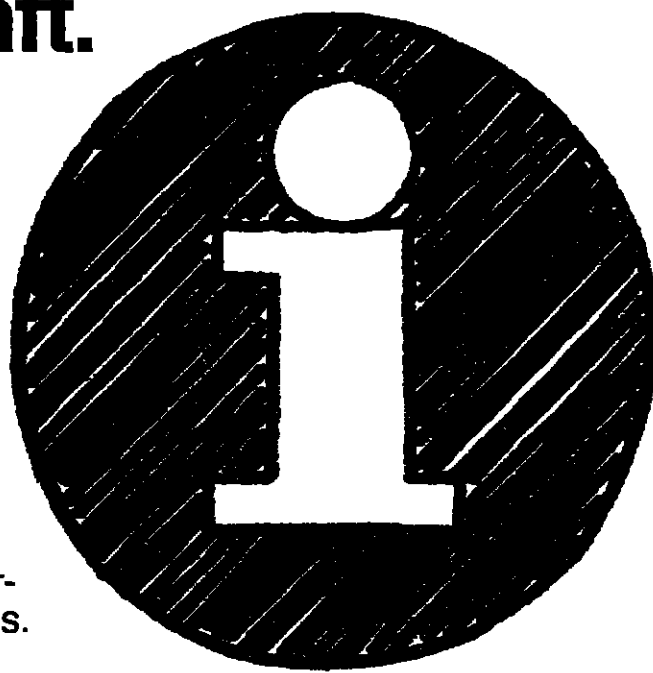
Saarland vorn

Von den rund 25 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland werden etwa 9,8 Millionen - also rund 40 Prozent - von ihren Eigentümern oder von den Eigentümern des Wohngebäudes selbst genutzt. In den einzelnen Bundesländern ist die Eigentumsquote unterschiedlich. An der Spitze liegt das Saarland mit 58,3 Prozent, die geringsten Eigentumsquoten weisen Berlin und Hamburg auf.

Die Bayerische Vereinsbank gibt Ihrer Zukunft mehr Zukunft. Geschäftlich und privat.

Mit dem neuen, günstigen **VEREINSBANK-Gewerbedarlehen** bekommen Ihre Investitionen in Betrieb, Praxis oder Geschäft eine stabile Basis. Wenn Sie wollen: absolute Zinssicherheit bis zu 5 bzw. 10 Jahren. Darlehen ab 20 000 DM bis zur Millionenhöhe.

Privaten Bauherren hilft ein **VEREINSBANK-Immobilien-Darlehen** bei der Erfüllung ihrer Wünsche: Hausbau oder Hauskauf. Umbau oder Ausbau. Problemlose Finanzierungen des Immobilienvermögens bis zu 80 % der Herstellungskosten oder des Kaufpreises. Sprechen Sie mit unseren Beratern.



In jeder unserer 400 Niederlassungen oder zur Vorabinformation: Telefon (089) 3884-3241

BAYERISCHE VEREINSBANK
Ihre Bank mit Herz und Verstand

WESTFÄLISCHE HYPOTHEKENBANK AKTIENGESellschaft
WESTHYP
Mit uns können Sie immer rechnen.
WESTHYP-DARLEHEN für:
Neubauvorhaben **Bestehende Gebäude**
Ein- und Mehrfamilienhäuser **Ankauf**
Eigentumswohnungen **Erweiterung**
Gewerbliche Objekte **Modernisierung**
Mit unseren Finanzierungs-Programmen können wir sicher Ihren Wünschen entgegenkommen. WESTHYP-Darlehen geben wir bis zu maximal 80% der Herstellungskosten bei Baumaßnahmen bzw. des Kaufpreises für bestehende Objekte oder Eigentumswohnungen; bei der Finanzierung von gewerblichen Objekten fragen Sie bitte unsere Spezialisten.
Florianstraße 1, 4600 Dortmund 1 - Tel.: (0231) 1082-1

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BODEN-CREDIT-BANK AKTIENGESellschaft
5000 KÖLN 1 UNTER SACHSENHAUSEN 2
GESCHÄFTSSTELLEN:
Düsseldorf (0211) 134379
Essen (021) 13085
Frankfurt (0611) 13654
Hannover (0511) 13654
Köln (0211) 13654
Münster (0531) 13654
Sulzbach (07141) 13654
Wer rechnet baut mit uns

Der passende Schlüssel zur Baufinanzierung.
Centralboden hilft Ihnen, mit Darlehen zu günstigen Festzinssätzen, Ihr Bauvorhaben zu verwirklichen.
Ein guter Rat: Verlangen Sie unsere Info-Broschüre.

Deutsche Centralbodenkredit AG
Hauptverwaltung
Kaiser-Wilhelm-Ring 27 - 29
5000 Köln 1, Tel. (0221) 57211
Centralboden
Vertreten in allen großen Städten unseres Landes und in West-Berlin.

Unsere neue Variante:
Disagio-Darlehen
(80%ige Finanzierungen zuzüglich 10% Erhöhungsbetrag).
Sprechen Sie mit unseren Spezialisten.
Ihr Garant für solide Immobilienfinanzierung
DEUTSCHE HYPOTHEKENBANK (AKTIENGESELLSCHAFT)
3000 Hannover, Georgsplatz 8 - Tel. (0511) 1245-0
Hauptverwaltung:
1000 Berlin 35, Unter den Eichen 155/156 - Tel. (030) 8827331
4300 Essen 1, Hochstraße 34 - Tel. (0201) 234001
6000 Frankfurt/M., Bockenheimer Landstraße 10 - Tel. (069) 728140
2000 Hamburg 1, Paulstraße 5 - Tel. (040) 326525
2000 München 2, Karlstraße 15 - Tel. (089) 229084
7000 Stuttgart 1, Kronprinzstraße 24 - Tel. (0711) 221904

Informationen über Anzeigen in Dokumentationen und Sonderveröffentlichungen erteilt Ihnen gern:
DIE WELT
Anzeigenabteilung
Kaiser-Wilhelm-Str. 1, 2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 3 47 41 11 oder 3 47 41 28

Ihre Hypothekensbank - damit's am Geld nicht scheitert.
mit uns bauen:
Ihr Bauplan
+ unsere günstige Finanzierung
= Schnellweg zum Baufreud
Wir beraten Sie umfassend und individuell in allen Fragen der Baufinanzierung
RHEINISCHE HYPOTHEKENBANK
Frankfurt - Köln - Mannheim

Inhoudsverzeichnis

Düsseldorf	Frankfurt	Hamburg	München	Aktien Markt
01 01 01	01 01 01	01 01 01	01 01 01	

[illegible]

229.5	2361	1919	Walters-Wentz	74.99	72.8
177	2362	1920	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2363	1921	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2364	1922	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2365	1923	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2366	1924	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2367	1925	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2368	1926	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2369	1927	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2370	1928	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2371	1929	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2372	1930	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2373	1931	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2374	1932	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2375	1933	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2376	1934	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2377	1935	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2378	1936	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2379	1937	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2380	1938	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2381	1939	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2382	1940	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2383	1941	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2384	1942	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2385	1943	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2386	1944	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2387	1945	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2388	1946	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2389	1947	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2390	1948	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2391	1949	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2392	1950	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2393	1951	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2394	1952	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2395	1953	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2396	1954	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2397	1955	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2398	1956	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2399	1957	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2400	1958	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2401	1959	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2402	1960	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2403	1961	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2404	1962	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2405	1963	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2406	1964	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2407	1965	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2408	1966	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2409	1967	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2410	1968	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2411	1969	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2412	1970	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2413	1971	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2414	1972	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2415	1973	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2416	1974	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2417	1975	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2418	1976	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2419	1977	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2420	1978	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2421	1979	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2422	1980	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2423	1981	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2424	1982	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2425	1983	Walters-Wentz	74.99	72.8
243	2426	1984	Walters-Wentz	74.99	72.

[illegible]

Madrid		Paris	
8.3	7.3	8.3	

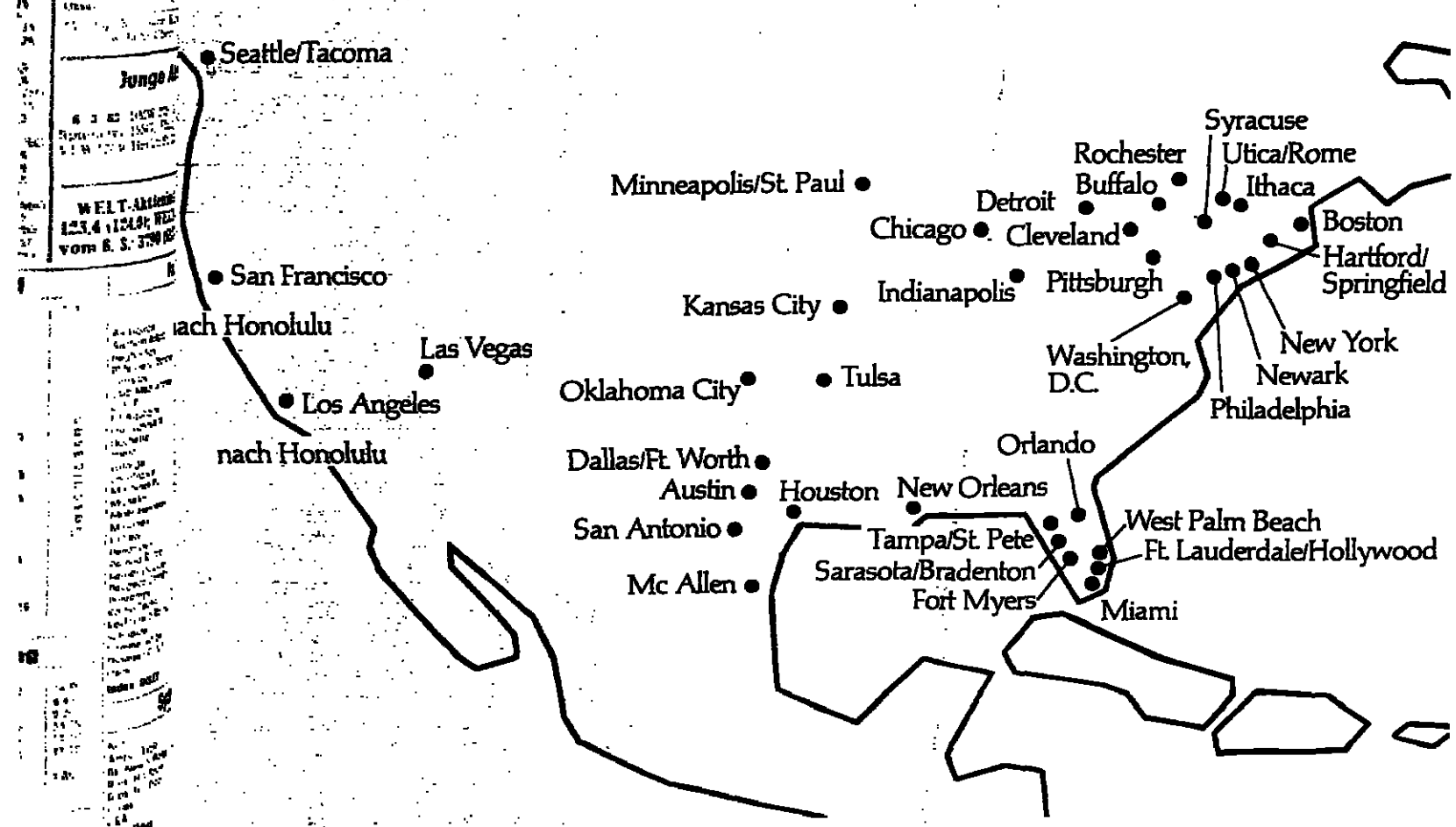
[illegible]

عن الرضا

[illegible]

Mit Pan Am zu über 35 Städten in den Staaten.

Ob Sie in Hamburg, Berlin, München, Stuttgart oder Frankfurt starten wollen – wenn es um Flüge in die (und in den) USA geht, sind Sie bei uns an der richtigen Adresse.



Denn Pan Am ist die Fluggesellschaft, die Sie von allen genannten Städten aus (Stuttgart ab 24. April) täglich zu über 35 Zielorten in den Staaten bringt. Und Pan Am ist ein Begriff, der für bequemes Reisen und Umsteigen innerhalb Amerikas steht.

So wird z. B. Ihr Gepäck bis zu Ihrem endgültigen Zielflughafen abgefertigt. Und bei Abflug ab Frankfurt erhalten Sie gleichzeitig Ihre Bordkarten für den Transatlantik-Flug wie auch für Ihren Pan Am Anschluß-Flug in den USA.

Sobald Sie in New York gelandet sind, lernen Sie die Vorzüge von Pan Am's einzigartigem Worldport kennen: ein Terminal, das alle unsere internationalen und inneramerikanischen Flüge unter einem Dach verbindet.

Das heißt, der lästige Wechsel von einem Terminal zum anderen gehört hier der Vergangenheit an; zwischen Ankunft und Abflug liegen nur ein paar Schritte.

Wohin auch immer Sie also in den Staaten gelangen wollen, starten Sie mit Pan Am. Denn mehr Bequemlichkeit, besseren Service und günstigere Linienflüge werden Sie schwerlich buchen können.

Wenden Sie sich an Ihr Pan Am Vertragsreisebüro.
Oder rufen Sie uns an.
Pan Am Berlin 030/88 10 11, Frankfurt 06 11/2 56 52 22,
Hamburg 0 40/5 00 92 81, München 0 89/55 81 71,
Nürnberg 09 11/52 30 47, Stuttgart 07 11/79 90 01.

Pan Am. Erleben, was Erfahrung heißt.

